

**Ministerialdirektor von Etzdorf, z.Z. Oslo,
an das Auswärtige Amt**

114-3210/61 geheim
Fernschreiben Nr. 66

Aufgabe: 9. Mai 1961, 13.50 Uhr
Ankunft: 9. Mai 1961, 14.55 Uhr

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 64 vom 8.5.¹

In Sitzung der NATO-Ministerkonferenz am 8.5. nachmittags² wurde Aussprache zum Punkt I der Tagesordnung (Überblick über die internationale Lage)³ fortgesetzt. Als erster Redner gab ich⁴ die Erklärung ab, deren Wortlaut mit Drahtbericht Nr. 64 vom 8.5. übermittelt wurde.

Sodann ergriff der belgische Außenminister Spaak das Wort. Er bezog sich zunächst auf die am Vormittag vorangegangene Erklärung von Außenminister Rusk, deren wenig ermutigender Inhalt bewiesen habe, daß die Lage sich für die NATO zweifellos verschlechtere. Es beunruhige dabei insbesondere, daß zu mehreren brennenden Problemen noch keine Ansätze dafür erkenntlich seien, mit welcher politischen Linie und mit welchen Maßnahmen die Mitgliedstaaten die bestehenden Schwierigkeiten beheben könnten. Der Westen stehe unter dem Druck einer überall erkenntlichen Offensive des Ostens. Trotz unleugbarer Erfolge der Alliance sei man noch weit davon entfernt, die Lage mit der notwendigen Zuversicht betrachten zu können.

Die Tatsache, daß Chruschtschow seine Pläne hinsichtlich Berlins in der letzten Zeit erneut habe wissen lassen⁵, müsse die Mitgliedstaaten der NATO davor bewahren, tatenlos abzuwarten, bis eine erneute Krise um Berlin ausgebrochen sein werde. Als ersten Schritt müßten die vier Westmächte unverzüglich Pläne und Vorschläge zur Begegnung dieser Krise ausarbeiten und anschließend darüber im NATO-Rat verhandeln.

¹ Bundesminister von Brentano, z.Z. Oslo, übermittelte seine Rede zum Tagesordnungspunkt „Überblick über die internationale Lage“. Vgl. VS-Bd. 8488 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1961.

² Die NATO-Ministerratstagung in Oslo fand vom 8. bis 10. Mai 1961 statt. Zur Sitzung am 8. Mai 1961 vgl. auch FRUS 1961–1963, Western Europe, Berlin, Microfiche Supplement, Dok. 1.

³ Bundesminister von Brentano, z.Z. Oslo, berichtete am 8. Mai 1961 über die Eröffnung der NATO-Ministerratstagung in Oslo und teilte mit: „Geheime Arbeitssitzung wurde alsdann durch umfassende Darstellung der gegenwärtigen Weltlage durch amerikanischen Außenminister Rusk eingeleitet.“ Rusk habe abschließend erklärt, daß angesichts der nuklearen Stärke der UdSSR „die USA ihre nukleare Macht der NATO verpflichtet“ hätten und aufgrund der Stärke der konventionellen sowjetischen Streitmacht „ihre konventionellen Streitkräfte auch weiterhin der NATO zur Verfügung stellen und sie nicht zurückziehen“ würden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 61; VS-Bd. 8488 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1961.

⁴ Heinrich von Brentano.

⁵ Ministerpräsident Chruschtschow bekräftigte in einem Gespräch mit dem amerikanischen Journalisten Lippmann am 10. April 1961 in Sotschi seine Absicht, eine De-facto-Anerkennung der DDR und eine „freie Stadt“ Berlin (West) durchzusetzen. Falls die Drei Mächte nicht zu einer Regelung bereit wären, werde er einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen, die danach „souverän über die Zugangsrechte nach West-Berlin entscheiden“ könne. Vgl. DzD IV/6, S. 550.

Zu einer weiteren entsprechenden Äußerung in der sowjetischen Presse vom 21. April 1961 vgl. Dok. 124, Anm. 7.

An die amerikanische Adresse richtete Spaak das Ersuchen, ein Weißbuch über die Ereignisse betreffend Kuba⁶ zu fertigen. Die europäischen Mitgliedstaaten benötigten ein solches Dokument für den Gebrauch gegenüber der öffentlichen Meinung in ihren Ländern.

Sodann ging Spaak mit längeren Ausführungen auf die Lage im Kongo ein. Der vorliegende Sachverständigen-Bericht über Afrika⁷ sei unvollständig, die Regierungen hätten ihren Sachverständigen nicht genügend Weisungen und nicht genügend Stoff zur Ausarbeitung eines wirklich verwertbaren Berichts gegeben. Der Bericht enthalte zwar einige generelle Ideen, liefere aber nicht einmal eine Grundlage für eine nützliche Konsultation über die Afrika-Probleme. Die Lage im Kongo käme in dem Bericht zu kurz. Er habe den Eindruck, daß einige Delegationen die Lage im Kongo sogar als „verbotene Materie“ betrachtet hätten.

Es sei klar, daß alle NATO-Mitgliedstaaten – insbesondere auch Belgien – mit der UNO zusammenarbeiten müssen, auch wenn sie erhebliche Bedenken hätten, ob die von der UNO eingeschlagene Kongo-Politik richtig und glücklich sei. Im Kongo stünde man jetzt am Vorabend einer neuen Entwicklung. Allerdings sei die Lage im einzelnen heute äußerst undurchsichtig; man lebe weitgehend von Gerüchten; es scheine sich eine Aussöhnung zwischen der UNO und der Regierung Kasavubu abzusehen.⁸ Soweit heute zu übersehen sei, werde der Kongo jedoch auf lange Zeit bestenfalls ein sehr loser und darum schwacher Staatenbund sein können. Die günstigen Ansätze, welche die Konferenz von Tananarive⁹ gezeigt habe, seien inzwischen wieder zerschlagen worden. Die Verhaftung von Tschombé¹⁰ habe eine Aussöhnung zwischen Katanga und Léopoldville verhindert und zu einer erneuten Verhärtung der Lage geführt. Es sei zu wünschen, daß alle Staaten, die dazu Gelegenheit hätten, in der UNO ihren Einfluß zur Verbesserung dieser Situation ausüben.

In Katanga herrsche noch Ordnung, und auch die wirtschaftlichen Verhältnisse seien dort – als einzige Provinz im Kongo – noch gesund. Man sollte daher die dortige Entwicklung nicht stören. Im übrigen müßten der Rat und der Politische Ausschuß der NATO intensiver als bisher über die Lage im Kongo beraten. Ohne drohen zu wollen, müsse er unmißverständlich zum Ausdruck bringen, daß die NATO an Wert verlieren würde, wenn Belgien sich etwa um Konsultationen über die Kongo-Frage in anderen Organisationen bemühen müßte. Belgien könne seine Beziehungen zum Kongo jetzt nicht allein regeln, es brauche die Mithilfe der Verbündeten. Wenn Belgien diese Hilfe (appui) nicht in der NATO fände, müsse es sie in anderen Gremien suchen. Er, Spaak, hoffe jedoch, daß dies nicht

⁶ Zum gescheiterten Landungsunternehmen einer exilkubanischen Invasionstruppe auf Kuba vgl. Dok. 115, Anm. 10.

⁷ Für den Bericht CM (61) 35 „Communist Penetration in Africa“ vom 22. April 1961 vgl. VS-Bd. 258 (301).

⁸ Am 17. April 1961 wurde in Léopoldville ein Abkommen zwischen Präsident Kasavubu und Vertretern des UNO-Generalsekretariats unterzeichnet, in dem Kasavubu die Resolution Nr. 161 des UNO-Sicherheitsrats vom 21. Februar 1961 anerkannte und einer Reorganisation der kongolesischen Armee sowie einem Abzug eines Teils der ausländischen Berater zustimmte. Vgl. dazu den Artikel „Gizenga Officers Accept Mobutu As Army's Chief“, THE NEW YORK TIMES, International Edition vom 18. April 1961, S. 1.

Zu dem Abkommen vgl. auch DDF 1961, I, S. 567–569.

⁹ Zur Konferenz kongolesischer Politiker vom 8. bis 12. März 1961 in Tananarive vgl. Dok. 138, Anm. 7.

¹⁰ Zur Verhaftung des Ministerpräsidenten von Katanga, Tschombé, am 26. April 1961 vgl. Dok. 138, Anm. 9.

notwendig sein werde. Ferner hoffe er noch, mit der UNO eine vernünftige Form für die Durchführung der Resolution vom 21. Februar (Zurückführung der belgischen Militärs, Paramilitärs und politischen Berater)¹¹ zu finden.

Mit Verbitterung sprach Spaak von der Verhaftung und Behandlung von 100 Belgern aus der Umgebung Tschombés. Es sei unklar geblieben, wer sie verhaftet habe und warum sie verhaftet worden seien. Sicher sei nur, daß sie schließlich von UNO-Truppen bewacht und von Angehörigen der UNO vernommen worden seien. Dieser Zwischenfall sei zwar jetzt erledigt, er sei aber ein Symptom dafür, daß im Kongo nicht nach rechtlichen Grundsätzen gehandelt würde.

Man dürfe sich nicht darüber täuschen, daß für die vielen Tausende von Belgiern und anderen Weißen im Kongo immer noch die Gefahr eines blutigen Chaos bestehe. Die belgische Regierung sei besten Willens, an einer zufriedenstellenden Lösung mitzuarbeiten. Sie besäße dafür aber kein Zaubermittel und könne daher nur die UNO um zweckentsprechende Maßnahmen bitten. Er müsse das Ersuchen wiederholen, daß die NATO der Konsultation über die Kongo-Frage mehr Aufmerksamkeit als bisher schenke. Wenn die USA eingehende Konsultationen über Kuba fordern könnten, müsse Belgien das gleiche Recht bezüglich des Kongo zustehen.

Der holländische Außenminister Luns stimmte Spaaks Ausführungen zu, daß die NATO sich bald vor vollendete Tatsachen gestellt sehen werde, wenn die Mitgliedstaaten sich nicht rechtzeitig auf eine gemeinsame Haltung einigten. Dies gelte besonders für Berlin.

Seine Regierung sei bestürzt über die Vorgänge im Kongo und die dortige unfaire Behandlung der Belgier. Belgien sei berechtigt, den Rat und die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu fordern.

Gegenüber dem Ostblock, der überall Konflikte anzettelte und die westliche Position zu unterminieren versuche, müsse die NATO energisch an ihrer Abwehrbereitschaft arbeiten und ihre politische Kohäsion stärken. Die Berlin-Frage dürfe nicht isoliert von der gesamten Deutschland-Frage betrachtet werden. Er stimme hinsichtlich Berlins den Ausführungen des deutschen Außenministers in vollem Umfang zu. Die sogenannte Contingency-Planung¹² müsse überarbeitet und verbessert werden. Der NATO-Rat müsse darin eingeschaltet werden.

Hinsichtlich der Abrüstung müsse man weiterhin an dem ehrlichen Willen der Sowjets zweifeln; das beweise u. a. ihr Verhalten bei der Genfer Atomstopp-Konferenz.¹³ Der Westen hingegen müsse der Welt immer wieder zeigen, daß er zu wirklicher, kontrollierter Abrüstung bereit sei.

¹¹ Zur Resolution Nr. 161 des UNO-Sicherheitsrats vgl. Dok. 61, Anm. 28.

¹² Zur militärischen Eventualfallplanung für Berlin vgl. Dok. 127.

¹³ Über die am 21. März 1961 wiederaufgenommenen Teststopp-Verhandlungen in Genf vermerkte Ministerialdirektor von Etzdorf am 23. Mai 1961, der Verlauf zeige, „daß die sowjetische Regierung heute offenbar weniger als früher an dem Abschluß eines Abkommens interessiert ist“. Die sowjetische Delegation habe den USA „in massiver Form“ vorgeworfen, daß sie „die fortgesetzten französischen Versuche für ihre eigenen Zwecke benutzt“en und damit das seit fast drei Jahren de facto bestehende Moratorium umgingen“, und angekündigt, daß die UdSSR bei Fortsetzung der französischen Atomtests ebenfalls ihre Versuche wiederaufnehmen würde. Möglicherweise sei die Tatsache, daß ein Teststopp-Abkommen das Problem der „Erweiterung des Atomklubs“ nicht behebe, „der Grund dafür, daß die Sowjets immer neue Hindernisse aufrichten gegen eine Vereinbarung, die ihnen nach dem Stand der Dinge mehr Nachteile (Kontrollen) als Vorteile bringen würde“. Vgl. B 130, Bd. 4024 A (302).

Das Anwachsen der Mitgliederzahl in der UNO stelle den Westen vor schwierige Probleme. Die Sowjets versuchen mit allen Mitteln, diese Entwicklung zu ihren Gunsten auszunutzen. Auch gegen die Versuche der Sowjetunion, die westliche Position in den unterentwickelten Ländern zu erschüttern, müsse sich die freie Welt durch eine abgestimmte Haltung über ihre Politik in Asien und Afrika zur Wehr setzen.

Der dänische Außenminister Krag erklärte, daß die Mitgliedstaaten der NATO die Tätigkeit der UNO mit allen Mitteln unterstützen müßten. Die Länder der nicht gebundenen Welt dürfe man nicht in ungeschickter Weise dazu drängen, sich dem Westen anzuschließen; dann würde man wahrscheinlich nur das Gegen teil erreichen.

Bezüglich der Bemühungen um die Abrüstung hätte man in Dänemark längst erkannt, daß die Verantwortung für diese Verhandlungen weitgehend nur bei den großen Staaten liegen könne. Die kleinen Staaten könnten nur zu einem bescheidenen Teil dabei helfen. Aus diesem Grunde hätte Dänemark auch den Vorschlag der Bundesregierung, eine Sachverständigengruppe innerhalb der NATO für Abrüstungsfragen zu schaffen, nachdrücklich unterstützt.¹⁴

Gipfelkonferenzen müßten nach Ansicht der dänischen Regierung trotz des Rückschlages im Mai vergangenen Jahres¹⁵ nicht von der Liste der Mittel zur Verbesserung der internationalen Beziehungen gestrichen werden. Er habe Außenminister Rusk heute vormittag so verstanden, daß auch die amerikanische Regierung dieser Meinung sei.

Der neue portugiesische Außenminister Franco Nogueira ging zunächst auf die der UNO drohenden Gefahren ein. Die Sowjets seien auf dem besten Wege, die UNO zu einem Mittel ihrer bekannten Politik zu machen. Es gebe Delegationen bei der UNO, die weder ein Volk noch eine Nation repräsentierten, deren Stimmen jedoch Einfluß auf die Weltpolitik ausübten. Zahlenarithmetik und Materialismus würden zum Kennzeichen der UNO. Moraleische Gesichtspunkte träten immer mehr in den Hintergrund. Die Lage für den Westen innerhalb der UNO gestalte sich zusehends schwieriger. Dabei sei es von Interesse, sich vor Augen zu halten, daß die Mitgliedstaaten der NATO mehr als die Hälfte der Gesamtbeiträge für die UNO zahlten. Ohne übertrieben pessimistisch zu sein, könne man die totale Desintegration der UNO als absehbar bezeichnen, wenn es nicht verantwortlichen Staaten innerhalb und außerhalb der NATO gelänge, Struktur und Methoden dieser Organisation zu ändern. Man dürfe auch nicht übersehen, daß die Regierungen des Ostblocks sich über UNO-Beschlüsse laufend hinwegsetzen und somit die Tätigkeit der UNO dem Prinzip von „zweierlei Maß“ unterliege.

¹⁴ Zum Vorschlag des Bundesministers von Brentano auf der NATO-Ministerratstagung vom 16. bis 18. Dezember 1960 in Paris und zur Diskussion darüber im Ständigen NATO-Rat vgl. Dok. 85, Anm. 19 und 21.

Am 24. April 1961 legte Legationsrat I. Klasse Balken dar, daß der Ständige NATO-Rat den Vorschlag am 19. April 1961 angenommen habe. Grundlage für die Tätigkeit der Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Abrüstung sei eine „Entschließung, die von der deutschen und dänischen Vertretung eingebracht worden“ sei. Danach solle die Arbeitsgruppe vor allem den Informationsaustausch sicherstellen: „Sie kann keine Entscheidungen treffen, und die Regierungen sind nicht durch ihre Besprechungen gebunden.“ Vgl. VS-Bd. 4045 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1961.

¹⁵ Zur gescheiterten Eröffnung der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Vier Mächte in Paris am 16. Mai 1960 vgl. Dok. 61, Anm. 29.

Außenminister Nogueira machte sodann längere theoretische Ausführungen über die Probleme der westlichen Dekolonisation und des östlichen Neokolonialismus, die zur Verteidigung der portugiesischen Politik gedacht waren. Auf Einzelheiten der Beziehungen Portugals zu seinen überseeischen Besitzungen ging er dabei nicht ein. Er erwähnte lediglich, daß den Kritikern¹⁶ an der portugiesischen Haltung nach Ansicht seiner Regierung a) die genügende Kenntnis der Verhältnisse und b) Vorschläge für mögliche Lösungen fehlten. Portugal verteidige mit seiner Haltung nicht nur seine eigenen Interessen, sondern auf lange Sicht auch die Interessen der freien Welt.

[gez.] Etzdorf

VS-Bd. 8488 (Ministerbüro)

140

**Ministerialdirektor von Etzdorf, z.Z. Oslo,
an das Auswärtige Amt**

**114-3221/61 geheim
Fernschreiben Nr. 67**

**Aufgabe: 9. Mai 1961, 16.15 Uhr
Ankunft: 9. Mai 1961, 18.05 Uhr**

Im Anschluß an Drahtbericht 66 vom 9.5.¹

Anschließend sprach der griechische Außenminister Averoff in sehr besorgerter Form. Asien sei größtenteils für den Westen verloren, der Rest sei infiltriert, eine ähnliche Entwicklung bahne sich in Afrika, neuerdings in Lateinamerika und sogar in Europa an. Die Position der Allianz habe sich immer mehr verschlechtert, und sie sei bisher nicht imstande gewesen, sich dieser Entwicklung wirksam entgegenzustellen.

Zunächst sei die militärische Bereitschaft sehr zweifelhaft. Er gebe zwar zu, daß dieser Aspekt im Augenblick nicht sehr aktuell sei, aber man brauche nur an Berlin zu denken, um zu wissen, daß er in wenigen Wochen aktuell sein könne.

Wenn die Sowjets jetzt den Westen mit konventionellen Waffen angriffen, sei er nicht in der Lage, sich in gleicher Weise zu verteidigen. Er müsse sich auf die wenigen Partnerländer verlassen, die über Atomwaffen verfügten. Wie absurd das sei, ergebe sich schon daraus, daß alle notwendigen Anstrengungen zur Erhöhung unserer Verteidigungsbereitschaft weniger kosten würden als ein Monat, ja eine Woche eines eventuellen Krieges.

Auch politisch sei die Lage beunruhigend. In Asien gäbe nicht nur Laos Anlaß zur Sorge, es scheine schwierig, Indochina überhaupt zu halten. Die Ereignisse in Kuba hätten gezeigt, daß Lateinamerika nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern für uns alle lebenswichtig sei.

¹⁶ Korrigiert aus: „Kritiken“.

¹ Vgl. Dok. 139.

Hinsichtlich des Schicksals Berlins und der sowjetisch besetzten Zone teile er die Besorgnis aller anderen Sprecher besonders für die kommenden Monate. Viele Gründe sprächen dafür, daß Chruschtschow zu weiterem Vorgehen entschlossen sei. Berlin sei eine Insel der Freiheit, des Wohlstandes und (wie er vielleicht persönlich sagen dürfe) auch der Spionage. Chruschtschow habe sich mehrfach auf ein Handeln in absehbarer Zeit festgelegt, besonders auch auf Drängen der sogenannten DDR. Der Westen müsse bereit sein, jedem Druck zu widerstehen, er müsse sogar bereit sein zum Krieg, um Berlin zu retten. Ebenso dürfe er nichts akzeptieren, wodurch man das Spiel auf andere als kriegerische Weise verlieren könne. Er zweifele nicht am guten Willen aller, fürchte aber, daß es an der gemeinsamen Vorbereitung fehle.

Besonders schlecht bestellt sei es auf dem Gebiet der psychologischen Kriegsführung und Propaganda. Im Dezember 1960 habe er vorgeschlagen, eine kleine, besonders qualifizierte Gruppe solle sich mit diesem Problem befassen², die sowjetische Taktik analysieren, eigene Fehler suchen und über gemeinsame Schritte beraten. Diese wichtige Aufgabe müsse Persönlichkeiten von hohem Format und Ruf anvertraut werden – untergeordnete Arbeitsgruppen gebe es genug. Die meisten Leute im Westen seien nicht einmal in der Lage, mit einem geschulten marxistischen Arbeiter zu diskutieren.

Zunächst komme vielleicht das Atlantische Institut in Mailand mit seinem „Generalstab“ für solche Arbeiten in Frage.

Trotz oder vielleicht wegen unseres seit Jahren wachsenden Wohlstandes sähen wir nicht die Gefahr, alles zu verlieren. Wir widmeten uns unseren kleinen eigenen Problemen und verhielten uns in der entscheidenden Frage abwartend. Er hoffe, daß dieser Zustand des Wohlstandes nicht, wie schon oft in der Geschichte, die Vorstufe des Untergangs sei, man möge sich nur an Rom erinnern. Vielleicht wäre es gut, eine Konferenz der westlichen Regierungschefs ins Auge zu fassen, damit sie in verantwortlicher Weise Richtlinien setzten. Insbesondere müßten mögliche neue Verhandlungen mit dem Ostblock vorbereitet werden, denn es gelte, alle Möglichkeiten der Einigung auszuschöpfen, um vor den Völkern bestehen zu können.

Der kanadische Außenminister Green widersprach dieser pessimistischen Lageschilderung scharf. Er sei beinahe versucht zu glauben, daß er in eine Konferenz der Warschauer-Pakt-Staaten geraten sei, denn diese Staaten hätten allen Grund, sich so düster zu äußern, nicht aber wir. Die Abwehrkraft der NATO habe jede Ausbreitung des Kommunismus in Europa verhindert. Kanada wolle diese Kraft in genügender Stärke und Ausgewogenheit erhalten. Es unterstütze den Gedanken, die konventionelle Rüstung zu verstärken, um die Schwelle der Abwehr gegenüber einem konventionellen Angriff zu erhöhen.

Es sei klar, daß die Sowjetunion die Konflikte zwischen den Entwicklungsländern und uns ausnutze. Demgegenüber müsse es unser langfristiges Ziel sein, diese neuen Staaten in die Gemeinschaft der freien Nationen einzubeziehen. Kurzfristig gesehen müßten besonders die wohlhabenden Staaten des Westens so viel wirtschaftliche Hilfe geben wie möglich, und zwar ohne politische oder wirtschaftliche Bedingungen.

² Zu den Ausführungen des griechischen Außenministers Averoff-Tossizza vom 17. Dezember 1960 vgl. Dok. 85, Anm. 24.

Nur in ganz wenigen Ausnahmefällen habe die Sowjetunion bei der letzten Generalversammlung der Vereinten Nationen³ die Unterstützung der jungen Staaten erhalten. Der Westen müsse auch künftig auf den friedenserhaltenden Mechanismus insbesondere der Vereinten Nationen bauen. Wie die Erfahrung gezeigt habe, sei es dieser Organisation in den meisten Fällen gelungen, die Großmächte aus den kleineren Konflikten herauszuhalten. Kanada habe bei den Vereinten Nationen in Laos und im Kongo eine besonders aktive Rolle gespielt. Er habe geglaubt, damit einen wichtigen Beitrag zu Erhaltung des Friedens und zu den Zielen der Allianz geleistet zu haben. In letzter Zeit allerdings habe es manchmal den Anschein, als ob die NATO-Partner mit dieser Rolle Kanadas nicht ganz einverstanden seien. Wenn das der Fall sei, dann möge man es möglichst noch auf dieser Konferenz sagen. Kanada werde sich zwar nicht von dieser Tätigkeit abbringen lassen, wünsche aber die Ansicht seiner Partner zu kennen. Die Bemühungen der Vereinten Nationen zur Erhaltung des Friedens stünden nicht im Gegensatz zur NATO, sondern ergänzten deren Tätigkeit. In der Laos-Frage solle man bei den kommenden Genfer Verhandlungen⁴ auf das gleiche Ziel hinarbeiten, wie es bereits 1954 festgelegt worden sei: Das Land solle also souverän, neutral, unabhängig und geeint sein, ohne Anlehnung an einen Block.⁵ In diesem Lichte seien auch Probleme wie militärische Berater und Wirtschaftshilfe zu sehen. Die Lage in Südvietnam sei beunruhigend.⁶ Diese Frage dürfe nicht zu einer Ausweitung der Genfer Verhandlungen über Laos führen, vielleicht könne man jedoch bei dieser Gelegenheit die Sowjets veranlassen, sich erneut zur Nichteinmischung in Vietnam und Kambodscha zu verpflichten.

Auch im Kongo habe Kanada besondere Interessen, da es sich an der VN-Streitmacht beteilige. Die Tätigkeit der Vereinten Nationen müsse weiter unterstützt werden, nur durch sie sei es bisher gelungen, eine direkte kommunistische Intervention zu verhindern.

Das Abrüstungsproblem liege Kanada besonders am Herzen, u. a. weil es geographisch zwischen den beiden großen Nuklearmächten gelegen sei. Jede Möglichkeit müsse ausgenutzt werden; er sei daher froh über den Entschluß der Amerikaner und Sowjets, in Kürze zu verhandeln.⁷ Wenn der Westen sich

³ Die 15. UNO-Generalversammlung tagte vom 20. September bis 21. Dezember 1960 und erneut vom 7. März bis 21. April 1961.

⁴ Am 16. Mai 1961 begann in Genf die Internationale Laos-Konferenz.

⁵ Vgl. dazu die Schlußakte der Genfer Konferenz über das Problem der Wiederherstellung des Friedens in Indochina vom 21. Juli 1954; EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6822–6824.

⁶ Botschafter Freiherr von Wendland, Saigon, nahm am 25. April 1961 Stellung zur Sicherheitslage in der Republik Vietnam (Südvietnam). Im Gegensatz zur südvietnamesischen Armee hätten die „Viet Minh (heute offiziell Viet-Cong genannt) [...] in ungebrochener Tradition ihren Guerilla-Krieg fortgesetzt und ihr mit einem zeitlichen Vorsprung von praktisch 15 Jahren aufgebautes Organisations- und Verbindungsnetz beibehalten können“. Sie arbeiteten mit einfacher Bewaffnung, aber flexiblen kleinen Einheiten, und stellten trotz eines Kräfteverhältnisses von 10:1 zugunsten der Regierungstruppen diese vor Probleme: „Erstens entziehen sich offenbar die Viet-Cong-Einheiten der Verfolgung durch Rückzug über die Staatsgrenze nach Kambodscha oder Laos. [...] Zweitens können die Viet-Cong aus dem gesicherten fremden Staatsgebiet mühelos Stoffaktionen vorbereiten und überraschend durchführen [...]. Drittens können die Viet-Cong ihre Terroraktionen in kleinsten Gruppen, in der Regel auf der „Platoon“-Ebene, vornehmen, binden aber damit nicht unerhebliche Truppen allein schon an strategisch wichtigen Punkten (Bewachung von Brücken usw.). Eine Vernichtung der Viet-Cong-Einheiten ist ausgeschlossen, solange nicht die Infiltration aus den benachbarten Staaten ausgeschaltet ist.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 177; B 12 (Referat 710), Bd. 1657.

⁷ Zur amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung über die Wiederaufnahme der Verhandlungen der Zehn-Mächte-Abrüstungskommission in Genf am 30. Juli 1961 vgl. Dok. 83, Anm. 16.

nicht gut auf die nächste VN-Vollversammlung⁸ vorbereite, werde er gegenüber der Weltöffentlichkeit in Schwierigkeiten kommen. Sowohl in Verfahrensfragen (insbesondere der Zusammensetzung des Verhandlungsgremiums) wie auch in Grundsatzfragen müsse man nach Lösungen suchen. Er sei daher auch froh über die Annahme des dänisch-deutschen Vorschlags für Expertengespräche über Abrüstung in der NATO.⁹

Zu Berlin und dem Deutschland-Problem nehme er nur zögernd Stellung, da Kanada nicht zu den primär dort verantwortlichen Mächten zähle. Auf jeden Fall bleibe Berlin eines der Hauptprobleme für die Sowjetunion, da sie sich auf einen Wechsel des Status quo weitgehend festgelegt habe. Möglicherweise würde die sowjetische Führung gern eine Krise vermeiden¹⁰, wenn sie das könnte, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Umgekehrt würde auch der Westen durch die eventuelle Einladung zu einer Gipfelkonferenz vor die schwierige Frage gestellt, wie er darauf zu antworten habe. Wahrscheinlich würde er erneute Vier-Mächte-Verhandlungen vorschlagen. Man müsse sich jedenfalls jetzt auf diese Frage einschließlich der „Contingency Planning“¹¹ vorbereiten. Für Chruschtschows Zeitplan schienen die Wahlen in der Bundesrepublik¹² und der Kommunistische Parteikongreß¹³ eine große Rolle zu spielen. Der Westen müsse daher den Sommer zu Konsultationen nützen.

Bezüglich Kuba gehe er in vielen Punkten mit dem amerikanischen Außenminister einig. Natürlich bedauere Kanada die Hinwendung Castros zum Sowjetblock, jedoch solle man die Tatsache, daß er sich bei der letzten Maifeier für den Sozialismus ausgesprochen habe¹⁴, noch nicht überbewerten. Viele Änderungen in Kuba könnten und sollten nicht wieder rückgängig gemacht werden. Das kubanische Volk müsse selbst über seine Zukunft entscheiden. Jegliche Intervention könne nur schaden, insbesondere, wenn sie nicht vorher mit den anderen latein-amerikanischen Staaten abgestimmt sei. Auch bei einer noch so provozierenden Haltung Kubas dürfe man nie den Verhandlungsweg ganz ausschalten.

Der italienische Verteidigungsminister Andreotti, der statt des erkrankten Außenministers Segni an der Konferenz teilnimmt, erklärte (in italienischer Sprache), die dem Ministerrat vorliegende Analyse der sowjetischen Politik¹⁵ sei richtig. Wahrscheinlich würden die Sowjets schon bald mit dem Westen auf hoher Ebene verhandeln wollen. Ihre Illusionen über eine mögliche Konzessionsbereit-

⁸ Die 16. UNO-Generalversammlung wurde am 19. September 1961 eröffnet.

⁹ Vgl. dazu den Beschuß des Ständigen NATO-Rats vom 19. April 1961; Dok. 139, Anm. 14.

¹⁰ Korrigiert aus: „sich gern eine Krise vermeiden“.

¹¹ Zur militärischen Eventualfallplanung für Berlin vgl. Dok. 127.

¹² Am 17. September 1961 fanden Wahlen zum Deutschen Bundestag statt.

¹³ Der XXII. Parteikongreß der KPdSU fand vom 17. bis 31. Oktober 1961 in Moskau statt.

¹⁴ Legationsrat I. Klasse Gracher, Havanna, berichtete am 2. Mai 1961, nach „vierzehnstündigem Vorbeimarsch in nach östlichem Muster organisierter Kundgebung zum 1. Mai“ habe Ministerpräsident Castro „Erlaß einer sozialistischen Verfassung sowie Ausweisung aller ausländischen, in der Hauptstadt etwa 400 spanischer Priester sowie Nationalisierung aller Privatschulen“ angekündigt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 72; B 33 (Referat 306), Bd. 191.

In der Presse wurde berichtet, Castro habe die Regierung für sozialistisch erklärt und ausgeführt, daß in Kuba keine Wahlen mehr stattfinden würden, da das Volk durch die Revolution bereits an der Macht sei. Vgl. dazu den Artikel „Wahlrecht auf Cuba abgeschafft. Castro proklamiert sozialistischen Staat“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 3. Mai 1961, S. 1.

¹⁵ Für den Bericht CM (61) 28 „Trends and Implications of Soviet Policy“ vgl. VS-Bd. 258 (301).

schaft der neuen amerikanischen Regierung dürften mittlerweile zerstört sein, sie hätten wieder die verschärfteste antiwestliche Politik und Propaganda aufgenommen. Sie wollten mit möglichst vielen offenen Problemen in die Gipfelkonferenz hineingehen.

Zur Berlin-Frage sei die Haltung der italienischen Regierung unverändert. Es handele sich um das direkte und ganz im Vordergrund stehende Interesse der gesamten Allianz. Gerade hier sei Konsultation besonders wichtig, um jederzeit rasch gemeinsame Beschlüsse fassen zu können.

Der Bericht über den Nahen und Mittleren Osten¹⁶ beschreibe zutreffend die Gefahren in diesem Raum. Es sei wichtig, hier zwischen Nationalismus und Kommunismus zu unterscheiden. Ziel der NATO müsse sein, zu vermeiden, daß diese zwei Kräfte sich auf die Dauer gegen uns vereinten. Wir müßten daher versuchen, von einer Basis der Festigkeit aus unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu diesen Ländern zu verbessern, ihr Mißtrauen auszuräumen und den Anschein zu vermeiden, als sei unsere Haltung ihnen gegenüber nur eine Funktion ihrer Beziehungen zum Sowjetblock.

Auch im Bericht über Afrika¹⁷ solle man einen klareren Unterschied machen zwischen dem Nationalismus und seiner Ausnutzung durch die Sowjets und andererseits der eigentlichen kommunistischen Aktivität. Gerade in Afrika spiele der Nationalismus und der Antikolonialismus eine sehr viel wichtigere Rolle als der Kommunismus.

Aus der Verantwortung der ehemaligen Kolonialmächte ergäben sich viele Schwierigkeiten. Es sei jedoch erfreulich, daß einer immer größeren Zahl von Ländern Schritt für Schritt die Unabhängigkeit gegeben werde und daß die Beziehungen dieser Staaten zum Westen sich in den meisten Fällen befriedigend entwickeln.

In Kuba habe vor kurzem Castro ganz offen seine Zugehörigkeit zum sowjetisch-chinesischen Block erklärt. Das habe vielleicht auch den anderen lateinamerikanischen Ländern den Ernst der Lage aufgezeigt. Über Lateinamerika müsse eine rege Konsultation stattfinden, damit bald geeignete Maßnahmen ins Auge gefaßt werden könnten.

Der britische Außenminister Lord Home stimmte eingangs unserer Ansicht zu, daß man in der Öffentlichkeit meist nur von den Schwierigkeiten innerhalb der Allianz und weniger von ihren Erfolgen rede.

Der wichtigste Teil der bisherigen Diskussion sei die schon vom deutschen Außenminister erwähnte Erklärung Rusk gewesen, die amerikanischen Streitkräfte würden in Europa bleiben und die Vereinigten Staaten würden die atomare Abschreckungsmacht auf dem notwendigen Stand halten.¹⁸ Auf dem nuklearen Kräftegleichgewicht beruhe die Sicherheit Europas und des Friedens.

Besonders wichtig sei die wachsende Zahl der Polaris-Unterseeboote. Die damit gegebene Möglichkeit des „zweiten Schlags“ könne kein möglicher Angreifer ignorieren.

¹⁶ Für den Bericht CM (61) 27 „The Situation in the Middle East“ vgl. VS-Bd. 258 (301).

¹⁷ Für den Bericht CM (61) 35 „Communist Penetration in Africa“ vom 22. April 1961 vgl. VS-Bd. 258 (301).

¹⁸ Zur Erklärung des amerikanischen Außenministers Rusk vom 8. Mai 1961 vgl. Dok. 139, Anm. 3.

Die Sowjetunion habe vor kurzem die Konzeption eines Weltkrieges und auch eines lokalen Krieges, bei dem eigene Truppen beteiligt wären, öffentlich aufgegeben.¹⁹ Darin liege ein gewaltiger Fortschritt. Insofern scheine ihm der von Averoff geäußerte Pessimismus nicht berechtigt. Natürlich würden die Sowjets sich weiter bemühen, örtlich begrenzte Schwierigkeiten und Revolutionen auszunützen. In Laos, in Kuba und im Kongo verfolge die Sowjetunion eine für uns sehr gefährliche Taktik, und leider würde wohl voraussichtlich auch im Iran bald eine ähnliche Entwicklung einsetzen.²⁰ Nachdem der Westen den Sowjets bewiesen hätte, daß Kriege zu gefährlich seien, müsse er ihnen jetzt zeigen, daß auch diese Taktik der Ausschlachtung lokaler Schwierigkeiten sich nicht auszahle.

Gleichzeitig versuche die Sowjetunion, die internationale Maschinerie zur Erhaltung des Friedens zu lähmen. Sie wolle ihren Gedanken des Triumvirats nicht nur in die Vereinten Nationen tragen²¹, sondern auch in alle verwandten Organisationen. Auch die Weigerung, sich an den Kosten von VN-Aktionen zu beteiligen, die die Sowjetunion nicht billige, schaffe natürlich ein ernstes Problem und könne bald eine Krise auslösen.

Chruschtschow habe erklärt, jeder Mensch sei entweder Kapitalist oder Kommunist, unparteiisch sei niemand. Daher könne es nicht nur einen Generalsekretär geben oder einen Administrator für ein nukleares Versuchsstopp-Abkommen, immer und überall müsse man Dreierkollegien einsetzen. Dem könne der Westen nicht zustimmen. Vielmehr solle er den Spieß gegen Chruschtschow umdrehen. Alle Commonwealth-Länder, einschließlich Indien und Ghana, hätten die Idee des Triumvirats einhellig abgelehnt. Wenn das Problem von uns selbst oder anderen freien Ländern vor die Vereinten Nationen gebracht würde, könne man hoffen, daß der sowjetische Standpunkt fast einstimmig abgelehnt werde.

Der Forderung Greens auf konstruktive Vorschläge des Westens in der Abrüstungsfrage müsse er entgegenhalten, daß solche Vorschläge längst vorlägen, nämlich bei den Verhandlungen über die Einstellung der Nuklearversuche.²²

19 Vgl. dazu die Ausführungen des Ministerpräsidenten Chruschtschow vom 6. Januar 1961; Dok. 79, Anm. 7.

20 Zur Lage im Iran teilte Botschafter Freiherr von Ungern-Sternberg, Teheran, am 1. Februar 1961 mit: „Unter der Decke brodelt es“. Die Zuspitzung der innenpolitischen Situation sei durch „scharfen Druck seitens der Sowjets“ mitverursacht, deren Radiopropaganda „Schah und Regierung [...] heftigsten Angriffen“ ausgesetzt habe und Wirkung in der iranischen Bevölkerung zeige. Allerdings hätten sich die Beziehungen im zweiten Halbjahr 1960 verbessert, und es würden „sowohl in Teheran wie in Moskau vertrauliche Gespräche geführt [...]. Im Kern geht es darum, ob Iran bereit ist, einen schriftlichen Verzicht auf ausländische Stützpunkte auszusprechen.“ Vgl. den Schriftbericht; B 12 (Referat 708), Bd. 982.

Der amerikanische Journalist Lippmann zog aus einem Gespräch mit Ministerpräsident Chruschtschow am 10. April 1961 in Sotschi den Schluß, daß dieser alles tun werde, um Schah Reza Pahlevi durch „propaganda and indirect intervention“ zu stürzen. Vgl. den Artikel „Soviet Will 'Oppose' Us on Cuba – But How?“, NEW YORK HERALD TRIBUNE vom 18. April 1961, S. 1.

21 Zur sowjetischen Forderung, das Amt des UNO-Generalsekretärs durch ein dreiköpfiges Exekutivorgan (Troika) zu ersetzen, vgl. Dok. 83, Anm. 5.

22 Die USA und Großbritannien legten am 18. April 1961 bei den Teststopp-Verhandlungen in Genf den Entwurf für ein Teststopp-Abkommen vor, in dem „ein kontrolliertes Verbot sämtlicher Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltall und unter Wasser sowie aller unterirdischen Kernwaffenversuche mit einer stärkeren Intensität als 4,75 Punkte seismischer Größe“ vorgesehen waren. Für kleinere unterirdische Versuche sollten ein freiwilliges Moratorium und Kontrollen eingeführt

Wenn die Sowjets dieses Abkommen nicht bald unterzeichneten, sei auch kein Fortschritt in der Abrüstungsfrage zu erwarten. Auch hier aber lasse sich mit Hilfe der Mitglieder des Commonwealth, der drei Allianzen der freien Welt²³ und einiger befreundeter Mächte in den Vereinten Nationen das falsche Spiel der Sowjets entlarven.

In Laos sei die Politik des Westens unangreifbar. Chruschtschow habe sich mit der Neutralität dieses Landes einverstanden erklärt.²⁴ In Genf werde man ihn hoffentlich auf die Probe stellen. Stehe er nicht zu seinem Wort, so müßten wir der Welt und vor allem den Entwicklungsländern zeigen, wer mit Unabhängigkeit und Neutralismus einverstanden sei und wer nicht.

In Afrika nütze der Sowjetblock den Nationalismus aus, wie ihn die neu errungene Unabhängigkeit zunächst immer mit sich bringe. Wer aber habe jenen Ländern diese Unabhängigkeit gegeben? Wer gewähre den Kolonien Selbstbestimmung? Wer leiste wirtschaftliche Hilfe? Der Westen. Im letzten Jahre habe der Ostblock Entwicklungshilfe in Höhe von rund 100 Mio. Pfund Sterling gegeben, der Westen dagegen 2200 Mio. Pfund Sterling – diese Zahlen widerlegten die Propaganda der Sowjets, wir müßten sie nur in der Welt bekannt machen.

Im Kongo sei das Ziel für die Aktion der Vereinten Nationen gewesen, den Kolonialen bei der Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten zu helfen und Einmischung von außen zu verhindern. Die Hoffnung auf einen föderativen Zusammenschluß, der wohl die beste Lösung darstelle, sei durch Tschombés Verhaftung²⁵ beeinträchtigt. Großbritannien könne aber keiner Aktion der Vereinten Nationen zustimmen, durch die dem Kongo oder einem Teil des Landes (wobei besonders an Katanga gedacht sei) irgendeine politische Regelung aufgezwungen würde.

Das Dilemma der ehemaligen Kolonialmächte in Afrika sei bekannt: Halte man die Macht noch länger in der Hand, so würden die nationalistischen Strömungen immer stärker, verlasse man das Land aber frühzeitig, so stürze man es möglicherweise ins Chaos. Großbritannien wolle seinen Besitzungen in Afrika so bald wie möglich die Unabhängigkeit geben.

(Portugal habe mit der Eingliederung seiner Kolonien ins Mutterland²⁶ einen anderen Weg eingeschlagen, diesen Weg halte er für falsch, mehr wolle er dazu nicht sagen.) Wenn jedoch die Vereinten Nationen jetzt in einigen Resolutionen Großbritannien auffordern würden, etwa Nordrhodesien und Njassaland in zwei oder drei Jahren zu verlassen, dann würde man riskieren, daß sich das Chaos vom Kongo auf weitere Teile Afrikas ausdehne. Den Nutzen davon hätte der

Fortsetzung Fußnote von Seite 626

werden. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Etzdorf vom 23. Mai 1961; B 130, Bd. 4024 A (302).

Für den Wortlaut des Entwurfs vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1961, S. 82–126.

23 NATO, CENTO und SEATO.

24 Zur sowjetischen Forderung vom 1. April 1961, in Laos eine neutrale Regierung zu bilden, vgl. Dok. 138, Anm. 13.

25 Zur Verhaftung des Ministerpräsidenten von Katanga, Tschombé, am 26. April 1961 vgl. Dok. 138, Anm. 9.

26 Vgl. dazu die mit Gesetz Nr. 2048 vom 11. Juni 1951 geänderte portugiesische Verfassung; Dok. 74, Anm. 26.

Kommunismus. Daher sollten solche Kolonialfragen im NATO-Rat besprochen werden, ohne Angst vor Meinungsverschiedenheiten. Auch in den Vereinten Nationen müsse auf diesem Gebiet ein möglichst hoher Grad gemeinsamen Handelns erzielt werden, um das Chaos zu vermeiden, das eintrate, wenn man den Kolonialmächten nicht etwa zehn oder zwölf Jahre Zeit ließe für den Übergang der von ihnen abhängigen Gebiete zur Unabhängigkeit.

Die Sowjets würden weiterhin die doppelte Politik der Bedrohung und der Propaganda für Frieden und Abrüstung betreiben. Der Westen müsse dem begegnen, indem er einerseits nach Möglichkeiten der Einigung suche, andererseits aber nicht seinen eigenen Standpunkt preisgebe. So schwer es auch sei, müßten wir dennoch Koexistenz und Kalten Krieg miteinander in Einklang bringen. Voraussetzung dafür sei vor allem, daß wir unsere Abschreckungsmacht glaubwürdig erhielten und daß wir den Sowjets deutlich machen, auf welchen Gebieten wir nicht zu Kompromissen bereit seien.

Ebenfalls müßten wir uns um die bestmögliche, gemeinsame Ausnutzung unserer wirtschaftlichen Kräfte bemühen. Besprechungen in dieser Hinsicht hätten bereits zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und auch Deutschland stattgefunden.

Wir müßten unsere Propaganda und auch unsere Abwehr gegen die Subversion in Südostasien und im Mittleren Osten intensivieren, und wir müßten eine größere Gemeinsamkeit der Anschauung erreichen in Angelegenheiten, die von den Vereinten Nationen behandelt werden. Vielleicht sei das hinsichtlich des Kolonialismus schwierig, aber in Fragen wie Abrüstung und anderen Fällen hätten wir durchaus die Möglichkeit, das Spiel der Sowjets zu durchkreuzen.

Der französische Außenminister Couve de Murville sprach zunächst über Laos. Diejenigen NATO-Regierungen, denen in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung zufalle, hätten sich über die zu verfolgende Politik völlig geeinigt. Wesentlich sei die Entschlossenheit, eine Lösung durch politische Verhandlungen herbeizuführen und nicht einen bestimmten Zustand mit Gewalt zu erhalten.

Vielleicht bestehe ein wenig Grund zum Optimismus, da auch die Gegenseite sich auf solche Verhandlungen eingelassen habe, obgleich sie sich bei der gegenwärtigen militärischen Lage ohne große Schwierigkeit mit Gewalt des ganzen Landes hätte bemächtigen können. Übertriebene Hoffnungen dürfe man daran natürlich nicht knüpfen.

Viel Sorge mache Südvietnam. Dort gebe es zwar eine starke Regierung, eine gut organisierte Armee und eine einigermaßen gesunde Wirtschaft (im Gegensatz zu Nordvietnam), dennoch mache der Kommunismus immer weitere Fortschritte. Es scheine, als ob die Regierung keinerlei Kontakte zum Volk habe. Natürlich sei es schwer, dagegen etwas Wirksames zu unternehmen. Ganz allgemein glaube er, daß man bei der Analyse der sowjetischen Politik einen Unterschied machen müsse zwischen peripherischen Krisen und Hauptkrisen (crises périphériques und crises essentielles), zu der ersten Gruppe zählten Laos, Kongo, wohl auch Kuba und andere, bei ihnen trete die Sowjetunion nicht mit ihrer ganzen Macht und Bedeutung auf, sie versuche vielmehr, aus gewissen Umständen Vorteile zu ziehen, besonders aus Fehlern anderer. Ein Beispiel sei der Kongo: Zunächst hätten die Sowjets sich direkt einzumischen versucht, dann aber beim ersten

Alarmzeichen sich zurückgezogen²⁷, und sie seien nie mehr wiedergekommen. Vielmehr versuchten sie jetzt, von dieser ungewöhnlichen Anarchie zu profitieren, die das Ergebnis des wenig erfolgreichen Wirkens der Vereinten Nationen sowie der Einmischung insbesondere anderer afrikanischer Staaten sei. (Übrigens teile er Spaaks Ansicht, daß die Verhaftung von belgischen Bürgern durch die Vereinten Nationen sehr „eigenartig“ sei. Bisher seien Verhaftungen und Rechtsprechung souveränen Regierungen vorbehalten gewesen. Wichtiger seien die Abmachungen zwischen Kasavubu und den Vertretern der Vereinten Nationen.²⁸ Sie beruhten auf der Anerkennung der legalen Autorität Kasavubus durch die Vereinten Nationen und könnten, wenn sie verwirklicht würden, einen Fortschritt bedeuten gegenüber den bisherigen, wie ihm scheine, etwas ziel- und planlosen Aktionen der Vereinten Nationen in verschiedenen Teilen des Landes. Auch jede Autorität in Katanga müsse der Zentralgewalt im Kongo untergeordnet bleiben.)

Im Gegensatz also zu diesen peripherischen Krisen gebe es die Krisen von grundsätzlicher Bedeutung, bei denen wesentliche nationale Interessen der Sowjetunion berührt würden. Hier nehme sie keinerlei Rücksicht auf Propaganda und öffentliche Meinung, das beste Beispiel sei Ungarn.²⁹ Auf diesem Gebiet sei die wichtigste Frage die Deutschlands. Man könne eine mögliche Deutschland- oder Berlin-Krise nicht gleichsetzen mit den Krisen im Kongo, in Laos oder in Kuba. Alle Gründe sprächen dafür, daß die Sowjetunion entschlossen sei, sich hier voll einzusetzen und möglicherweise erhebliche Risiken einzugehen. Daher halte er von allem, was heute gesagt worden sei, die Tatsache für besonders wichtig, daß wir uns voraussichtlich noch in diesem Jahre vor großen Schwierigkeiten hinsichtlich Deutschlands und Berlins sehen würden. Bekanntlich sei die Krise 1958 durch Chruschtschow eingeleitet worden³⁰, man habe 1959 in Genf verhandelt³¹, die Gipfelkonferenz 1960 sei gescheitert³², es sei nicht damit

²⁷ In einer Analyse der sowjetischen Politik in der Kongo-Krise führte Gesandter Scholl, Moskau, am 24. März 1961 aus, in einer ersten Phase habe sich die sowjetische Regierung darum bemüht, „innerhalb des ganzen Kongo mittels der Zentrale Léopoldville vorherrschenden Einfluß zu erlangen“. Nachdem im Juli 1960 noch ein mögliches Hilfsersuchen der kongolesischen Regierung an die UdSSR im Raum gestanden habe – „zweifellos unter dem Einfluß des kongolesischen Ministerpräsidenten Lumumba, der offen aussprach, er werde selbst mit dem Teufel paktieren, um die Belgier aus dem Kongo herauszubringen“ –, sei von sowjetischer Seite „offen mit gewaltsamer Intervention gedroht“ worden. Diese hätte ihr durch ein Mandat der UNO ermöglicht werden sollen. Der UNO-Sicherheitsrat habe dann aber allein UNO-Generalsekretär Hammarskjöld ermächtigt, zusammen mit der kongolesischen Regierung die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung zu ergreifen: „Der Ausgang der Debatte im Sicherheitsrat bedeutete also eine klare Niederlage der Sowjets, die [...] feststellen mußten, daß sich nicht nur die Großmächte, sondern auch die afrikanischen Staaten selbst einem sowjetischen Eingreifen im Kongo widersetzen.“ Die UdSSR habe es danach „nicht gewagt, dem Sicherheitsrat zum Trotz seinen Worten Taten folgen zu lassen und mit dem Schwergewicht seiner Macht in den Kongo einzubrechen“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1140; B 34 (Referat 307), Bd. 162.

²⁸ Zu den Vereinbarungen des Präsidenten Kasavubu mit Vertretern der UNO vom 17. April 1961 vgl. Dok. 139, Anm. 8.

²⁹ Zum Aufstand in Ungarn am 23. Oktober 1956 und zur Intervention sowjetischer Truppen vgl. Dok. 51, Anm. 11.

³⁰ Vgl. dazu die Rede des Ministerpräsidenten Chruschtschow am 10. November 1958 im Moskauer Sportpalast; Dok. 2, Anm. 11.

³¹ Vom 11. Mai bis 20. Juni und vom 13. Juli bis 5. August 1959 fand in Genf eine Außenministerkonferenz der Vier Mächte zur Deutschland- und Berlin-Frage statt.

³² Zur gescheiterten Eröffnung der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Vier Mächte in Paris am 16. Mai 1960 vgl. Dok. 61, Anm. 29.

zu rechnen, daß die Sowjets das Jahr 1961 vorbeigehen ließen, ohne wieder die Initiative zu ergreifen. Was Chruschtschow vor habe, wisse man seit langem, da er es immer wieder offiziös oder offiziell, öffentlich oder geheim vielen Leuten erklärt habe. Wie Spaak schon gesagt habe, müßten die hauptsächlich interessierten Staaten die daraus zu ziehenden Folgerungen beraten und anschließend den NATO-Rat mit diesen Überlegungen befassen. Das Problem gehe alle an. Mehr könne er im Moment kaum sagen. Auf den ersten Blick schienen sich zwei Möglichkeiten des Handelns zu ergeben: entweder selbst die Initiative zu ergreifen, d.h. von einer bestimmten Basis aus den Sowjets Verhandlungen vorzuschlagen, oder abzuwarten und uns, wenn der Moment gekommen sei, die Sowjets also den Separatfriedensvertrag abgeschlossen und die damit zusammenhängenden Maßnahmen ergriffen hätten, darüber zu einigen, ob und wie wir der neuen Lage begegnen können. Es sei besonders wichtig, daß der Atlantik-Rat diese Hauptfrage aufmerksam verfolge und im entscheidenden Moment, der wahrscheinlich bald komme, darüber berate und Richtlinien für das gemeinsame Handeln setze.

Generalsekretär Stikker schloß hiermit die Aussprachen des ersten Tages der Ministerkonferenz.³³

[gez.] Etzdorf

VS-Bd. 8488 (Ministerbüro)

141

**Ministerialdirektor von Etzdorf, z.Z. Oslo,
an das Auswärtige Amt**

**114-3225/61 geheim
Fernschreiben Nr. 70**

**Aufgabe: 9. Mai 1961, 20.30 Uhr
Ankunft: 9. Mai 1961, 21.15 Uhr**

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 67 vom 9.5.¹

Die Sitzung der Ministerkonferenz am 9.5. vormittags² begann mit einer Erklärung von Außenminister Lange zum Punkt 1 der Tagesordnung (Überblick über die internationale Lage). Er dankte zunächst für die von Außenminister Rusk wiederholte Versicherung, daß die amerikanische Regierung ihre Truppen zur Verteidigung des Territoriums der NATO in Europa belassen werde.³

Seine Vorrredner hätten zu Recht festgestellt, daß der Ostblock zur Zeit überall in der Welt Unruhe stifte und den Westen in schwierige Lagen brächte. Dabei sollten wir jedoch niemals übersehen, daß der Westen eine klare Überlegenheit

³³ Zu den Sitzungen am zweiten Tag der NATO-Ministerratstagung in Oslo vgl. Dok. 141 und Dok. 142.

¹ Vgl. Dok. 140.

² Die NATO-Ministerratstagung in Oslo fand vom 8. bis 10. Mai 1961 statt. Zur Sitzung am 9. Mai 1961 vgl. auch FRUS 1961-1963, Western Europe; Berlin, Microfiche Supplement, Dok. 2.

³ Zur Erklärung des amerikanischen Außenministers Rusk vom 8. Mai 1961 vgl. Dok. 139, Anm. 3.

an Kräften und Material habe und daß es – wie Generalsekretär Stikker in der gestrigen Eröffnungsrede⁴ zutreffend herausgestellt habe – nur darauf ankomme, sich über den Einsatz aller dieser Mittel einig zu werden und sich dieser Mittel so rationell wie möglich zu bedienen.

Zu der Lage in Kuba⁵ habe er mit Befriedigung die Versicherung von Außenminister Rusk gehört, daß die USA nicht die Absicht hätten, mit Waffengewalt zu intervenieren. Norwegen, als Nachbarstaat der Sowjetunion, verfolge die amerikanisch-kubanischen Beziehungen mit besonderer Aufmerksamkeit.

In Bezug auf Berlin hoffe er, daß alle NATO-Staaten zeitgerecht von den drei Westmächten und der Bundesregierung über den Stand der Contingency-Planung⁶ unterrichtet würden.

In der Abrüstungsfrage schließe er sich der Hoffnung seines kanadischen Kollegen Green an, daß zunächst innerhalb der NATO-Staaten und dann in Verhandlungen mit der Sowjetunion eine Verständigung über die Zusammensetzung des Gremiums für die weiteren Verhandlungen⁷ erzielt werden könne.

Für die derzeitigen Sorgen Portugals habe seine Regierung durchaus Verständnis. Sie sei jedoch über die einzuschlagende Politik in verschiedenen Punkten abweichender Meinung. Der Wind wehe in Afrika jetzt allzu deutlich in einer anderen Richtung; man könne sich dort nicht mehr gegen die elementare Entwicklung stemmen.

Hinsichtlich des Wertes der UNO als Organisation zur Erhaltung des Friedens teile seine Regierung nicht die sehr weitgehenden Befürchtungen, welche von mehreren Seiten bei dieser Konferenz vorgebracht worden sind. Die UNO und ihre Sonderorganisationen seien durchaus in der Lage, nützliche Arbeit für das Zusammenleben der Völker zu leisten. Für den Westen käme es dabei nur darauf an, durch zweckmäßiges Verhalten Freunde in Afrika und Asien zu gewinnen.

Anschließend gab Außenminister Rusk eine kurze Stellungnahme zu einigen der bisher zum Punkt 1 der Tagesordnung vorgebrachten Erklärungen ab. Er versicherte, daß der Aufforderung entsprochen werden würde, die Contingency-Planung für Berlin bald vor den Rat zu bringen.⁸

⁴ Über die Rede des NATO-Generalsekretärs vom 8. Mai 1961 zur Eröffnung der NATO-Ministerratstagung in Oslo wurde in der Presse berichtet, Stikker habe darauf hingewiesen, daß die sowjetische Bedrohung nicht auf Europa begrenzt, sondern weltumspannend sei und den politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, psychologischen, propagandistischen wie militärischen Bereich betreffe. Vgl. dazu den Artikel „Rusk warnt vor Aktion in Berlin“; SÜddeutsche ZEITUNG vom 9. Mai 1961, S. 2.

⁵ Zum gescheiterten Landungsunternehmen einer exilkubanischen Invasionstruppe auf Kuba vgl. Dok. 115, Anm. 10.

⁶ Zur militärischen Eventualfallplanung für Berlin vgl. Dok. 127.

⁷ Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Chruschtschow hinsichtlich einer Erweiterung der Zehnmächte-Abrüstungskommission und den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen darüber vgl. Dok. 83, Anm. 12, 15 und 16.

⁸ Am 31. Mai 1961 teilte Botschafter von Walther, Paris (NATO), mit, daß NATO-Generalsekretär Stikker Presseberichte über die Eventualfallplanung für Berlin zum Anlaß genommen habe, „die vier für die Contingency Planning verantwortlichen Mächte nunmehr an ihre in Oslo gegebene Zusage zu erinnern, den NATO-Rat über die Alarmplanung so bald wie möglich zu unterrichten“. Walther bat „um Unterichtung über gegenwärtigen Stand der Contingency-Planung und um Weisung, wann mit Vorlage dieser Planung an NATO-Rat zu rechnen ist“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 559; VS-Bd. 3480 (AB 7); B 150, Aktenkopien 1961.

In einer Besprechung der NATO-Botschafter Finletter (USA), de Leusse (Frankreich), Mason (Großbritannien) und Walther mit Stikker am 6. Juni 1961 übergab Finletter einen Interimsbericht der

Er akzeptiere auch den Wunsch von Außenminister Spaak, ein amerikanisches Weißbuch über Kuba zu fertigen und es so bald als möglich den Mitgliedstaaten zur Kenntnis zu bringen.

Er sei sehr beeindruckt über die mehrfach erwähnten Gefahren eines Gegensatzes zwischen der NATO und der UNO. Zweifellos könne die derzeitige Tätigkeit der UNO als bedenklich und sogar schmerzlich (painful) empfunden werden, man dürfe aber nicht so weit gehen, die Möglichkeiten zu unterschätzen, die für einen entscheidenden Einfluß der Westmächte innerhalb der UNO durchaus gegeben seien. Es müsse alles darauf abgestellt werden, dem kommunistischen Block mit einer in sich solidarischen Mehrheit zu begegnen. Diese Mehrheit müsse unter der Berufung auf die Devise der §§ 1 und 2 der Präambel der Charter der Vereinten Nationen⁹ wie bisher zusammengebracht werden. Die Verhandlungen der letzten Jahre in der UNO und in ihren Sonderorganisationen bewiesen, daß bei den Tausenden von Tagesordnungspunkten diese Mehrheit fast immer zu finden war. Die neuen Mitgliedstaaten der UNO seien unerfahren, sogar oftmals naiv; sie benötigten eine Führung, an die sie sich anlehnen könnten. Darin lange weiterhin eine große Chance für den Westen. Abschließend hierzu erklärte Rusk, daß es sehr peinlich wäre, wenn die Sowjets den Eindruck gewinnen könnten, daß eine beachtliche Rivalität zwischen den Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten und der UNO-Mitgliedstaaten im Entstehen sei.

Zu Spaaks gestrigen Ausführungen über den Kongo erbat Rusk weitere Angaben über die Beurteilung seitens der belgischen Regierung, da man sich hierüber noch kein ausreichendes Bild machen könne.

Für das Communiqué dieser Ministerkonferenz¹⁰ empfahl Rusk einen Ton, der mehr Optimismus erkennen lasse, als die bisherigen Aussprachen ergeben hätten. Die Fortschritte, welche die Allianz gemacht habe, und die Schwächen, welche im Ostblock erkenntlich seien, dürften nicht übersehen werden. Es wäre unglücklich und unbefriedigend, wenn diese Konferenz einen nicht gerechtfertigten deprimierten Ausklang fände.

Die Probleme Südostasiens würden in mancher Hinsicht von Amerika und von Europa aus unterschiedlich beurteilt. Darum sei eine eingehende Konsultation im NATO-Rat über diese Probleme vonnöten, um die Auffassungen über das Ausmaß der Gefahr aufeinander abzustimmen.

Türkischer Außenminister Sarper gab eine Erklärung über die Lage im Mittleren Osten ab, welche mit Ausnahme eines Hinweises auf den verschärften Druck der Sowjetunion gegenüber Persien¹¹ keine neuen Gesichtspunkte enthielt (Einzelheiten hierzu siehe späteren Sitzungsbericht¹²).

Fortsetzung Fußnote von Seite 631

Drei Mächte zur Eventualfallplanung, der am Folgetag im Ständigen NATO-Rat eingebracht werden sollte mit dem Hinweis: „Ein vollständiger und gehaltvoller Bericht werde nach Abschluß der Arbeiten der Washingtoner Drei-Mächte-Arbeitsgruppe vorgelegt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 579 von Walther vom selben Tag; VS-Bd. 3588 (AB 7); B 150, Aktenkopien 1961.

⁹ Für den Wortlaut der Präambel der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 675.

¹⁰ Für den Wortlaut des Communiqués der NATO-Ministerratstagung vom 8. bis 10. Mai 1961 in Oslo vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES, S. 136–138. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 318 f.

¹¹ Zur Haltung der UdSSR gegenüber dem Iran vgl. Dok. 140, Anm. 20.

¹² Für das Wortprotokoll der Vormittagssitzung der NATO-Ministerratstagung am 9. Mai 1961 in Oslo (C-VR (61) 18) vgl. VS-Bd. 518 (II 7).

Der portugiesische Außenminister Nogueira schilderte die Ansicht seiner Regierung über das Ausmaß der kommunistischen Infiltration in Afrika (Darstellung dieser Infiltration in den einzelnen afrikanischen Ländern siehe späteren Sitzungsbericht). Nogueira berief sich erneut darauf, daß seine Regierung mit afrikanischen Verhältnissen besser vertraut sei als die Regierungen der meisten anderen Mitgliedstaaten. Seine Regierung müsse daher mit allem Ernst vor den großen Gefahren warnen, die der freien Welt hier drohten. Die afrikanische Bevölkerung werde von westlichen Idealen nur wenig angesprochen; ihre Mentalität sei unglücklicherweise sowjetischer Propaganda und sowjetischen Führungsmethoden weitaus zugänglicher. Nogueira sagte wörtlich, daß man nicht überrascht sein dürfte, wenn der gesamte afrikanische Kontinent in naher Zukunft eine kommunistische Domäne würde. Die NATO möge hieraus unverzüglich die nötigen Folgerungen ziehen.

Der griechische Außenminister Averoff bemühte sich aufgrund der vorstehend wiedergegebenen Kommentare von Außenminister Rusk, seinen gestern geäußerten Pessimismus über die allgemeine Lage etwas zu korrigieren. Trotzdem müsse er bei der Ansicht bleiben, daß im Vergleich zur vorjährigen Frühjahreskonferenz in Istanbul¹³ sich die Lage für den Westen deutlich verschlechtert habe. Kongo, Laos, Kuba und die zu erwartende erneute Berlin-Krise seien die Beweise hierfür. Die Sowjets seien zur Zeit außerdem an drei Stellen besonders bemüht, gegen den Westen politisch aktiv zu werden. Das gelte für Persien, die Bundesrepublik und in gewisser Weise auch für Bulgarien. Jedes Land, das sich der Bundesrepublik näherte, werde seit einiger Zeit ganz besonders heftig von der Sowjetunion mit Beschimpfungen überfallen. In Bulgarien würde die Armee mit besonderem Nachdruck verstärkt. Bulgarien sei den griechischen Streitkräften an Panzern und Artillerie bereits klar überlegen.¹⁴

Die UNO müsse weiterhin als ein geeignetes Forum angesehen werden, um sowjetische Offensiven aufzufangen. Man dürfe nicht übersehen, daß die Sowjetunion ihrerseits die UNO als ein dem Westen dienliches Werkzeug betrachte und darum die UNO ändern oder sogar zerstören wolle.

Der britische Außenminister Lord Home ging kurz auf die portugiesischen Befürchtungen über die Entwicklung in Afrika ein. Seine Regierung sehe die Lage und die weitere Entwicklung in mancher Hinsicht in einem anderen Licht. Zunächst müsse man berücksichtigen, daß von einer politischen Kohäsion zwischen den afrikanischen Ländern nicht gesprochen werden könne. Außerdem ständen die afrikanischen Länder dem sowjetischen Einfluß nicht so weitgehend offen, wie von portugiesischer Seite angenommen würde. Die afrikanischen Länder wünschen keinen kalten Krieg, welcher durch einen zunehmenden sowjeti-

¹³ Die NATO-Ministerratstagung in Istanbul fand vom 2. bis 4. Mai 1960 statt.

¹⁴ Am 9. Februar 1960 wurde im Politischen Ausschuß der NATO darauf hingewiesen, daß „die bulgarische Regierung jetzt in besonders aktiver Weise die Bildung einer Friedenszone im Balkan und eine Entspannung in diesem Raum“ propagiere. Demgegenüber erklärte der griechische Vertreter, daß die bulgarische Regierung, die „stets ein besonders treuer Diener Moskaus gewesen sei“, zwar die sowjetische Friedenspropaganda unterstütze, dabei aber Streitkräfte von 250 000 Mann unterhalte, „obwohl im Friedensvertrag eine Höchststärke von 65 000 Mann festgelegt sei. Die Mannschaftsstärke der bulgarischen Streitkräfte sei damit doppelt so hoch wie die der griechischen Streitkräfte.“ Vgl. den Schriftbericht des Botschafters von Walther, Paris (NATO), vom 12. Februar 1960; B 12 (Referat 705), Bd. 616.

ischen Einfluß nach Afrika getragen werden könnte. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung müsse er seinen portugiesischen Kollegen auf die britischen und französischen Erfahrungen hinweisen. Weder Großbritannien noch Frankreich hätten die Entwicklung zur Unabhängigkeit in Afrika aufhalten können. Daher seien Zweifel nicht zu unterdrücken, ob angesichts der Entwicklung, welche die afrikanischen Verhältnisse im 20. Jahrhundert genommen haben, die portugiesische Regierung ihre derzeitige politische Linie weiterverfolgen könnten. Im übrigen hoffe er über die portugiesischen Ansichten hierzu bei seinem geplanten Besuch in Lissabon¹⁵ Näheres erfahren zu können.

[gez.] Etzdorf

VS-Bd. 8488 (Ministerbüro)

142

Ministerialdirektor von Etzdorf, z.Z. Oslo, an das Auswärtige Amt

**114-3233/61 geheim
Fernschreiben Nr. 71**

**Aufgabe: 9. Mai 1961, 21.00 Uhr¹
Ankunft: 9. Mai 1961, 22.45 Uhr**

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 70 geh. vom 9.5.61²

Der französische Außenminister³ erklärte, nicht alle Schwierigkeiten in der Welt seien ein Werk des Kommunismus. Viele politische, wirtschaftliche und soziale Probleme ergäben sich aus der allgemeinen Entwicklung der Welt; natürlich müsse man damit rechnen, daß die Sowjetunion die daraus resultierenden Schwierigkeiten für sich ausnutze.

Hinsichtlich des Deutschland-Problems hätten einige Sprecher gefordert, den Rat auf dem laufenden zu halten. Das wolle man tun. Es sei jedoch zu bedenken, daß die bisher vorliegenden Pläne hinter der wahren Bedeutung des Problems zurückstünden. Nicht die mögliche Reaktion auf militärische Scharmützel sei entscheidend, sondern die Frage, welche Haltung der Westen einnehmen werde nach Verwirklichung der bekannten sowjetischen Absichten, insbesondere nach Abschluß des Separatfriedensvertrages mit seinen Folgen für Berlin. Darüber müsse beschleunigt beraten werden.

Generalsekretär Stikker faßte das Ergebnis der Diskussion über die Weltlage zusammen. Im allgemeinen hätten die vorliegenden Berichte Anerkennung gefunden. Gewisse Kritiken schienen ihm berechtigt, vor allem der Hinweis Spaaks, daß die Berichte zu wesentlichen Fragen, wie z. B. zur VN-Aktion im

¹⁵ Der britische Außenminister Lord Home besuchte Portugal vom 25. bis 29. Mai 1961.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sahm am 17. Mai 1961 vorgelegen.

² Vgl. Dok. 141.

³ Maurice Couve de Murville.

Kongo, keine Empfehlungen enthielten.⁴ Der Fehler liege nicht bei den Experten, sondern bei den Regierungen, die ihnen nicht genügend Instruktionen und Verhandlungsspielraum gegeben hätten. Dem solle man in Zukunft Rechnung tragen.

Zur Weltlage hätten sich die meisten Sprecher pessimistisch geäußert. Er halte die Sorge für berechtigt. Besonders wichtig sei die von Rusk erwähnte Gefahr, die Sowjetunion könne die Stärke und Entschlossenheit des Westens unterschätzen. Vielleicht könne man diesen Punkt im Communiqué⁵ berücksichtigen. Sonst müsse man im Rat darauf zurückkommen.

Berlin sei ein besonders wichtiges und gefährliches Problem. Auch die Unterscheidung zwischen peripherischen und Hauptkrisen⁶ sei so wichtig, daß sie im Rat wieder aufgegriffen werden solle. Gegenwärtig rangiere Berlin an der Spitze der Probleme. Die Einstimmigkeit in der ernsten Sorge und in dem Wunsch nach rechtzeitiger Planung sei bemerkenswert. Die Vorbereitung habe drei Aspekte: „Contingency Planning“⁷, wirtschaftliche Gegenmaßnahmen⁸ und die mögliche Wiederaufnahme von Verhandlungen. Es sei für den Ständigen Rat schwierig, sofort mit der Diskussion über diese Frage zu beginnen, daher würde es begrüßt werden, wenn die vier Mächte so bald wie möglich einige Hinweise dafür geben könnten, was auf jedem dieser drei Gebiete getan werden könnte.

Eine andere wichtige Frage sei die der Abrüstung. Die Hauptverantwortung liege hier bei einigen Mitgliedsregierungen. Das Problem interessiere jedoch alle, so daß eine volle Konsultation im Rat über die Frage der Zusammensetzung des Verhandlungsgremiums⁹ und über die Grundlagen der westlichen Haltung erforderlich sei. Besonders wichtig scheine ihm der von Rusk erwähnte Gesichtspunkt, der Westen müsse zwar die Reaktion der Weltöffentlichkeit im Auge behalten, dürfe jedoch nie da nachgeben, wo die Sicherheit in Frage gestellt sei.

Hinsichtlich Laos scheine Einigkeit zu bestehen. Es sei zu hoffen, daß die in den nächsten Tagen beginnende Genfer Konferenz¹⁰ zur Erreichung der westlichen Ziele führe.

Spaak habe über den Kongo nicht nur als Belgier gesprochen, sondern die allgemeine Position des Westens dargestellt. Auch hier sei man sich über das Ziel

⁴ Für die Äußerung des belgischen Außenministers Spaak über den Bericht der Afrika-Expertengruppe der NATO vom 22. April 1961 vgl. Dok. 139.

⁵ Für den Wortlaut des Communiqués der NATO-Ministerratstagung vom 8. bis 10. Mai 1961 in Oslo vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES, S. 136–138. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 318 f.

⁶ Vgl. dazu die Ausführungen des französischen Außenministers Couve de Murville vom 8. Mai 1961; Dok. 140.

⁷ Zur militärischen Eventualfallplanung für Berlin vgl. Dok. 127.

⁸ Zu den wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen im Falle einer Behinderung des zivilen Personen- und Güterverkehrs nach Berlin durch die DDR vgl. den von der Bonner Expertengruppe am 11. November 1960 an die NATO übermittelten Bericht; Dok. 36, Anm. 9.

Der Bericht wurde seit Januar 1961 im Politischen Ausschuß der NATO erörtert, der am 29. Mai 1961 seinerseits den Bericht „Possible Economic Counter-Measures“ (CM (61) 45) vorlegte. Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 3848 (700).

⁹ Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Chruschtschow hinsichtlich einer Erweiterung der Zehn-Mächte-Abrüstungskommission und den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen darüber vgl. Dok. 83, Anm. 12, 15 und 16.

¹⁰ Die Internationale Laos-Konferenz in Genf begann am 16. Mai 1961.

eines unabhängigen föderativen Kongo sowie über die Rolle der Vereinten Nationen einig.

Bezüglich Angola würden selbst diejenigen, die nicht in jeder Hinsicht mit dem portugiesischen Standpunkt übereinstimmten, vieles von dem anerkennen, was Nogueira über die Ausnutzung des Kolonialproblems durch die Sowjetunion gesagt habe. Man dürfe dem Gegner hier nicht freies Feld für seine subversive Tätigkeit überlassen. So habe Lord Home gesagt, Großbritannien werde sich nicht in vorschnelle Aktionen drängen lassen.

Über Kuba habe Rusk ausführlich gesprochen. Bemerkenswert sei der Ernst und die Offenheit, mit der er auch Fehler der amerikanischen Politik zugegeben habe. Es bestünde wohl Einverständnis darüber, daß alles, was die amerikanische Position in der westlichen Hemisphäre schwäche, auch die Position der Allianz beeinträchtige.

Alle diese Fragen spielten auch im Rahmen der Vereinten Nationen eine Rolle. Eine starke Position des Westens sei nur mit Unterstützung der Entwicklungsländer zu erreichen. Die Ausführungen von Lord Home über die Haltung der Commonwealthländer zur Abrüstung stimmten¹¹ hoffnungsvoll.

Die Aufzählung der bisher behandelten Punkte (Berlin, Laos, Kongo, Kuba, Iran u.a.) beweise, daß keine geographischen Tabus beständen. Das sei zu begrüßen. Er erinnere aber daran, daß jede Konsultation eine Antwort voraussetze; besonders gefährlich sei es, im Rat zu schweigen und dann außerhalb der NATO eine abweichende Haltung einzunehmen.

Stunde der Westen zusammen, dürfe er für die weitere Entwicklung optimistisch sein.

Der zweite Punkt der Tagesordnung war der Politische Jahresbericht des Generalsekretärs, in diesem Falle vorgelegt von Casardi.¹² Der dänische Außenminister nahm in diesem Zusammenhang die Frage der europäischen Integration auf. Es bestehe Hoffnung auf eine Annäherung zwischen Großbritannien und den Sechs.¹³ Die dänische Regierung sei froh darüber, da sie immer der Ansicht gewesen sei, daß die Spaltung in zwei wirtschaftliche Blöcke nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch politisch und militärisch höchst nachteilige Folgen für die europäische Zusammenarbeit habe. Er hoffe, daß sich die amerikanische Regierung gegenüber dem Zutritt Großbritanniens zur EWG positiv verhalte und daß die Sechs selbst den bisher Außenstehenden den Beitritt nicht zu schwer machen würden. Wenn Großbritannien beitrete, würde auch Dänemark sofort in Verhandlungen eintreten. Die Länder des Gemeinsamen Marktes sollten für den Wunsch auf Zulassung als gleichberechtigtes Mitglied Verständnis haben und insbesondere auf lebenswichtige Einzelprobleme, wie das der Landwirtschaft, Rücksicht nehmen.¹⁴

Wichtig sei es, die nicht in NATO vertretenen EFTA-Länder¹⁵ nicht im Stich zu lassen. Man müsse sie an den Verhandlungen für die europäische Integration beteiligen.

¹¹ Korrigiert aus: „stimme“.

¹² Für den Bericht CM (61) 36 „Annual Political Appraisal“ vom 17. April 1961 vgl. VS-Bd. 258 (301).

¹³ Zu den Überlegungen hinsichtlich eines britischen EWG-Beitritts vgl. Dok. 167.

¹⁴ Zur dänischen Haltung zu einem EWG-Beitritt vgl. auch Dok. 158.

¹⁵ Österreich, Schweden und die Schweiz.

Eine dauerhafte Grundlage für die europäische Integration sei für alle von Vorteil und werde auch der Zusammenarbeit in der OECD neue Impulse verleihen. Auch die Atlantische Gemeinschaft könne davon nur profitieren.

Er schlage vor, einen Passus über die europäische Integration und die Wichtigkeit einer baldigen Lösung der damit zusammenhängenden Probleme in das Kommuniqué aufzunehmen.

Spaak begrüßte diese wichtige, wenn auch unerwartete Bereicherung der Diskussion. Er habe immer gefunden, daß das Sechser-Europa unvollständig sei, und würde sich freuen, wenn Großbritannien und andere Staaten sich anschließen oder annähern könnten. Damit seien jedoch wichtige Probleme verbunden, er wisse z. B. nicht, ob die Einbeziehung Großbritanniens eine Revision des Vertrags notwendig mache. Man dürfe nicht vergessen, daß die Rom-Verträge¹⁶ nur eine Etappe seien – dieses politische Konzept dürfe nicht gefährdet werden.

Lord Home versicherte, daß Großbritannien immer auch das Wohl der Partner in EFTA und im Commonwealth berücksichtigen werde. In diesem Rahmen wolle es das Äußerste tun für Europa.

Der dänische Vorschlag, die Frage in das Kommuniqué aufzunehmen, wurde von den Außenministern Norwegens, Großbritanniens, der Niederlande¹⁷, der Bundesrepublik und Kanadas¹⁸ für wenig zweckmäßig erklärt, insbesondere im Hinblick auf die nicht in der NATO vertretenen EFTA-Länder. Lange sagte, das geeignete Forum für die Behandlung dieser Frage sei die OECD.

Krag insistierte nicht, erklärte aber, er könne der dänischen Presse gegenüber kein Geheimnis daraus machen, daß die Frage vom NATO-Ministerrat besprochen worden sei. Der Zuständigkeit der OECD werde damit kein Abbruch getan.

Die Diskussion wandte sich dann der langfristigen Planung zu.

Lord Home erklärte, das vorliegende Dokument über Konsultationen¹⁹ enthalte viele wertvolle Anregungen. Die Schlußfolgerung sei, daß die NATO die Konsultation über Vorgänge außerhalb des eigentlichen Vertragsgebietes zur ständigen Einrichtung machen müsse. Dabei sei jedoch vorsichtig vorzugehen, damit die Allianz nicht – z. B. in Afrika, wo man besonders empfindlich sei – der Einmischung bezichtigt werden könne. Auch müsse der Eindruck einer Blockbildung vermieden werden.

In vielen Fällen sei eine einhellige Meinung sicher nicht zu erreichen. Das beste Beispiel sei die Frage des Kolonialismus. Dadurch dürfe man sich nicht entmutigen lassen oder ungeduldig gegenüber den Partnern werden; das Ziel sei nicht immer Einstimmigkeit.

Die Idee einer „Atlantic Policy Advisory Group“²⁰ sei nicht ganz von der Hand zu weisen. Vorbedingung sei, daß diese Gruppe nicht ins Blaue hinein diskutiere,

¹⁶ Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

¹⁷ Joseph Luns.

¹⁸ Howard Green.

¹⁹ Für den Bericht CM (61) 30 „Long-Term Planning. Part I: Political Consultation“ vom 20. April 1961 vgl. VS-Bd. 258 (301).

²⁰ In einem der NATO am 31. Januar 1961 vorgelegten britischen Memorandum zu „Political Aspects of Long Range Planning“ (TYP/UK (61) 2) wurde positiv zu einem amerikanischen Vorschlag vom

sondern daß der Rat ihr Probleme zum Studium überweise. Großbritannien sei bereit, Fachleute aus verschiedenen Abteilungen des Außenministeriums etwa zweimal jährlich nach Paris zu entsenden, damit sie wichtige Probleme erörtern und dem Rat die Ergebnisse mitteilten.²¹

Zur militärischen Planung lägen inhaltsreiche und wichtige Dokumente vor²², die sorgfältig überdacht werden müßten. Er wolle heute dazu nur wenig sagen, der Ständige Rat werde sich damit befassen. Das Ziel sei nicht Änderung des grundlegenden strategischen Konzepts der Allianz, sondern eine Klärung der Frage, wie die zur Verfügung stehenden Waffen am wirkungsvollsten eingesetzt würden, welches die modernsten Waffen seien und wie sich ein Minimum an Verschwendungen erzielen lasse.

Auch das Problem der konventionellen Waffen und der interkontinentalen Flugkörper müsse vom Rat sorgfältig geprüft werden. Heute bätte er nur darum, ein Programm für diese Beratungen aufzustellen, so daß der Ministerrat sich in der Dezembersitzung 1961²³ mit ihren Ergebnissen befassen könne.

Schließlich sei die wirtschaftliche Stärke der Allianz wichtig. Diejenigen Mitgliedsländer, die Truppen außerhalb ihrer Grenzen stationiert hätten, seien dadurch einer großen Belastung ihrer Zahlungsbilanz ausgesetzt. Hinzu käme die Entwicklungshilfe, für die allein Großbritannien etwa 200 bis 240 Mio. Pfund pro Jahr ausgebe. Es gebe verschiedene Wege der Abhilfe, so sei z.B. mit Deutschland der Kauf von Waffen in Großbritannien beraten worden.²⁴ Auf jeden Fall müßten Möglichkeiten gefunden werden, damit nicht einzelne Mitglieder ernstlich geschwächt würden, sondern alle gleichmäßige Lasten trügen. Am besten sei es, dieses Problem zusammen mit den militärischen Fragen, mit denen es eng verknüpft sei, zu behandeln.

Der türkische Außenminister²⁵ äußerte Besorgnis über gewisse Anzeichen dafür, daß strategische Fragen außerhalb der NATO zwischen Amerika, Großbritannien und Frankreich beraten und entschieden werden sollten.²⁶ Grundsätz-

Fortsetzung Fußnote von Seite 637

Vorjahr Stellung genommen, eine „Atlantic Policy Advisory Group“ zu gründen, deren Aufgabe es sein sollte „to a) analyse the over-all political and strategic position of the Atlantic nations in relation to the world situation; b) define the common interests of the Atlantic nations in these respects; and c) propose for consideration pertinent policies in the political and strategic fields to advance common interests in these fields“. Vgl. B 130, Bd. 2269 A (I B 1).

Botschafter von Walther, Paris (NATO), bezeichnete den Vorschlag am 17. Februar 1961 als „erwägswert“. Jedoch sei „eine weitere Präzisierung der Zusammensetzung und der Aufgaben der Advisory Group“ erforderlich. Vgl. den Drahtbericht Nr. 136; VS-Bd. 403 (301/II 7); B 150, Aktenkopien 1961.

21 Die erste Sitzung der Atlantic Policy Advisory Group fand am 5./6. Juli 1962 in Paris statt.

22 Zur Erörterung der militärischen und strategischen Planung der NATO vgl. zuletzt Dok. 125.

23 Zur NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember 1961 in Paris vgl. Dok. 546, Dok. 547, Dok. 550 und Dok. 551.

24 Vgl. dazu die Gespräche der Bundesminister Erhard, Etzel und Strauß sowie des Staatssekretärs von Scherpenberg mit dem britischen Schatzkanzler Lloyd am 23. März 1961; Dok. 93.

25 Selim Sarper.

26 Premierminister Macmillan erklärte am 7. April 1961 am Massachusetts Institute of Technology in Cambridge, Massachusetts: „America and Britain, who at present control the Western deterrent, regard themselves as trustees for the Free World. [...] We do not want our allies to feel it essential to their honour or their safety to pour out their money in wasteful duplication. Probably the West as a whole does not need an increase in total nuclear power. Nevertheless this is a real problem. We cannot just ignore it. We must find a way of meeting the legitimate feelings of our European allies. Naturally every extension of trusteeship, every increase in the concept of partnership, has its dangers.

lich sei jede Zusammenarbeit zwischen einzelnen Mitgliedern zu begrüßen, die Lage sei jedoch anders, wenn Fragen von allgemeinem Interesse zur Debatte stünden.

So würde z.B. unter gewissen Umständen das Konzept des „begrenzten Krieges“²⁷ den Ostblock nur ermutigen und unsere Position mindestens moralisch schwächen. Die NATO wolle den Krieg verhindern und nicht wahrscheinlicher machen; dann dürfe man aber nicht die konventionelle Schwelle an die Stelle der nuklearen Abschreckung setzen, sondern nur als zusätzliche Verstärkung ins Auge fassen. Andernfalls würde man sich mindestens auf unbekanntes Terrain begeben, während die bisherige Strategie sich bewährt habe. Wir dürften nicht einen Teil unseres Abschreckungspotentials ohne genügenden Ersatz aufgeben.

Die Erreichung der MC-70-Ziele²⁸ verlange große Anstrengungen; diese Ziele seien aber bereits im Hinblick auf die nukleare Abschreckungsstrategie in der NATO aufgestellt worden.

Auch wenn ein Gleichgewicht der konventionellen Rüstung erreicht sei, würden sich neue ernste Probleme für die strategische Planung ergeben. Man müsse nämlich entscheiden, wann der Zeitpunkt zum Einsatz nuklearer Waffen gekommen sei und wann ein begrenzter Krieg vorläge. Manche Fälle würden vielleicht klar sein, aber es würde viele Grenzsituationen geben, und hier läge die Schwäche des Systems. Die Sowjetunion würde versucht sein, diese Schwäche auszunützen und den Status quo zu ändern. Möglicherweise könnte die Allianz daran scheitern, vor allem wenn gegenseitiges Mißtrauen an die Stelle der Zusammenarbeit trate.

Die Frage sei von besonderer Wichtigkeit für die Nachbarländer der Sowjetunion. Er wäre daher dankbar für einige Erklärungen von zuständiger Seite.

Der niederländische Außenminister stimmte dem Bericht über die politische Konsultation in vollem Umfange bei. Erklärungen guten Willens genügten nicht. Die Maschinerie sei genügend, es komme darauf an, wieweit die Mitgliedsregierungen zum Handeln bereit seien. 1957 habe man sich auf den Grundsatz der „interdependence“ geeinigt²⁹, seither habe sich jedoch die Lage verändert, und man müsse nach Einheit und Solidarität streben. Wenn man sich dieses Ziels bewußt sei, würden die Mittel und Wege gefunden werden.

Wichtig sei eine freimütige Konsultation vor Festlegung einer eigenen politischen Linie. Nicht immer werde sich Einigkeit erzielen lassen, dennoch müsse vor jedem Entschluß konsultiert werden. Niemand dürfe Anstoß nehmen an offener Diskus-

Fortsetzung Fußnote von Seite 638

But the health of our whole NATO alliance depends on finding a way of building a partnership in the nuclear as well as in the conventional field.“ Vgl. DOCUMENTS ON INTERNATIONAL AFFAIRS 1961, S. 71f.

Auf eine Frage nach dem Hintergrund dieser Äußerungen bekräftigte Macmillan am 2. Mai 1961 im britischen Unterhaus seine Hoffnung, daß sich „some kind of partnership management with nuclear weapons“ finden lasse. Dies sei aber keine Frage für eine Debatte auf der kommenden NATO-Ministerratstagung in Oslo: „This particularly affects the British, American and French Governments.“ Vgl. HANSARD, COMMONS, Bd. 639, Sp. 1130f.

²⁷ Vgl. dazu die Diskussion im Ständigen NATO-Rat am 19. April 1961; vgl. Dok. 113.

²⁸ Zu den Streitkräfteanforderungen der NATO bis 1963 (MC 70) vgl. Dok. 45, Anm. 22.

²⁹ Vgl. dazu die Erklärung der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs vom 16. bis 19. Dezember 1957 in Paris; NATO FINAL COMMUNIQUES, S. 108–110. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1958, S. 10472f.

sion und Kritik, zahlreiche Beispiele hätten gezeigt, daß ein Schweigen im Rat höchst nachteilige Folgen haben könnte.

Wichtig sei der Grundsatz der formellen Gleichberechtigung aller Mitglieder, auch wenn einige Partner größere Verantwortung hätten.

Zur Verbesserung der Konsultation seien vielleicht „select committees“ zweckmäßig, sie müßten jedoch eng mit dem Generalsekretariat zusammenarbeiten und dürften die Zuständigkeiten des Rates nicht beschneiden.

Hinsichtlich der „Policy Advisory Group“ habe er Bedenken. Durch sie könne die Bedeutung des Rates beeinträchtigt werden. Dagegen habe der von Lord Home gemachte Vorschlag viel für sich, für die politische Planung zuständige Beamte der Außenministerien sollten Probleme von Bedeutung unter der Direktive des Rates behandeln und dann dem Rat über das Ergebnis berichten.³⁰

[gez.] Etzdorf

VS-Bd. 547 (II 7)

143

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Groepper

200-80.00-294/61 geheim

10. Mai 1961¹

Betr.: Konferenz der Außenminister der Sechs am 5. Mai 1961 in Bonn²

I. Am 5. Mai 1961 fand in Bonn die vierteljährlich stattfindende Konsultation der Außenminister der Sechs statt.

An der Konferenz nahmen die Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs³, der Niederlande⁴ und Luxemburgs⁵ teil. Belgien war durch Minister Fayat, Italien durch den Staatssekretär im Außenministerium, Russo, vertreten.

³⁰ Die Diskussion über eine Verbesserung der politischen Konsultation in der NATO wurde in der Nachmittagssitzung des NATO-Ministerrats am 9. Mai 1961 fortgesetzt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 73 des Ministerialdirektors von Etzdorf, z. Z. Oslo, vom 10. Mai 1961, bzw. den Drahtbericht Nr. 74 des Staatssekretärs Carstens, z. Z. Oslo, vom selben Tag; VS-Bd. 547 (II 7); B 150, Aktenkopien 1961.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Groepper am 24. Mai 1961 „über Herrn Dg 20 Herrn D 2 mit der Bitte um Zustimmung“ vorgelegt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Voigt am 25. Mai 1961 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Jansen am 25. Mai 1961 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; B 130, Bd. 2217 (I A 1).

² Zur Außenministerkonferenz der EWG-Mitgliedstaaten vgl. auch DDF 1961, I, S. 573 f.

³ Maurice Couve de Murville.

⁴ Joseph Luns.

⁵ Eugène Schaus.

II. Der Konsultation lag die in der Anlage beigefügte und von den Außenministern gebilligte Tagesordnung⁶ zugrunde. Die Außenminister beschlossen, die folgenden Punkte

- Lage im Kongo (Ziffer 3),
- Lage in Laos (Ziffer 4),
- Erfahrungsaustausch über die Einstellung der Regierung Kennedy zu außenpolitischen Fragen unter besonderer Berücksichtigung der in der Zwischenzeit mit amerikanischen Regierungsmitgliedern geführten Gespräche (Ziffer 5) auf der am folgenden Tage stattfindenden WEU-Ministerratssitzung⁷ gemeinsam mit Großbritannien zu erörtern.

III. Auf Anregung des französischen Außenministers beschäftigten sich die Außenminister sodann vorwiegend mit den Fragen der europäischen Politik. Bei der Erörterung der bisherigen Arbeitsergebnisse der von den Staats- bzw. Regierungschefs am 10. Februar 1961 in Paris eingesetzten Studienkommission⁸ ergeben sich in folgenden Punkten noch gewisse Meinungsverschiedenheiten:

- Abgrenzung des Themenkreises für die Erörterungen der Staats- bzw. Regierungschefs
- Beteiligung der Gemeinschaften an den Konferenzen der Staats- bzw. Regierungschefs
- Fusion der Exekutiven der drei Gemeinschaften.

1) In der Frage der Abgrenzung des Themenkreises für die regelmäßigen Konferenzen der Staats- bzw. Regierungschefs vertrat der niederländische Außenminister in Übereinstimmung mit der bereits von der niederländischen Delegation in der Studienkommission in Paris eingenommenen Haltung den Standpunkt, daß alle Themen ausscheiden müßten, die direkt auf die Struktur oder Strategie der NATO Bezug haben. Der französische Außenminister setzte sich demgegenüber auch für eine Behandlung der NATO-Fragen ein, zumal die Sechs heute inzwischen aus dem Stadium der Konsultation in das der Kooperation eingetreten seien und es sich hier um Fragen von grundlegender Bedeutung handele. Ein Anlaß, sie auszuklammern, bestehe um so weniger, als solche Fragen auch in zweiseitigen Gesprächen – und zwar auch mit dritten Staaten – erörtert würden.⁹ Der niederländische Außenminister lehnte dieses Argument jedoch mit dem Hinweis darauf ab, daß eine Diskussion zu Sechs über NATO-Probleme heute etwas anderes bedeute, als wenn die Sechs etwa im Sinne der EVG militärisch integriert seien und im Gremium der NATO als ein geschlossener Block mit einer Stimme auftreten könnten. Er fügte hinzu, daß die Niederländer auch heute

⁶ Dem Vorgang beigefügt. Vgl. B 130, Bd. 2217 (I A 1).

⁷ Zur WEU-Ministerratstagung am 6. Mai 1961 vgl. Dok. 138.

⁸ Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 10/11. Februar 1961 in Paris vgl. Dok. 47.

Zum Stand der Arbeiten der Studienkommission unter der Leitung des französischen Botschafters in Kopenhagen, Fouchet, vgl. Dok. 120.

⁹ Ministerialdirektor Jansen vermerkte am 8. Mai 1961, der französische Botschafter Seydoux habe ihm gegenüber am selben Tag bekräftigt, daß der „Aspekt der militärischen Zusammenarbeit [...] doch wohl das Zentralinteresse de Gaulles“ bei einer politischen Zusammenarbeit der EWG-Mitgliedstaaten darstelle: „Im Grunde gehe es heute um die Verteidigung Europas, und zwar letzten Endes um die militärische Verteidigung.“ Vgl. B 130, Bd. 2217 (I A 1).

noch zu einer solchen militärischen Integration bereit seien, eine Erklärung, die von dem Herrn Bundesaußenminister mit einer Betonung der entsprechenden deutschen Bereitwilligkeit zur Kenntnis genommen wurde.

Der Herr Bundesaußenminister sprach sich nachdrücklich dafür aus, den Themenkreis für die Beratungen der Regierungschefs nicht einzuschränken; im Falle der NATO sei eine Begrenzung nur insoweit anzuerkennen, als durch die Erörterungen der Sechs die Zusammenarbeit in der NATO nicht beeinträchtigt werden dürfe.

2) Zur Frage einer Beteiligung der Gemeinschaften an den Konferenzen der Staats- bzw. Regierungschefs bei der Erörterung von Fragen, die die Gemeinschaften berühren, äußerte der französische Außenminister, daß hier keine grundsätzliche Entscheidung getroffen werden sollte. Man könne nur von Fall zu Fall überlegen, die Gemeinschaften zur Teilnahme an solchen Diskussionen einzuladen.

Die übrigen Außenminister vertraten die auch von dem Herrn Bundesaußenminister zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß die Gemeinschaften in allen derartigen Fällen an den Erörterungen teilnehmen sollten. Dies sei eine notwendige Konsequenz der Tatsache, daß die Gemeinschaften von den Mitgliedstaaten ins Leben gerufen worden seien. Das bedeute durchaus keinen Zwang, denn man wolle ja nicht vorsehen, daß die Gemeinschaften an sämtlichen Sitzungen teilnehmen müßten. Im übrigen beschränke sich die Empfehlung der Außenminister auf die Teilnahme der Gemeinschaften an den Erörterungen, nicht aber auch an den Entscheidungen der Regierungschefs. Mit dieser Einschränkung erscheine die Beteiligung der Gemeinschaften aber geboten, wenn man nicht die bestehenden Organisationen aushöhlen oder schwächen wolle.

3) Eine ausführliche Diskussion fand auch über das Problem der Fusion der Exekutiven der drei Gemeinschaften¹⁰ statt. Der französische Außenminister wies darauf hin, daß einer derartigen Maßnahme erhebliche Schwierigkeiten gegenüberstünden. Ein Hindernis bilde die noch unentschiedene Sitzfrage. Ferner würden durch eine Zusammenlegung der Exekutiven, bei der vor allem an die EWG und die EGKS zu denken sei, erhebliche juristische Probleme entstehen, die sich aus der unterschiedlichen Struktur der Verträge¹¹ ergäben.¹² Nach langerer Diskussion erklärten sich alle Außenminister schließlich bereit, vorbehaltlich der allseits unterstrichenen Notwendigkeit einer Klärung der juristischen Probleme einem Vorschlag an die Regierungschefs zuzustimmen, wonach diese eine grundsätzliche Empfehlung auf Verschmelzung aussprechen sollten. Führt

¹⁰ Zur Erörterung einer Fusion der Exekutiven der europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 120 und Dok. 136.

¹¹ Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. April 1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504. Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

¹² Ministerialdirektor Jansen führte am 8. Mai 1961 aus, er habe an den französischen Botschafter Seydoux appelliert, „in den von französischer Seite immer wieder als sekundär charakterisierten Fragen, wie der Fusion der Exekutiven, mehr Entgegenkommen zu zeigen. Wenn in diesen ‚sekundären‘ Fragen mit Zustimmung der Franzosen Fortschritte sichtbar würden, werde sicherlich eine Teil des Mißtrauens, das nun einmal bei den Holländern und anderen bestehe, erheblich abgebaut. Ich müsse sagen, daß ich mehr und mehr die intransigente Haltung der Franzosen in solchen Fragen für taktisch unklug hielte.“ Vgl. B 130, Bd. 2217 (I A 1).

man die Erklärungen der Minister indessen auf ihren wahren Inhalt zurück, so ergibt sich, daß hierbei keineswegs alle von einer einheitlichen Konzeption ausgingen: Während nämlich der französische Außenminister im Laufe der vorangegangenen Erörterungen ausdrücklich von einer Verschmelzung der Gemeinsamen Märkte, ein anderes Mal auch von einer solchen der beiden Gemeinschaften EWG/EGKS gesprochen hatte, ging aus den Erklärungen des niederländischen und des belgischen Ministers hervor, daß diese lediglich an eine Zusammenlegung der Exekutiven, nicht jedoch an eine Verschmelzung der Gemeinschaften als solcher dachten. Im Ergebnis bedeutet somit die Erklärung des französischen Außenministers, daß Frankreich allein eine Verschmelzung der Gemeinschaften selbst, d. h. unter entsprechender materieller Angleichung der Verträge, ins Auge zu fassen bereit ist; demgegenüber wird eine solche materielle Änderung der Verträge von den Niederländern und den Belgern ebenso eindeutig abgelehnt. In Wahrheit ist somit auf der Außenministerkonferenz über diesen Punkt nur eine scheinbare Einigung aufgrund eines „versteckten Dissenses“ zustande gekommen. Hinzuzufügen ist noch, daß der luxemburgische Außenminister zwar die bekannten luxemburgischen Bedenken gegen eine Zusammenlegung der Exekutiven wegen des luxemburgischerseits befürchteten Verlustes des Sitzes der Montanunion in Luxemburg aufrechterhielt, daß er jedoch diese Bedenken gegenüber den auch von der französischen Delegation ins Feld geführten juristischen Schwierigkeiten als untergeordnet bezeichnete. Die weiterhin zwischen den Mitgliedstaaten bestehenden Divergenzen werden sich deutlich zeigen, wenn die Studienkommission entsprechend dem ihr erteilten Auftrag versuchen wird, den Entwurf einer Empfehlung der Staats- bzw. Regierungschefs vorzubereiten.¹³

4) In der Erörterung über den Tagesordnungspunkt Ziffer 7 – Meinungsaustausch über die politische Konsultation im Rahmen der WEU – ergriff der Herr Bundesaußenminister zunächst die Gelegenheit zu einer Klarstellung. Wie er erst jetzt erfahren habe, sei britischerseits im Anschluß an den kürzlichen Besuch des Herrn Bundeskanzlers in London¹⁴ behauptet worden, daß er, der Bundesaußenminister, bei jenen Gesprächen mit den Briten sich dafür ausgesprochen habe, die Konsultation zu Sieben im Rahmen der WEU jeweils der Konsultation zu Sechs vorausgehen zu lassen.¹⁵ Eine solche Äußerung habe er in London nie-

¹³ Am 4. Mai 1961 teilte Bundesminister Erhard Bundesminister von Brentano mit, daß er Bundeskanzler Adenauer zur Frage der Fusion der Exekutiven der europäischen Gemeinschaften geschrieben habe: „Obwohl mir bekannt ist, daß Sie und die Herren des Auswärtigen Amtes auch in der bloß formellen Zusammenlegung der drei Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften manche Vorteile sehen, bin ich doch der Auffassung, daß [...] auch ein materieller Fortschritt angestrebt werden sollte, um gewisse dirigistische Elemente des Montanunionsvertrages zu beseitigen und die Verträge von Rom und Paris auch in ihrem sachlichen Gehalt einander anzugeleichen.“ Vgl. B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 73.

Mit Schreiben vom 15. Mai 1961 an Adenauer erklärte sich Brentano mit der Überlegung von Erhard einverstanden, „daß in einer solchen institutionellen Maßnahme nur ein erster Schritt in Richtung auf eine Verschmelzung der Gemeinschaften liegen würde. Ich verspreche mir allerdings von diesem Schritt einen erheblichen politischen Nutzen“. Er habe jedoch keine Einwände dagegen, „daß wir uns in Deutschland Gedanken darüber zu machen beginnen, wie die materielle Angleichung der drei Vertragswerke aussehen sollte“. Vgl. B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 73.

Adenauer antwortete am 24. Mai 1961: „Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß eine Änderung der Verträge nicht in Frage kommen darf.“ Vgl. B 1 (Ministerbüro), Bd. 43.

¹⁴ Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer am 22./23. Februar 1961 in Großbritannien vgl. Dok. 56.

¹⁵ Vgl. dazu die vom britischen Botschafter Steel am 28. März 1961 übergebene Aufzeichnung sowie die Ausführungen des Ministerialdirektors Jansen dazu; Dok. 94, Anm. 2 und 5.

mals gemacht, und sie entspreche auch in keiner Weise seiner Einstellung. Er halte zwar eine gewisse Parallelität zwischen beiden Konsultationen für angebracht, in der Regel müsse aber nach seiner Vorstellung die Konsultation zu Sieben derjenigen zu Sechs folgen und nicht vorangehen. Den Rhythmus der beiden Konsultationen könne man jeweils aufeinander abstimmen.

Der Herr Bundesaußenminister kam sodann auf die Erklärung des britischen Lordsiegelbewahrers Heath auf der WEU-Ministerratstagung am 27. Februar in Paris¹⁶ zu sprechen. Die Bundesregierung sei immer bereit, jeden verständigen Weg mitzugehen, um die Verbindung mit Großbritannien auszubauen. Er sähe sich jedoch außerstande, eine Erklärung abzugeben, daß die Sechs sich in ihren Erörterungen mit Rücksicht auf die Konsultation zu Sieben Beschränkungen auferlegen sollten. Jede derartige Beschränkung halte er im Gegenteil für inakzeptabel.

Die übrigen Außenminister stimmten dem zu. Der niederländische Außenminister legte in diesem Zusammenhang besonderen Wert auf die anzustrebende zeitliche Parallelität zwischen den Konsultationen zu Sechs und denen zu Sieben.

Mit Bezug auf den in der Erklärung des britischen Lordsiegelbewahrers Heath sowie in der Empfehlung Nr. 53 der WEU-Versammlung¹⁷ enthaltenen Vorschlag einer Beteiligung Großbritanniens an den Konferenzen der Staats- bzw. Regierungschefs der Sechs regte der niederländische Außenminister folgende vorläufige Antwort an:

- a) Die Studienkommission habe ihre Arbeiten noch nicht beendet; eine definitive Antwort könne daher noch nicht gegeben werden;
- b) die Sechs würden sich für eine Verstärkung der Konsultation mit Großbritannien im Rahmen der WEU einsetzen;
- c) die notwendigen Maßnahmen für eine solche Verstärkung der Konsultation zu Sieben sollten vom Rat der WEU beraten werden.

Der Herr Bundesaußenminister wies unter Zustimmung der übrigen Außenminister darauf hin, daß die Formulierung einer derartigen Erklärung durch die Außenminister verfrüht sei, da zunächst die Entscheidung der Staats- bzw. Regierungschefs der Sechs abzuwarten sei, ob sie sich zu regelmäßigen Konsultationen treffen werden. Erst dann könne zu der Frage einer Beteiligung Großbritanniens Stellung genommen werden.

IV. Der Herr Bundesaußenminister erstattete sodann den unter Ziffer 1 der Tagesordnung vorgesehenen Bericht über die bisherigen Arbeiten der von den Außenministern eingesetzten Arbeitsgruppe „Lateinamerika“.¹⁸ Der italienische Staatssekretär Russo wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Europa sehr viel für die Stabilität der Politik in Lateinamerika tun könne. Die diplomatischen Vertretungen der Sechs in Lateinamerika sollten deshalb konkrete Weisungen erhalten. Der französische Außenminister schloß sich dieser Anregung

¹⁶ Zur WEU-Ministerratstagung am 27. Februar 1961 vgl. Dok. 64.

¹⁷ Zur Empfehlung Nr. 53 der WEU-Versammlung vom 30. November 1960 vgl. Dok. 32, Anm. 11.

¹⁸ Vgl. dazu den Beschuß der Außenministerkonferenz der EWG-Mitgliedstaaten vom 31. Januar 1961 in Brüssel; Dok. 32.

Zur ersten gemeinsamen Weisung der Arbeitsgruppe der EWG-Mitgliedstaaten an die diplomatischen Vertretungen in Lateinamerika vgl. Dok. 138, Anm. 16.

an. Für ein gemeinsames Vorgehen der Sechs böten sich vor allem auf kulturellem Gebiet und auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit gute Möglichkeiten. Da es sich hierbei vor allem darum handele, den zu treffenden Maßnahmen den notwendigen politischen Impuls zu geben, schlug er vor, die von den Staats- bzw. Regierungschefs der Sechs gebildete Studienkommission mit der weiteren Arbeit zu beauftragen. Die übrigen Außenminister stimmten dem zu. Der italienische Staatssekretär Russo regte ferner an, die amerikanische Regierung über die von uns beabsichtigte Verstärkung der Zusammenarbeit des Europas der Sechs mit Lateinamerika zu unterrichten. Die übrigen Außenminister stimmten dem zu und erklärten sich damit einverstanden, daß der Herr Bundesaußenminister als Vorsitzender den amerikanischen Außenminister¹⁹ auf der bevorstehenden Tagung des NATO-Rats in Oslo²⁰ unterrichtet.

V. Die in den Fragen der europäischen Politik zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten vor allem hinsichtlich des Themenkreises für die Konferenzen der Staats- bzw. Regierungschefs führte dazu, daß die Außenminister sich nach längerer Beratung darauf einigten, den Staats- bzw. Regierungschefs eine kurzfristige Vertagung der für den 19. Mai vorgesehenen Zusammenkunft vorzuschlagen. Der Herr Bundesaußenminister erklärte, daß er diese Vertagung zwar außerordentlich bedauere, daß sie ihm andererseits aber immerhin noch als das kleinere Übel gegenüber einem unbefriedigenden Ausgang der Tagung am 19. Mai erscheine. Ähnlich äußerte sich der italienische Staatssekretär Russo. Als neuer Termin für die Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs wurde von den Außenministern die zweite Juli-Hälfte vorgeschlagen.²¹ Sie selbst wollen vorher noch einmal in der zweiten Juni-Hälfte zu einer Konsultation in Rom zusammentreffen.²²

Für die Öffentlichkeit wurde das in der Anlage beigefügte Presse-Kommuniqué²³ vorbereitet, in dem die Vertagung der Konferenz am 19. Mai damit begründet wird, daß angesichts der Verschiebung der Außenminister-Konferenz um eine Woche²⁴ nicht mehr genügend Zeit zur Vorbereitung des Regierungsschreitens zur Verfügung stehe. Zugleich wurde der Zeitpunkt der zweiten Juli-Hälfte mit den von den Regierungschefs für die nächsten Wochen bereits eingegangenen Verpflichtungen motiviert. Um nachteilige Rückwirkungen der Vertagung namentlich in der französischen Öffentlichkeit zu vermeiden, appellierte der Herr Bundesaußenminister an seine Kollegen, die Verantwortung für die Vertagung nach außen gemeinsam zu übernehmen und über die internen Beratungen und die dabei zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten nichts mitzuteilen.

¹⁹ Dean Rusk.

²⁰ Zur NATO-Ministerratstagung vom 8. bis 10. Mai 1961 vgl. Dok. 139–142.

²¹ Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten wurde auf den 18. Juli 1961 verschoben. Vgl. dazu Dok. 222.

²² Zur Außenministerkonferenz der EWG-Mitgliedstaaten am 10. Juli 1961 in Rom vgl. Dok. 217.

²³ Dem Vorgang beigefügt. Vgl. B 130, Bd. 2217 (I A 1).
Für den Wortlaut vgl. auch EUROPÄ-ARCHIV 1961, D 325.

²⁴ Die Außenministerkonferenz der EWG-Mitgliedstaaten war ursprünglich für den 28. April 1961 vorgesehen und wurde auf französischen Wunsch wegen des Aufstands französischer Streitkräfte in Algerien verschoben. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 1213 des Ministerialdirektors Jansen vom 25. April 1961; B 21 (Referat 201), Bd. 371.

VI. Versucht man, das Ergebnis der Konferenz in ihrem wichtigsten Punkt, nämlich den Fragen einer verstärkten Zusammenarbeit der Sechs, insbesondere auf politischem Gebiet, zusammenzufassen, so läßt sich folgendes feststellen:

Die Frage einer Begrenzung des Themenkreises künftiger Regierungschefkonferenzen der Sechs bildet fraglos das Kernproblem, in dem die Auffassungen der sechs Regierungen über eine verstärkte Zusammenarbeit auf politischem Gebiet heute noch auseinandergehen. Während von französischer Seite die Auffassung vertreten wird, daß die Sechs in der Lage sein müssen, grundsätzlich alle Verteidigungsfragen zu erörtern, und zwar auch soweit es sich um Fragen handelt, die die NATO angehen, lehnen die Niederländer eine Konsultation über Probleme, welche direkt die Struktur oder die Strategie der NATO berühren, ab.

Nach unserer Auffassung ist der französische Wunsch nach Einbeziehung der Verteidigung in die Konsultation grundsätzlich sachlich berechtigt. Gerade wir können uns angesichts der permanenten Bedrohung der Bundesrepublik und insbesondere Berlins durch den Sowjetblock nicht der Notwendigkeit verschließen, daß das Problem der Verteidigung auch von den Regierungschefs der Sechs bei ihren Zusammentreffen erörtert wird. Wenn auch die Verteidigung der freien Welt grundsätzlich durch die NATO gewährleistet sein soll, so läßt sich doch nicht übersehen, daß die Sechs – und insbesondere die Bundesrepublik – schon nach ihrer geographischen Lage einem sowjetischen Vorstoß in erster Linie ausgesetzt sind. Es erscheint daher nur sinnvoll, daß auch die Sechs sich über dieses Problem, unbeschadet der dafür gegebenen allgemeinen Zuständigkeit der NATO, Gedanken machen und ihre Politik aufeinander abstimmen. Der Gegeneinwand des niederländischen Außenministers, eine Diskussion zu Sechs über NATO-Probleme bedeute heute etwas anderes, als wenn die Sechs etwa im Sinne der EVG militärisch integriert seien und im Gremium der NATO als ein geschlossener Block mit einer Stimme auftreten könnten, ist zwar formal richtig; er wird jedoch der heutigen weltpolitischen Situation nicht gerecht. Die Beratungen der Sechs über Verteidigungsfragen werden allerdings dort ihre Grenzen finden müssen, wo es sich um verbindliche strategische Beschlüsse handelt; diese sollten nach wie vor nur im Rahmen der NATO und gemeinsam mit den übrigen NATO-Partnern getroffen werden. Dafür spricht auch die Erwägung, daß wir die nicht den Sechs angehörenden europäischen Staaten nicht aus ihrer Verantwortung entlassen können.

Welche Haltung die übrigen Mitgliedstaaten zu dieser Frage künftig einnehmen werden, ist in der Konferenz nicht klar zum Ausdruck gekommen. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß auch Italien, Belgien und Luxemburg einer Einbeziehung der Verteidigungsfragen in die Konsultationen unter Beachtung der von uns vorgeschlagenen Begrenzung, zustimmen werden.

Da auch die Niederländer offenbar bereit sind, einer Konsultation über Fragen der Verteidigung zuzustimmen, soweit nicht direkt die Struktur oder die Strategie der NATO berührt wird, waren die Auffassungen an sich nicht so verschieden, daß eine Überbrückung von vornherein ausgeschlossen erschienen wäre. Trotzdem veranlaßte gerade die in diesem Punkt aufgetretene Meinungsverschiedenheit die Außenminister dazu, den Regierungschefs eine Vertagung ihrer auf den 19. Mai anberaumten Konferenz auf die zweite Juli-Hälfte vorzuschlagen. Von französischer Seite wurde diese Vertagung anscheinend nicht ungern ge-

sehen, und zwar, wie aufgrund der Gesamtsituation angenommen werden kann, aus folgenden Gründen:

Einmal scheint die politische Situation in Frankreich trotz des Fehlschlages des Aufstandes in Algerien²⁵ noch keineswegs wieder hinreichend konsolidiert. Augenscheinlich braucht Staatspräsident de Gaulle noch eine gewisse Zeit, nicht nur um die notwendigen Bereinigungen in der Armee sowie im Beamtenapparat durchzuführen, sondern auch allgemein, um die Nation aus der Zwiespältigkeit der Gefühle, die der Algerien-Aufstand wieder an die Oberfläche gebracht hat, heraus und auf ein dem Empfinden aller Franzosen gemeinsames großes Ziel zuzuführen. Dieser Prozeß, bei dem es von fest verankerten Traditionen und Vorstellungen schmerzlichen Abschied zu nehmen gilt, setzt auf Seiten des Staatspräsidenten ein nicht minder großes Maß an Mut wie an psychologischer Behutsamkeit voraus. Unter diesen Umständen scheint es verständlich, daß Frankreich sich in den nächsten Wochen zunächst in erster Linie mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigen möchte. Im übrigen aber – und dieser Gesichtspunkt dürfte mindestens ebenso bedeutsam sein – würde ein unbefriedigender Ausgang der Regierungschefkonferenz in den aufgrund der seinerzeitigen Initiative Staatspräsident de Gaulles²⁶ erneut in Bewegung gebrachten europäischen Fragen das Ansehen de Gaulles sowohl innen- als auch außenpolitisch möglicherweise gefährden. Eine Vertagung der für den 19. Mai vorgesehenen Konferenz erschien daher aus französischer Sicht auch aus diesem Grunde politisch angebracht.

Es wird nun die Aufgabe der von den sechs Staats- bzw. Regierungschefs eingesetzten Studienkommission sein, in den noch offenen Fragen, insbesondere in der Frage einer Abgrenzung des Themenkreises, für die Konsultationen eine für alle Regierungen annehmbare Lösung zu finden.

[Groepper]²⁷

B 130, Bd. 2217 (I A 1)

²⁵ Zum Aufstand französischer Streitkräfte in Algerien vgl. Dok. 118.

²⁶ Zur Initiative des Staatspräsidenten de Gaulle vom 29. Juli bzw. 13. Oktober 1960 vgl. Dok. 31, Anm. 15.

²⁷ Verfasser laut Begleitvermerk. Vgl. Anm. 1.

144

**Aufzeichnung des
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Marmann**

502-88-176/61 geheim

10. Mai 1961¹Betr.: Staatsangehörigkeit Eichmanns²Bezug: Weisung des Herrn Ministers vom 6. Mai 1961 – MB 548/61³

Der Herr Minister hat Abteilung 5 angewiesen, sich um eine Feststellung der Staatsangehörigkeit Eichmanns zu bemühen. Hierzu darf bemerkt werden, daß die dem Auswärtigen Amt zur Verfügung stehenden Informationsquellen ausgeschöpft sind. Vor allem haben das Konsulat Linz und die Botschaft Wien in Österreich eingehende Nachforschungen angestellt. Eine verbindliche Feststellung der Staatsangehörigkeit kann nur im Wege eines formellen Staatsangehörigkeitsfeststellungsverfahrens getroffen werden. Ein solches kann weder das Auswärtige Amt noch eine andere Bundesbehörde durchführen, sondern nur die örtlich zuständige Behörde. Im Falle Eichmanns dürfte dies der Senator für Inneres in Berlin sein, da Berlin der letzte innerdeutsche Wohnsitz Eichmanns gewesen zu sein scheint. Der Antrag kann vom Auswärtigen Amt ausgehen.⁴

Auf diese Tatsache ist übrigens auch Ministerialrat Dr. Grützner (Bundesministerium der Justiz) hingewiesen worden, der im übrigen über keine Unterlagen

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel konzipiert.

² Am 20. Juni 1960 vermerkte Ministerialdirektor Janz: „Die Staatsangehörigkeit Eichmanns kann noch nicht als endgültig geklärt angesehen werden.“ Zwar sei der ehemalige SS-Obersturmbannführer in Solingen geboren; die Familie sei aber 1910 nach Linz in Österreich gezogen: „Die Feststellung, ob Eichmann dort die österreichische Staatsangehörigkeit erworben und behalten bzw. auf Grund des 2. Gesetzes zur Regelung der Staatsangehörigkeit vom 17. Mai 1956 [...] zurückgeworben hat oder ob er stets deutscher Staatsangehöriger geblieben ist, wird durch das Fehlen ausreichender Unterlagen erschwert.“ Die zuständigen österreichischen Stellen seien dazu um Auskunft gebeten worden. Vgl. B 130, Bd. 8502 A (Ministerbüro).

Mit Schreiben vom 28. Januar 1961 wies der Rechtsanwalt von Eichmann, Servatius, Bundesminister von Brentano darauf hin, daß die Inhaftierung „auf einer völkerrechtswidrigen Maßnahme“ beruhe und Eichmann „als Staatsangehöriger der Bundesrepublik auf Grund der Fürsorgepflicht des Staates Anspruch auf Schutz gegen den an ihm begangenen Rechtsbruch der israelischen Regierung“ habe. Vgl. B 7 (Referat 990), Bd. 10.

Am 25. April 1961 legte Ministerialdirigent Raab dar, ein Mitarbeiter von Servatius habe mitgeteilt, daß das Bundesministerium der Justiz zu der Ansicht gelangt sei, „an der deutschen Staatsangehörigkeit Eichmanns sei nicht zu zweifeln“. Der Mitarbeiter habe darum gebeten, „doch die Frage der Staatsangehörigkeit im Prozeß nicht weiterzuverfolgen, da sie ihm und Rechtsanwalt Dr. Servatius nur unnötige Arbeit mache“. Vgl. VS-Bd. 5724 (502/V 3); B 150, Aktenkopien 1961.

³ Bundesminister von Brentano sprach sich für weitere Bemühungen aus, „die Staatsangehörigkeit Eichmanns festzustellen“, und bat darum, die Unterlagen des Bundesministeriums der Justiz dazu anzufordern. Weiter führte Brentano aus: „Ein Anlaß dafür, unsere Prozeßtaktik zu ändern und die deutsche Staatsangehörigkeit zu unterstellen, besteht nicht. [...] Auch wenn die deutsche Staatsangehörigkeit festgestellt werden sollte, ändert sich nichts an meiner Weisung, die Übernahme der Verteidigungskosten abzulehnen.“ Ministerialdirigent Raab habe am 26. April 1961 „mit Recht darauf hingewiesen, daß der Rechtsschutz „im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen“ gewährt wird. Die systematische Tätigkeit eines Mörders wie Eichmann hat nichts mit den Kriegsereignissen zu tun.“ Vgl. VS-Bd. 5724 (502/V 3); B 150, Aktenkopien 1961.

⁴ Dieser Satz wurde von Bundesminister von Brentano hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nein!“

verfügt, die dem Auswärtigen Amt nicht schon bekannt wären, wie bei dieser Gelegenheit festgestellt werden konnte.

Inzwischen haben sich aber im Zusammenhang mit der Frage einer etwaigen späteren Auslieferung Eichmanns⁵ neue Gesichtspunkte ergeben, die die Rechtsabteilung veranlassen, die Einleitung eines formellen Staatsangehörigkeitsfeststellungsverfahrens bei dem Senator für Inneres in Berlin vorzuschlagen.

Vorweg ist zu bemerken, daß die Einleitung eines solchen Verfahrens für den Prozeß um die Übernahme der Verteidigungskosten⁶ kaum eine schädliche Wirkung haben wird.⁷ Das Gericht erster Instanz hat die Frage der Staatsangehörigkeit offengelassen, da es bereits aus anderen Gründen die Klage Eichmanns abgewiesen hat. Es ist allerdings damit zu rechnen, daß Eichmann Berufung einlegt. Wenn wir in der Berufungsinstanz geltend machen, daß wir das Staatsangehörigkeitsfeststellungsverfahren eingeleitet haben, so können wir mit erheblicher Aussicht auf Erfolg die Aussetzung des Prozesses bis zum Abschluß des Feststellungsverfahrens beantragen, da die deutsche Staatsangehörigkeit eine wesentliche Voraussetzung für die Gewährung des Rechtsschutzes ist. Allerdings hat sich bisher nicht nachweisen lassen, daß Eichmann in Österreich eingebürgert worden ist. Immerhin liegen aber die 15 Jahre von Kriegsende bis zu seiner Verhaftung so sehr im Dunkel, daß sich die Einleitung eines Feststellungsverfahrens durchaus rechtfertigen läßt.

Auf den vor den israelischen Gerichten laufenden Prozeß gegen Eichmann dürfte das Ergebnis des Verfahrens – vorausgesetzt, daß es vor dem Ende des Prozesses abgeschlossen ist, was mehr als zweifelhaft erscheint – keinen Einfluß haben, es ist auch kaum anzunehmen, daß an dem Echo in der Weltöffentlichkeit auf den Prozeß noch sehr viel geändert würde, wenn die deutsche Staatsangehörigkeit Eichmanns rechtsgültig festgestellt würde.

Dagegen könnte es von großer Bedeutung für die Frage einer Auslieferung Eichmanns nach dem Abschluß des Prozesses sein, ob er Deutscher ist oder nicht.⁸ Weder die Bundesrepublik noch Polen haben bekanntlich ein Auslieferungsabkommen mit Israel. Beide könnten nur einen Ad-hoc-Vertrag mit Israel schließen. Nun kann zwar auch die Auslieferung einer Person beantragt werden, die weder die Staatsangehörigkeit des ersuchenden noch die des ersuchten Staates

⁵ Zu einem möglichen polnischen Auslieferungsantrag vgl. Dok. 123, besonders Anm. 4.

⁶ Mit Schreiben vom 3. Februar 1961 übermittelte Ministerialdirigent Raab „die Klageschrift in Sachen Eichmann [gegen die] Bundesrepublik Deutschland, Auswärtiges Amt“ auf Übernahme der Prozeßkosten in Israel an Rechtsanwalt von Gagern, Köln, mit der Bitte, das Amt vor dem Verwaltungsgericht in Köln zu vertreten. Dazu teilte er mit: „Bisher hat der Kläger eine Rechtsgrundlage für seinen vermeintlichen Anspruch noch nicht angeben können.“ Vgl. B 83 (Referat V 4), Bd. 743.

Im Informationsfunk Nr. 64/61 vom 16. März 1961 wurde dazu mitgeteilt, die Klage werde am 4. April 1961 in Köln verhandelt. Das Auswärtige Amt habe die Abweisung der Klage beantragt, u. a. mit der Begründung, der Staat Israel habe Eichmann „vollen Rechtsschutz durch Zulassung eines Anwalts seines Vertrauens und Übernahme der damit verbundenen Kosten und Gebühren gewährt. Es besteht kein weitergehendes Rechtsschutzinteresse.“ Vgl. B 7 (Referat 990), Bd. 10.

Am 24. März 1961 bat Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel Gagern darum, „noch zu beantragen, das Gericht möge dem Kläger aufgeben, seine deutsche Staatsangehörigkeit durch Vorlage eines Heimatscheines nachzuweisen. Der Bundesregierung liegt bisher kein Beweis dafür vor, daß der Kläger, der bei seiner Geburt allerdings deutscher Staatsbürger gewesen sein dürfte, auch heute noch deutscher Staatsangehöriger ist.“ Vgl. das Schreiben; B 7 (Referat 990), Bd. 10.

⁷ Dieser Satz wurde von Bundesminister von Brentano mit Fragezeichen versehen.

⁸ Dieser Satz wurde von Bundesminister von Brentano hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „In 1 1/2 Jahren!“

tes hat. Liegen aber zwei Auslieferungsanträge vor, so dürfte die ersuchte Regierung – hier einmal von der Frage der zeitlichen Folge des Eingangs der beiden Auslieferungsersuchen abgesehen – eher geneigt sein, dem Ersuchen desjenigen Staates stattzugeben, dessen Staatsangehörigkeit der Auszuliefernde hat. Sie könnte ihr Verhalten gegenüber dem anderen ersuchenden Staat auch stichhaltig mit dem Hinweis auf die Staatsangehörigkeit begründen.

Es kann also durchaus der Zeitpunkt kommen, in dem wir sehr interessiert daran sein können, die deutsche Staatsangehörigkeit Eichmanns nachweisen zu können. Wenn dieser Zeitpunkt möglicherweise auch bereits eintreten kann, bevor das Staatsangehörigkeitsfeststellungsverfahren abgeschlossen ist, so könnten wir doch mit dem Hinweis auf das laufende Verfahren u. U. erreichen, daß die Auslieferung bis zum Abschluß dieses Verfahrens zurückgestellt wird.⁹

Hiermit über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Bundesminister weisungsgemäß mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt, ob das Staatsangehörigkeitsfeststellungsverfahren eingeleitet werden soll.¹⁰

i. V. Marmann

VS-Bd. 5724 (V 3)

145

Ministerialdirigent Raab, z.Z. Rom, an das Auswärtige Amt

114-3265/61 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 262
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 12. Mai 1961, 19.20 Uhr¹
Ankunft: 12. Mai 1961, 20.30 Uhr

Bitte unbedingt sicherstellen, daß Herr StS Prof. Carstens und Herr MD Dr. Féaux de la Croix im BMF dieses Fernschreiben sofort, notfalls in ihrer Wohnung, erhalten.

⁹ Staatssekretär van Scherpenberg vermerkte am 9. Juni 1961, er habe den Leiter der Israel-Mission, Shinnar, „auf die Gerüchte angesprochen, daß Polen einen Antrag auf Auslieferung Eichmanns nach Abschluß des Prozesses stellen könnte“. Shinnar habe mitgeteilt, der israelischen Regierung „seien diese Gerüchte bekannt, ohne daß jedoch bisher irgendein Antrag gestellt worden sei“. Er könne jedoch versichern, daß Israel „einem solchen Antrag unter keinen Umständen Folge leisten würde“. Vgl. B 7 (Referat 990), Bd. 10.

¹⁰ Hat Staatssekretär Carstens am 16. Mai 1961 vorgelegen, der den Passus „weisungsgemäß ... eingeleitet werden soll“ hervorhob und handschriftlich vermerkte: „M. E.: Ja.“
 Hat Bundesminister von Brentano am 17. Mai 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nein“ und Carstens um Rücksprache bat.
 Am 19. Mai 1961 vermerkte Sekretärin Berner handschriftlich: „Hat stattgefunden.“
 Carstens notierte am 20. Mai 1961 für Ministerialdirektor von Haeften: „Der Herr Minister hat entschieden, daß seitens des Auswärtigen Amts kein Antrag auf Einleitung des Staatsangehörigkeitsfeststellungsverfahrens im Fall Eichmann gestellt werden soll.“ Vgl. B 2-VS, Bd. 313 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1961.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Marmann am 13. Mai 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung „an das Referat 501“ verfügte.
 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Born am 15. Mai 1961 vorgelegen.

Betr.: Deutsch-italienische Verhandlungen;
Wiedergutmachungsfrage²

Dem für morgen vorgesehenen Gespräch mit Botschafter Quaroni über die Höhe der deutschen Leistung in der Wiedergutmachungsfrage kommt für das Gelingen und die notwendigen politischen Auswirkungen des Gesamtvertragswerkes ganz entscheidende Bedeutung zu.

Als Unterlage für das Gespräch darf ich zusammenfassend berichten:

1) Aufgrund der von italienischer Seite in den Vorbesprechungen Mitte April in Bonn auf dem Gebiet der Wiedergutmachung dargelegten Zahlenangaben haben die übereinstimmend im AA und im BMF vorgenommenen Schätzungen für die Relation eines deutschen Angebots im Gesamtrahmen der Wiedergutmachungsverhandlungen mit den anderen Staaten³ ergeben, daß durchaus eine Größenordnung von 60 bis 80 Mio. DM in Betracht kommen könnte. Das erste Angebot von StS Westrick an Botschafter Quaroni Ende April betrug 30 Mio. DM, wobei StS Westrick um 10 Mio. unter der ihm von StS Hettlage zugestandenen Marge⁴ blieb. Dieses vergleichsweise äußerst niedrige Angebot ging davon aus, daß italienischerseits ohnehin eine Erhöhung des Betrages gefordert werden würde. Von der Notwendigkeit einer weiteren Erhöhung mußte von vornherein schon deshalb ausgegangen werden. Die von der italienischen Seite angegebenen annähernd 20000 Opfer erstrecken sich ausschließlich auf die Zeit nach der italienischen Kapitulation am 8. September 1943, also auf einen Zeitraum, in dem von einer italienischen Mitverantwortung nicht mehr die Rede sein kann. Zu unserer Überraschung hat die italienische Seite darauf verzichtet, Forderungen auch für die Zeit vor September 1943 geltend zu machen, obwohl der Gesichtspunkt einer deutschen Mitveranlassung bei Verfolgungsmaßnahmen für diese Zeit durchaus ein nicht von vornherein von der Hand zu weisendes Problem darstellt. Schließlich ist zu bedenken, daß der italienische Forderungsverzicht in Artikel 77 Abs. 4 des italienischen Friedensvertrages⁵ kein Argument bietet für eine Minderung des deutschen Angebots. Es würde nämlich eine Diskriminierung Italiens bedeuten, wenn zwar im Grundsatz eine Leistung zugesagt, diese aber wegen der Italien aufgezwungenen Verzichtsklausel, deren rechtliche Wirkung für die Wiedergutmachung nicht aufrechterhalten werden soll, im Verhältnis zu den Leistungen an andere Staaten unvertretbar niedrig ausfallen würde.

² Zu den Verhandlungen mit Italien über Finanz-, Vermögens-, Warenzeichen- und Wiedergutmachungsfragen vgl. Dok. 90, besonders Anm. 19.

³ Zu den Verhandlungen mit Österreich und der Schweiz vgl. Dok. 86 und Dok. 114.

⁴ Am 26. April 1961 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Born eine Mitteilung des Ministerialrats Gerbaulet, Bundesministerium der Finanzen, daß Staatssekretär Hettlage, Bundesministerium der Finanzen, für Gespräche mit dem italienischen Botschafter Quaroni am 26. oder 27. April 1961 „an Staatssekretär Westrick Zustimmung bis 40 Mio. DM gegeben habe“. Born sprach sich dafür aus, Quaroni deutlich zu sagen, daß dieses „Angebot in der Wiedergutmachung“ Einigung über einen Vertrag und insbesondere drei Punkte voraussetze: „1) Der Personenkreis muß klargestellt werden (von Verfolgungsmaßnahmen des Nationalsozialismus Betroffene), 2) der Vertrag muß erkennen lassen, daß die Summe zur Verteilung bestimmt ist, 3) es muß eine Abschlußklausel in dem Vertrag erscheinen.“ Vgl. VS-Bd. 5657 (V 2); B 150, Aktenkopien 1961.

⁵ In Artikel 77 Absatz 4 des Friedensvertrags vom 10. Februar 1947 mit den Alliierten Mächten verzichtete Italien auf alle Ansprüche gegen Deutschland und Personen deutscher Nationalität vor dem 8. Mai 1945 mit Ausnahme von Ansprüchen aus Verträgen und Verpflichtungen, die vor dem 1. September 1939 eingegangen worden waren. Vgl. dazu UNTS, Bd. 49, S. 160.

- 2) Bei den hiesigen Verhandlungen über den Inhalt des Wiedergutmachungsvertrages konnten unsere Forderungen im wesentlichen durchgesetzt und insbesondere erreicht werden, daß Italien im Gegensatz zu allen anderen Staaten, mit denen bisher Verträge geschlossen wurden⁶, nicht auf einem Vorbehalt wegen späterer Geltendmachung von Vermögensschäden auf dem Gebiet der Wiedergutmachung bestand. Dabei ist bedeutsam, daß die Österreich gegenüber in Aussicht genommene Leistung auf dem Gebiet der Wiedergutmachung in Übereinstimmung mit der österreichischen Gesetzgebung schon jetzt einen Betrag auch für Vermögensschäden einschließen soll.
- 3) Aus einem sehr vertraulichen Gespräch mit Gesandtem Catalano, der aus Bonn wegen der politischen Bedeutung zur Teilnahme an den Verhandlungen entsandt worden ist, habe ich gestern entnommen, daß Botschafter Quaroni erwartungsgemäß angewiesen worden ist, eine höhere deutsche Leistung als 30 Mio. DM zu fordern.⁷ Da Catalano sagte, Botschafter Quaroni werde nicht das Doppelte des deutschen Angebots fordern, nehme ich an, daß seine Forderung sich auf 50 Mio. DM belaufen wird. Die italienische Regierung hat sich zu einer derartigen Größenordnung, wie Catalano andeutete, trotz des Druckes der hiesigen Verfolgtenorganisationen und insbesondere der Verbände der rassistisch Verfolgten, deren Größenvorstellungen weit höher sind, entschlossen, um einen raschen Abschluß des Vertrages zu ermöglichen. Die Intensität des Druckes der Verbände, die unbedingt auch vor dem Hintergrund des Eichmann-Prozesses⁸ gesehen werden muß, wird auch für die deutsche Delegation täglich zunehmend spürbar. Es erscheint mir daher aus politischen Erwägungen unbedingt notwendig, jetzt zu einem Abschluß zu gelangen, zumal der Druck der Verbände aller Voraussicht nach dazu führen wird, daß in einem auch nur geringfügig späteren Zeitpunkt eine Einigung selbst bei 50 Mio. DM nicht mehr zu erreichen sein wird.
- 4) Während nach der bisherigen Verhandlungslage anzunehmen war, daß der mitverhandelte Komplex der finanziellen und wirtschaftlichen Fragen morgen noch nicht paraphierungsreif sein würde, hat das offensichtliche Bestreben der italienischen Regierung, die Paraphierung noch morgen zu ermöglichen, zu einem auffallenden italienischen Nachgeben in grundsätzlichen Punkten geführt, so daß morgen die Paraphierung dieses Vertragskomplexes gesichert erscheint, vielleicht mit der Maßgabe, daß einige unbedeutende Punkte noch nachträglich durch Notenwechsel geklärt werden. Es könnte geradezu eine politische Katastrophe bedeuten, wenn es der italienischen Regierung oder den einflußreichen

⁶ Zu den von der Bundesrepublik bis 1961 abgeschlossenen Abkommen über die Entschädigung für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung vgl. Dok. 11, Anm. 6.

⁷ Ministerialdirigent Raab, z. Z. Rom, informierte am 11. Mai 1961 über ein Gespräch mit dem italienischen Gesandten. Catalano habe mitgeteilt, daß der italienische Botschafter Quaroni noch einmal mit Staatssekretär Westrick, Bundesministerium für Wirtschaft, sprechen solle, da nach Auffassung seiner Regierung „die deutscherseits angebotene Wiedergutmachungssumme, insbesondere auch wegen der Einbeziehung der Freiheitsgeschädigten, erhöht werden müsse“. Die italienische Regierung werde dabei aber „keineswegs von übertriebenen Vorstellungen der Geschädigtenverbände leiten lassen“. Raab berichtete weiter, daß der „Text des Wiedergutmachungsvertrages [...] unter alleiniger Offenlassung der einzusetzenden Wiedergutmachungssumme“ am Vortag fertiggestellt worden sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 258; VS-Bd. 5657 (V 2); B 150, Aktenkopien 1961.

⁸ Am 11. April 1961 wurde in Jerusalem der Prozeß gegen den früheren SS-Obersturmbannführer und Leiter des „Referats für Judenangelegenheiten“ im Reichssicherheitshauptamt, Eichmann, eröffnet, der 1960 vom israelischen Geheimdienst aus Argentinien entführt worden war.

Organisationen möglich sein würde, die Verantwortung für eine nicht gleichzeitige Paraphierung oder Unterzeichnung des Wiedergutmachungsvertrages der Bundesregierung zuzuschreiben. Eine mit diesem Akzent erfolgende Veröffentlichung des ersten, ganz offensichtlich unzureichenden Angebots von 30 Mio. DM und eines etwaigen Scheiterns im gegenwärtigen Zeitpunkt wegen einer Weigerung, über 40 Mio. DM hinauszugehen, würde schwerwiegende Folgen haben können. Dabei ist zu bedenken, daß der bisher nach meiner Kenntnis von Herrn StS Hettlage gebilligte Betrag von 40 Mio. DM immer noch erheblich unter der nach den Unterlagen vertretbaren Relation liegt.

Ich halte es für unbedingt notwendig, morgen zu einer Einigung in der Summenfrage mit Botschafter Quaroni zu gelangen. Da ein Betrag auch von 50 Mio. DM durchaus noch vertretbar ist, darf ich vorschlagen, vor diesem Gespräch eine Marge bis zu diesem Betrag bei StS Hettlage, der sich morgen noch vor dem Besprechungsstermin mit StS Quaroni fernmündlich aus Wien⁹ mit StS Carstens in Verbindung setzen will, herbeizuführen. Wenn es auch nicht unmöglich erscheint, daß die italienische Seite einem Betrag von 40 Mio. DM zustimmt, so halte ich es doch für wahrscheinlicher, daß eine Einigung bei etwa 45 Mio. DM, vielleicht erst bei 50 Mio. DM erreicht werden kann.¹⁰ Quaroni hat nach der mir hier gegebenen Zusicherung Vollmacht zu abschließender Festlegung der Summe.

Da in Erwartung einer bis dahin eingegangenen Unterrichtung über eine Einigung der Summenfrage für morgen um 12 Uhr die Schlußsitzung mit der Paraphierung der Verträge anberaumt ist, wäre ich dankbar, wenn ich sofort nach der Besprechung mit Botschafter Quaroni mit Weisung versehen werden könnte.¹¹ Hiesiges Außenministerium hat mir gegenüber heute grundsätzlich zugestimmt, daß Wiedergutmachungsvertrag bei Einigung über die Summe morgen oder spätestens Sonntag früh hier gezeichnet werden könne, auf deutscher Seite durch Botschafter Klaiber unter Nachreichung der Vollmacht.¹²

[gez.] Raab

VS-Bd. 5657 (V 7)

⁹ Staatssekretär Hettlage, Bundesministerium der Finanzen, führte am 12./13. Mai 1961 in Wien Gespräche mit der österreichischen Regierung über einen Ausgleichsvertrag. Vgl. dazu Dok. 160.

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Marmann vermerkte am 13. Mai 1961, daß Staatssekretär Carstens am Vormittag mit Staatssekretär Hettlage, Bundesministerium der Finanzen, in Wien telefoniert und „vorsorglich“ dessen Zustimmung erbeten habe, „das deutsche Angebot äußerstens bis zu 45 Mio. DM zu erhöhen. Herr Staatssekretär Hettlage erklärte sich einverstanden unter der Voraussetzung, daß damit alle vermögensrechtlichen Forderungen abgegolten seien.“ Vgl. VS-Bd. 5657 (V 2); B 150, Aktenkopien 1961.

¹¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Marmann informierte Ministerialdirigent Raab, z. Z. Rom, am 13. Mai 1961 über „Ergebnis des Gesprächs Carstens–Quaroni“. Der italienische Botschafter habe darauf hingewiesen, „daß Frankreich für 183 000 Fälle einen Betrag von 400 Mio. DM erhalten habe“, so daß im Vergleich „für die 19 289 italienischen Verfolgten sich ein Betrag von 42 169 748 DM ergäbe“. Staatssekretär Carstens habe dazu ausgeführt, nach Rücksprache mit den Fachressorts könne er einem Betrag von 40 Mio. DM zustimmen. Quaroni habe dazu bemerkt, „er rechne „mit 95%iger Wahrscheinlichkeit“ mit der Zustimmung seiner Regierung“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 146; VS-Bd. 5657 (V 2); B 150, Aktenkopien 1961.

¹² Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik und Italien über Leistungen zugunsten italienischer Staatsangehöriger, die von nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen betroffen waren, wurde am 2. Juni 1961 von Staatssekretär Carstens und dem italienischen Botschafter Quaroni in Bonn unterzeichnet.

146

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sattler

604-80 SL/6-94.25

15. Mai 1961¹

Betr.: Besprechung mit dem Präsidenten des Deutschen Sportverbandes,
 Herrn W. Daume
 hier: Verhalten deutscher Sportmannschaften beim Zeigen der Spalter-
 flagge auf internationalen Sportveranstaltungen

Am 5. Mai 1961 führte ich mit Herrn Daume ein Gespräch u. a. über die bei internationalen Sportveranstaltungen zu erwartenden Schwierigkeiten, die durch die Beteiligung von Sportlern aus der SBZ beim Flaggenzeremoniell entstehen können. Diese Schwierigkeiten sind zu erwarten:

- 1) bei den Box-Weltmeisterschaften in Belgrad vom 2. bis 10. Juni 1961²,
- 2) bei den Kanu-Weltmeisterschaften in Dresden im Juli/August 1961³, möglicherweise
- 3) bei den Eishockey-Spielen in Colorado Springs, USA, im Februar 1962.⁴

Herr Daume unterrichtete mich von den Bemühungen der Zonensportbehörden, mit ihm ins Gespräch über gemeinsame repräsentative Wettkämpfe zu kommen. Er halte es für möglich, mit der SBZ in der Flaggenfrage eine befriedigende Vereinbarung zu treffen, die geeignet sei, die bisherigen Schwierigkeiten hinsichtlich des Flaggenzeremoniells zu beseitigen. Er glaube erreichen zu können, daß die SBZ sich mit der Hissung der deutschen Flagge mit den Olympischen Ringen für beide deutsche Mannschaften und damit einverstanden erklären würde, daß auf die Hissung der Spalterflagge und die Becher-Hymne verzichtet werde.⁵

Als Gegenleistung, die sicher von uns gefordert werde, könnten wir das Einverständnis mit der Umwandlung der provisorischen Mitgliedschaft der SBZ

Fortsetzung Fußnote von Seite 653

Für den Wortlaut des Vertrags sowie des dazugehörigen Briefwechsels vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 793–797.

Am selben Tag unterzeichneten Staatsekretär Westrick, Bundesministerium für Wirtschaft, sowie Carstens und Quaroni das Abkommen über die Regelung gewisser vermögensrechtlicher, wirtschaftlicher und finanzieller Fragen. Für den Wortlaut mit Briefwechsel vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 669–677.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Krause-Wichmann und Legationsrat Holz konzipiert.

² In Belgrad fanden vom 3. bis 10. Juni 1961 die Europameisterschaften der Amateurboxer statt.

³ Vom 22. bis 28. Juli 1961 wurden in Dresden die Weltmeisterschaften im Kanuslalom sowie im Wildwasserrennen ausgetragen.

⁴ Vom 8. bis 18. März 1962 fand in Colorado Springs die Eishockey-Weltmeisterschaft statt.

⁵ Mit Schreiben vom 15. Mai 1961 an den amtierenden Präsidenten des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB) forderte DSB-Präsident Daume Ewald auf, die Bemühungen um „eine Desintegration Deutschlands in zwei Staaten“ einzustellen und sich für „eine aufrichtige, streng auf das Miteinander-sporttreiben beschränkte innerdeutsche Zusammenarbeit mit entsprechenden Konsequenzen auch im internationalen Sportverkehr“ zu entscheiden. Im internationalen Sportverkehr wären die Schwierigkeiten mit der Flaggen- und Hymnenregelung, wie sie für die Olympischen Spiele gelte, leicht zu beseitigen. Vgl. DzD IV/6, S. 744–746.

im Internationalen Olympischen Komitee in eine ordentliche Mitgliedschaft erklären. Wir könnten uns sogar dazu bereit erklären, einen entsprechenden Antrag auf der Sitzung des Olympischen Komitees am 17. Juni 1961 in Athen zu stellen.⁶

Durch eine solche Vereinbarung wären die bisher aufgetretenen und weiterhin zu erwartenden Flaggenschwierigkeiten behoben.

Der Präsident des Deutschen Sportbundes Daume würde es begrüßen, wenn ihm Ende Mai 1961 Gelegenheit zu einem neuen Gespräch mit dem Herrn Bundesminister⁷ gegeben würde. Er regt an, zu diesem Gespräch die Präsidenten folgender, an den nächsten Kämpfen beteiligter Verbände einzuladen, an denen auch Sportler der SBZ teilnehmen: des Deutschen Kanu-Verbandes⁸, des Deutschen Eissport-Verbandes⁹, des Deutschen Turnverbandes¹⁰, des Deutschen Amateurbox-Verbandes¹¹.

Wenn auch die von Herrn Daume vorgeschlagene Regelung tatsächlich Vorteile hätte, so dürfte sie politisch nicht tragbar sein.¹²

Hiermit über Herrn Staatssekretär¹³ Herrn Minister¹⁴ mit der Bitte um Weisung vorgelegt.

Sattler

⁶ Das IOC befaßte sich auf seiner Tagung vom 17. bis 19. Juni 1961 in Athen mit einem Antrag der DDR, das Wort „provisorisch“ im Zusammenhang mit ihrer Mitgliedschaft im IOC zu streichen. In der Presse wurde berichtet, das Olympische Komitee der DDR habe dafür in einem Memorandum zugesagt, sich „jeder politischen Absicht des Sports in der Sowjetzone“ zu enthalten und „bis zur Wiedervereinigung“ eine gesamtdeutsche Vertretung bei den Olympischen Spielen beizubehalten“. Allerdings habe das IOC eine sofortige Streichung des Wortes „provisorisch“ abgelehnt und zunächst Dokumente verlangt, die den tatsächlichen Verzicht auf „die politischen Ambitionen“ im Sport der DDR bewiesen. Vgl. den Artikel „Der olympische Status der Zone bleibt provisorisch“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 20. Juni 1961, S. 7.

⁷ DSB-Präsident Daume führte am 8. März 1961 ein Gespräch mit Bundesminister von Brentano über das Problem des Zeigens der DDR-Flagge bei internationalen Sportveranstaltungen. Vgl. dazu Dok. 77.

⁸ Max Eckert.

⁹ Herbert Kunze.

¹⁰ Werner Bockelmann.

¹¹ Hermann Krause.

¹² An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt: „Vor allem wird sie nicht von Dauer sein.“

Am 15. August 1961 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hilgard, DSB-Präsident Daume hoffe immer noch, im Gegenzug für eine ohnehin nicht zu verhindernde „Umwandlung der „provisorischen“ in eine „ordentliche“ IOC-Mitgliedschaft der DDR zu erreichen, „daß die SBZ sich schriftlich und „bis zur deutschen Wiedervereinigung unwiderruflich“ zu einer gesamtdeutschen Olympia-Mannschaft“ verpflichtet“. Das am 3. August 1961 veröffentlichte Schreiben des Präsidenten des Deutschen Turn- und Sportbundes, Ewald, werde allerdings „Herrn Daumes Optimismus dämpfen. Offenbar geht der Brief auf den Vorschlag der Beilegung des Flaggentreits durch Benutzung der deutschen Flagge mit den Olympiaringen nicht ein.“ Vgl. B 94-EA, Bd. 270.

¹³ Hat Staatssekretär Carstens am 16. Mai 1961 vorgelegen, der handschriftlich auf einem beigefügten Blatt vermerkte: „Zunächst [Abteilung] 6. Wie steht es mit den Fußballmeisterschaften in Chile?“ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hilgard am 17. Mai 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Nach Ansicht aller Experten ist keinesfalls damit zu rechnen, daß die SBZ über die Vorrunden für die Weltmeisterschaft hinauskommt, so daß es zu einem Erscheinen in Chile gar nicht erst kommen wird. Abt. 6 wird selbstverständlich die Frage stets im Auge haben. 2) Hiermit dem Herrn Staatssekretär unter Bezugnahme auf die heutige telefonische Rücksprache wieder zugeleitet.“ Hat Carstens am 18. Mai 1961 erneut vorgelegen.

¹⁴ Hat Bundesminister von Brentano vorgelegen.

P.S. Inzwischen hat eine Ressortbesprechung stattgefunden, an der Vertreter des Bundesministeriums des Innern und des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen teilgenommen haben. Letzterer wurde mit der sofortigen Abfassung eines Memorandums über die Behandlung der Flaggenfrage beauftragt.¹⁵ Es wurde vorgeschlagen, daß Herr Dr. Daume möglichst gemeinsam von den beteiligten Bundesministern empfangen werde.

Herr Daume hat seine Bereitschaft erklärt, sich am 5. Juni 1961 in Bensheim einzufinden.¹⁶

B 1 (Ministerbüro), Bd. 77

147

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Sahm

301-83-03-589/61 geheim

15. Mai 1961¹

De Gaulle und die NATO

I. 1) Präsident de Gaulle hat seine grundlegenden Auffassungen über die Aufgaben und Formen der westlichen Zusammenarbeit (und damit zur NATO) in seinem an Eisenhower und Macmillan gerichteten Memorandum vom September 1958² niedergelegt. Seitdem hat er die darin enthaltenen, sehr allgemeinen Thesen und Forderungen immer wieder bestätigt und – soweit es in seinem Vermögen lag – verwirklicht. Seiner Haltung zur NATO entsprechend (wichtige Institution, aber nur für einen Teilaspekt der Auseinandersetzung zwischen Ost

¹⁵ Nach der Diskussion in der Ressortbesprechung am 12. Mai 1961 zog Ministerialdirektor Duckwitz das Fazit, „daß sowohl wegen der großen Bedeutung des Problems wie auch im Hinblick auf die nicht einheitliche Auffassung der verschiedenen beteiligten Ressorts eine Entscheidung des Kabinetts nötig sei“, und bat Ministerialrat Freiherr von Dellingshausen, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, um die Erstellung einer Kabinettvorlage, „da er über besondere eingehende, langjährige Erfahrungen in der Materie verfüge“. Vgl. das Kurzprotokoll; B 1 (Ministerbüro), Bd. 77.
Dellingshausen übermittelte seinen Entwurf am 23. Mai 1961 an Legationsrat Holz mit der Bitte, „Änderungs- oder Ergänzungswünsche“ mitzuteilen. Vgl. das Schreiben mit Anlage; B 12 (Referat 700), Bd. 83.

¹⁶ Über das Gespräch mit Bundesminister von Brentano in Bensheim teilte der Präsident des Deutschen Sportbundes, Daume, der Presse mit, „man sei in den wesentlichen Punkten zur Übereinstimmung gekommen, in Einzelfragen jedoch auch unterschiedlicher Meinung“. Vgl. den Artikel „Brentano und Daume über ‚Flaggenstreit‘ nicht einig“, DIE WELT vom 6. Juni 1961, S. 2.
In einer Ressortbesprechung am 13. Juni 1961 wurde festgestellt, daß sich eine weitere Befassung des Kabinetts „nach der eindeutigen Stellungnahme des Herrn Bundeskanzlers in der Flaggenfrage – „Jeder deutsche Sportler ist zuerst Deutscher und dann erst Sportler“ gegenüber Sportjournalisten am 7. Juni 1961 erübrige. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Forster vom 14. Juni 1961; B 12 (Referat 700), Bd. 83.

¹ Hat Ministerialdirektor von Etzdorf am 15. Mai 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Werz verfügte.

Hat Werz am 15. Mai 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 301 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sahm am 15. Mai 1961 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Aufzeichnung für Besprechungsmappe de Gaulle-Besuch.“

² Zum Memorandum des Ministerpräsidenten de Gaulle vom 17. September 1958 vgl. Dok. 60, Anm. 9.

und West zuständig) hat er bisher die NATO mit seinen Überlegungen nicht befaßt. Ein solches Vorgehen dürfte auch seiner Auffassung von der Führungsrolle der „Großen Drei“ unter den Westmächten zuwiderlaufen.

2) Die von Frankreich seit bald drei Jahren befolgte Politik hat dem inneren Zusammenhalt und der Stärke der NATO erheblichen Schaden zugefügt; damit hat Frankreich gegen Artikel 3 des NATO-Vertrages verstößen, in dem die Parteien sich verpflichten, „durch ständige und wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung die eigene und die gemeinsame Widerstandskraft gegen bewaffnete Angriffe zu erhalten und fortzuentwickeln“.³ Schon aus diesem Grund allein müßte die französische Politik in und gegenüber NATO endlich einmal in der NATO selbst zur Diskussion gestellt werden.

3) Seit bald drei Jahren hat de Gaulle in der Öffentlichkeit erklärt, wie unzulänglich die NATO sei; die französische Regierung hat bisher jedoch innerhalb der NATO und insbesondere im Rahmen der Ende 1959 eingeleiteten langfristigen Planung⁴ nicht einen einzigen konkreten Vorschlag vorgebracht. Sie hat sich lediglich darauf beschränkt, in Einzelfällen ihre Bindungen in der NATO zu lösen oder zusätzliche Bindungen abzulehnen (Mittelmeerflotte⁵, Luftverteidigung⁶ usw.).

4) De Gaulle erwartet die Solidarität seiner Bündnispartner bei seinen Bemühungen um eine befriedigende Algerienlösung. Solidarität bedeutet aber Interessengemeinschaft, gegenseitige Abhängigkeit. Die Verbündeten können daher als Gegenleistung von de Gaulle verlangen, daß er auch ihren Standpunkt achtet oder zumindest erklärt, was er daran für änderungsbedürftig hält.

II. De Gaulle erklärt im einzelnen (zuletzt bei seiner Pressekonferenz am 11. April 1961⁷):

- 1) Die NATO als solche ist notwendig, jedoch bedarf ihre gegenwärtige Organisation einer Änderung.
- 2) Die europäischen Kontinental-Mächte haben die Pflicht und das Recht zu einer eigenen nationalen Verteidigung. Es ist unerträglich, daß das Schicksal einer großen Nation von einer anderen, noch so befreundeten Nation abhängt.
- 3) Die Verwendung der Kernwaffen der beiden Westmächte, die sie z. Zt. besitzen, sowie auch anderer konventioneller Rüstung muß geklärt werden, da die konti-

³ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289.

⁴ Zur Einführung der Zehn-Jahresplanung der NATO vgl. Dok. 1, Anm. 6.

⁵ Die französische Mittelmeerflotte wurde am 11. März 1959 dem NATO-Oberbefehl entzogen und von Toulon nach Brest verlegt. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1959, S. 344–346.

⁶ Im Dezember 1958 erhob Frankreich gegen die vom Militärausschuß der NATO im Dokument MC 54/1 geforderte „Schaffung einer integrierten Luftverteidigung der europäischen NATO-Staaten“ durch „Verschmelzung der bestehenden nationalen Luftverteidigungssysteme in NATO-Europa in ein einheitliches System mit einer NATO-Organisation [...] grundsätzliche Bedenken, deren Ursache in der neuen Politik de Gaulles zu finden war, jede weitere Integrationsmaßnahme innerhalb der NATO abzulehnen.“ Mit Stellungnahme vom 10. August 1960 erklärte sich Frankreich „für die Verteidigung des französischen Luftraums allein verantwortlich“ und lehnte die Anwendung der MC 54/1 im eigenen Luftraum ab, stimmte aber Vereinbarungen über eine Kooperation zu. Vgl. den Schrifterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Werz vom 10. Oktober 1960; VS-Bd. 3274 (204); B 150, Aktenkopien 1960.

⁷ Für den Wortlaut der Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle vom 11. April 1961 auf die Frage nach seiner Haltung zu einer Reorganisation der NATO vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3, S. 299 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 289 f.

ntentalen europäischen Mächte, die sehr viel verwundbarer sind, genau wissen müssen, unter welchen Bedingungen ihre überseeischen Verbündeten an der gemeinsamen Auseinandersetzung teilnehmen werden.

4) Seit der Gründung der NATO beschränkt sich die Kriegsgefahr nicht mehr auf Europa, sondern hat sich über den gesamten Erdball ausgebreitet. Damit NATO diesen Bedingungen entsprechen kann, muß sie ebenfalls auf diesen neuen Horizont ausgerichtet werden, da sie sonst die enge Solidarität ihrer Mitglieder verliert, die unentbehrlich ist.

Im einzelnen kann zu den genannten Punkten gesagt werden:

zu 1) Die Notwendigkeit, NATO fortzuentwickeln und der gegenwärtigen Weltlage anzupassen, wird allgemein anerkannt. Die gegenwärtigen Überlegungen in der NATO (langfristige Planung; Überprüfung der Strategie) zielen gerade auf diese Abänderungen hin. Bisher hat Frankreich bei allen diesbezüglichen Diskussionen keinen eigenen Beitrag geleistet.

zu 2) Es ist bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis in der Welt und dem technischen Entwicklungsstand der Rüstung ausgeschlossen, daß eine einzelne europäische kontinentale Macht in der Lage ist, eine eigene nationale Verteidigung aufzubauen. Schon die in der NATO vereinten Kräfte aller Verbündeten sind nur unzulänglich geeignet, eine sowjetische militärische Bedrohung abzuschrecken. Das Bestreben, eine nationale Verteidigung aufzubauen, muß zwangsläufig zur Zerstörung der NATO und damit zur Schutzlosigkeit der europäischen Mitgliedstaaten führen.

Nur in engster Verbindung mit den Vereinigten Staaten und durch Integration aller Kräfte ist für den Westen eine Chance gegeben, der sowjetischen Expansion erfolgreich zu begegnen.

zu 3) Dieser Forderung de Gaulles, ein Einvernehmen über die Verwendung der atomaren und der konventionellen Streitkräfte unter den Verbündeten herbeizuführen, kann zugestimmt werden. Dies ist gerade der Zweck der gegenwärtig innerhalb der NATO geführten Gespräche.⁸ Es wäre zu begrüßen, wenn Frankreich sich aktiv daran beteiligte.

zu 4) Dieser von de Gaulle immer wieder angeführte Punkt, daß NATO nicht auf Europa allein beschränkt werden dürfe, ist nur dann verständlich, wenn die Lösung dieses Problems in der Schaffung des von ihm angestrebten „Dreier-Direktoriums“ liegen soll.

Eine geographische Begrenzung des Geltungsbereichs der NATO findet sich lediglich in den Bestimmungen der Artikel 5 und 6 über den gegenseitigen Beistand im Falle eines militärischen Angriffs.⁹ Die übrigen wichtigen Vertragsbestimmungen, insbesondere über Konsultation (Artikel 4)¹⁰, kennen keine geographischen Begrenzungen. Einer Ausdehnung des Bereichs der militärischen Beistandspflicht aber dürfte die Mehrheit der Mitgliedstaaten der NATO nicht zustimmen bereit sein.

⁸ Zu den Gesprächen in der NATO über die strategische Planung und die Ausrüstung der Streitkräfte vgl. Dok. 113 und Dok. 125.

⁹ Zu Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. Dok. 59, Anm. 8, und Dok. 85, Anm. 18.

¹⁰ Für den Wortlaut von Artikel 4 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

De Gaulles Forderung kann also nur darauf hinauslaufen (wie im Memorandum von 1958 bereits ausgeführt), über oder neben der NATO eine zentrale Stelle zur weltweiten politischen und strategischen Planung (einschließlich Einsatz von Kernwaffen) zu schaffen. Nach de Gaulle soll dies das Dreier-Direktorium sein, das jedenfalls bisher einmütig von allen übrigen NATO-Staaten abgelehnt wird, da es mit dem Geist und den Buchstaben des NATO-Vertrages nicht vereinbar ist. Überdies besteht durchaus die Möglichkeit, Konsultationen der Drei Mächte über sie besonders interessierende Fragen durchzuführen; allerdings sollten die Ergebnisse dieser Konsultation alsdann im NATO-Rat ebenfalls zur Erörterung gestellt werden.

Es scheint im übrigen, daß de Gaulle nur an ein Gremium denkt, dem er selbst (mit Kennedy und Macmillan) angehört. Amerikanische Überlegungen, durch Schaffung einer Planungsgruppe im Rahmen der NATO¹¹ de Gaulles Forderung entgegenzukommen, scheinen wenig aussichtsreich.¹²

III. Weiteres Ziel de Gaulles ist die Schaffung eines eigenen Kernwaffenpotentials.¹³

Begründet wird diese Forderung mit der These, daß Frankreich als Weltmacht auch die Waffen benötige, die heute einer Weltmacht zustehen. Militärisch glaubt man in Frankreich, daß schon ein geringer Kernwaffenvorrat ein Risiko für den Angreifer darstellt. Beides ist falsch: Frankreich ist keine Weltmacht; es würde erst eine werden, wenn es über unbeschränkte Kernwaffenvorräte sowie über die erforderlichen Beförderungsmittel (Raketen) verfügte. Dies wird es aber bei den beschränkten Mitteln, die Frankreich zur Verfügung stehen, nie erreichen. Also jagt Frankreich einer Illusion nach, zum Schaden seiner selbst und seiner Verbündeten.

¹¹ Botschafter Grewe, Washington, berichtete am 19. April 1961, daß er den Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Kohler, auf amerikanische Überlegungen angesprochen habe, zur Verbesserung der politischen Konsultation in der NATO eine „outside wise men group“ einzusetzen. Kohler habe dazu ausgeführt, gedacht sei an „eine ausgewählte Gruppe hervorragender privater Bürger („select distinguished private citizens“), die zu einer objektiven Betrachtungsweise („objective view“) in der Lage seien“. Sie sollten etwa zweimal im Jahr zusammenkommen und Anregungen geben „für die allgemeinen Aspekte von NATO, für die militärische Strategie, für die politische Konsultation, für das Verhältnis zur OECD und andere Organisationen usw.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 886; VS-Bd. 2033 (301/201); B 150, Aktenkopien 1961.

Am selben Tag informierte Botschafter von Walther, Paris (NATO), daß sich bei den Beratungen über den amerikanischen Vorschlag „von allen Seiten so grundsätzliche Bedenken“ ergeben hätten, daß er wohl nicht verwirklicht würde. Zur Erläuterung des amerikanischen NATO-Botschafters Finletter, daß „die Gruppe aus drei bis fünf nicht-beamteten Persönlichkeiten bestehen sollte, die nicht aufgrund ihrer nationalen Zugehörigkeit, sondern aufgrund ihres internationalen Ansehens und ihrer Sachkenntnis berufen würden“ und „keinerlei Weisungen vom Rat entgegenzunehmen“ hätten, habe der französische Vertreter geäußert, „daß es gefährlich sei, lebenswichtige Probleme der Allianz durch Persönlichkeiten diskutieren zu lassen, die keinerlei Verantwortung in diesem Zusammenhang trügen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 393; VS-Bd. 1409 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1961.

¹² Vortragender Legationsrat I. Klasse Sahm legte am 17. Mai 1961 dar, der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, McGill, habe erklärt, „daß nach allen ihm bekannten Plänen auf amerikanischer Seite unter keinen Umständen auf die Wünsche de Gaulles hinsichtlich der Schaffung eines Dreierdirektoriums oder anderer Institutionen eingegangen werde, die sich auf die drei Mächte beschränken. Dies gelte auch für die Frage der Verfügung über atomare Waffen. Über angebliche Pläne Macmillans, eine aus Truppen der drei Mächte bestehende atomare Einsatzstreitkraft zu schaffen, war ihm nichts bekannt.“ Vgl. VS-Bd. 2033 (301/201); B 150, Aktenkopien 1961.

¹³ Zum Aufbau einer französischen Atomstreitmacht, der „force de frappe“, vgl. Dok. 1, Anm. 8.

Bisher wurde vielfach die Ansicht vertreten, die USA sollten – in Anwendung des McMahon Act¹⁴ – Frankreich Atomgeheimnisse überlassen, um dadurch

- eine Kontrolle über die französische Atomwaffenproduktion zu gewinnen und gleichzeitig
- den französischen Haushalt zu entlasten, wodurch
- eine Verstärkung der französischen konventionellen Streitkräfte ermöglicht würde, die wieder zu einer
- Stärkung der französischen Beteiligung an der NATO führen würde.

Nach verschiedenen amerikanischen Äußerungen ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß Präsident Kennedy und der Kongreß eine solche Politik verfolgen werden.¹⁵ Spätestens der letzte Putsch in Algerien (während dessen eine Atom bombe in der Sahara explodierte¹⁶) hat eine Unzuverlässigkeit der Armee erwiesen, die es den Amerikanern nicht geraten erscheinen läßt, ihr Kernwaffen in die Hand zu geben.

IV. Ob und gegebenenfalls welche Möglichkeiten von deutscher Seite bestehen, auf General de Gaulle einzuwirken, daß er seine Politik ändere, ist von der Sicht der für NATO zuständigen Abteilung allein nicht zu entscheiden. Nur eine genaue Analyse der de Gaulle'schen Gesamtpolitik und der Zukunftsaussichten Frankreichs einerseits, der deutsch-französischen Beziehungen sowie der Notwendigkeiten und Möglichkeiten der NATO und der übrigen westlichen Verbindungen andererseits können die erforderlichen Unterlagen für weitere Überlegungen und Anregungen bieten. Frankreichs Verhältnis zur NATO ist nur ein Teilespekt des Verhältnisses Frankreichs zu seiner Umwelt überhaupt und damit letztlich des Verhältnisses de Gaulles zu Frankreich.

Sahn¹⁷

VS-Bd. 2033 (301/201)

¹⁴ Zu dem vom amerikanischen Senator McMahon initiierten „Atomic Energy Act“ vom 1. August 1946 vgl. Dok. 56, Anm. 37.

¹⁵ Am 4. Mai 1961 berichtete Botschafter Grewe, Washington, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Kohler, habe „den Gedanken, den Franzosen Atomgeheimnisse zugänglich zu machen“, mit der Bemerkung kommentiert, „daß es unmöglich sei, „nur ein wenig schwanger“ zu sein. Entweder gebe man den Franzosen die Atomgeheimnisse, und dann werde sich daraus eine volle atomare Kapazität entwickeln, oder man gebe sie ihnen nicht. Es sei aber außerordentlich schwierig, eine Trennungslinie zwischen strategischer und taktischer Anwendung von Nuklearwaffen zu ziehen, und es sei unrealistisch, anzunehmen, die NATO könne die Verwendung dieser Waffen wirksam kontrollieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1003; VS-Bd. 2033 (301/201); B 150, Aktenkopien 1961.

¹⁶ Zum Aufstand französischer Streitkräfte in Algerien vgl. Dok. 118.

Am 25. April 1961 fand der vierte französische Atomtest in der Sahara statt. Vgl. dazu die Meldung „Atomversuch in der Sahara“; SÜddeutsche Zeitung vom 26. April 1961, S. 2.

¹⁷ Paraphe vom 15. Mai 1961.

Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt

114-3292/61 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 467

Citissime

Aufgabe: 15. Mai 1961

Ankunft: 15. Mai 1961, 17.02 Uhr

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 465 vom 13.5.¹

1) Der Minister für Präsidial-Angelegenheiten Ali Sabri empfing mich heute im Auftrag des vorläufig noch durch den zur Zeit hier weilenden Sékou Touré² und den morgen beginnenden Staatsbesuch Sukarnos³ verhinderten Staatspräsidenten⁴.

Ali Sabri, dem ich die Gesichtspunkte der einschlägigen Drahterlasse⁵ darlegte, erwiderte, daß sich an der uns bekannten und wiederholt vom Präsidenten dargelegten politischen Linie, nämlich der Nichtanerkennung der DDR, nichts geändert habe. Diese generelle Linie seiner Politik gelte auch heute noch. Die im Rahmen dieser Grundlinie jetzt genehmigte Errichtung einer konsularischen Vertretung in Damaskus ändere an dieser politischen Haltung ebensowenig wie die seinerzeitige Genehmigung eines Generalkonsulats in Kairo.⁶ Beide Dienststellen hätten lediglich konsularische Aufgaben im Rahmen des Handelsverkehrs zu erfüllen und weder politische Funktionen noch diplomatischen Status. Die Genehmigung zur Errichtung des Konsulats in Damaskus falle daher als reine Routine-Maßnahme in die Zuständigkeit der dafür bestimmten Behörden, nicht aber in den Aufgabenbereich der Präsidialkanzlei, die die allgemeinen Richtlinien der Politik bestimme und festlege.

¹ Botschafter Weber, Kairo, teilte mit, daß er voraussichtlich „morgen oder übermorgen die heute erbetene Unterredung mit Präsident Nasser haben werde. Da die grundsätzliche Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der SBZ durch die Umwandlung der Handelsvertretung in ein Konsulat nicht tangiert wird, werde ich den Schwerpunkt meiner Unterredung darauf legen, daß Präsident Nasser nach dem Besuch Grotewohls meinem Amtsvorgänger, Herrn Botschafter Dr. Becker, eine diesem am 9. Januar 1959 von Staatsminister Ali Sabri gemachte Mitteilung bestätigte, wonach in Damaskus kein Konsulat der SBZ, sondern lediglich eine Handelsvertretung zugestanden sei.“ Vgl. VS-Bd. 2971 (708); B 150, Aktenkopien 1961.

² Präsident Sékou Touré hielt sich vom 8. bis 16. Mai 1961 in der VAR auf.

³ Präsident Sukarno besuchte die VAR am 16./17. Mai 1961.

⁴ Gamal Abdel Nasser.

⁵ Am 10. Mai 1961 wies Bundesminister von Brentano die Botschaft in Kairo an, „möglichst sofort“ Präsident Nasser aufzusuchen. Nasser solle auf Meldungen angesprochen werden, „daß VAR-Regierung Umwandlung sowjetzonaler Vertretung in Damaskus in Konsulat unter Erteilung Exequaturs zu genehmigen bereit sei und Durchführung unmittelbar bevorstehe. Nachricht hat uns um so mehr überrascht und bestürzt, als noch Ende Januar zwei engste politische Mitarbeiter des Präsidenten unabhängig voneinander und spontan erklärten, daß Präsident nicht daran denke, seine bisherige Haltung zu ändern oder neue Konzessionen zu machen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 231; VS-Bd. 2971 (708); B 150, Aktenkopien 1961.

Staatssekretär Carstens informierte die Botschaft in Kairo am 12. Mai 1961, er habe dem Botschafter der VAR, Sabri, erklärt, die Bundesregierung würde in der Genehmigung zur Errichtung eines Konsulats der DDR in Damaskus „seine Nichterfüllung der von Präsident Nasser gegenüber Staatssekretär van Scherpenberg am 14. November 1959 abgegebenen Erklärung erblicken, wonach Präsident Nasser nicht daran denke, zwei deutsche Staaten anzuerkennen. [...] Die Errichtung eines zweiten Konsulats der SBZ in der VAR würden wir als eine ernste Angelegenheit ansehen. Sie würde in Deutschland als ein Schock empfunden werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1366; B 2-VS, Bd. 319 A (Büro Staatssekretär).

⁶ Zur Errichtung eines Generalkonsulats der DDR in Kairo am 13. September 1959 vgl. Dok. 15, Anm. 5.

Der Präsident habe daher bei der Erläuterung seiner generellen politischen Haltung im Januar 59 auch keine Veranlassung gehabt, über technische Einzelheiten betreffend die Errichtung von Konsulaten Zusicherungen abzugeben.⁷ Er habe seinerzeit nach dem Besuch Grotewohls meinen Amtsvorgänger lediglich über das Ergebnis der Besprechungen mit diesem unterrichtet.⁸ Aus diesem Grunde habe es den Präsidenten selbst und die VAR-Regierung sehr verbittert, daß ihm in der deutschen Presse sozusagen die Nichteinhaltung einer angeblich von ihm gegebenen Zusage vorgeworfen wird, verbunden mit einer gewissen Drohung seitens eines Sprechers des Auswärtigen Amts, daß man nicht untätig bleiben werde.⁹ Die Regierung habe nicht die Absicht gehabt, diese Angelegenheit überhaupt in der Presse zu behandeln, sei aber durch die Veröffentlichungen in Deutschland und die Erklärung des Sprechers des Auswärtigen Amts zu der heute morgen in der Presse erschienenen Erwiderung gezwungen worden (Wortlaut am Schluß des Drahtberichts).

2) Ich erwiderte Ali Sabri, daß ich seiner Argumentation mit Befriedigung entnähme, daß der Präsident nach wie vor zu seiner damals abgegebenen Erklärung stehe, die SBZ-Regierung nicht völkerrechtlich anzuerkennen. Auf deutscher Seite hätte man bei Erhalt der Nachricht von der Errichtung des SBZ-Konsulats in Damaskus möglicherweise unter dem Eindruck gestanden, daß dieses eine grundsätzliche Änderung in der Politik des Präsidenten bezüglich der Anerkennung der SBZ einleite.¹⁰ Nachdem dieses Mißverständnis durch seine heutigen Feststellungen ausgeräumt sei und er mir ferner mitgeteilt habe, daß im Rahmen dieser generellen politischen Linie des Präsidenten die Genehmigung zur Errichtung einer konsularischen Vertretung in Damaskus zwecks reibungsloser Abwicklung

7 Botschafter Becker, Kairo, berichtete am 9. Januar 1959, der Minister für Präsidialangelegenheiten der VAR, Ali Sabri, habe ihm gegenüber ausgeführt, daß Präsident Nasser den Wunsch des Ministerpräsidenten Grotewohl nach „Anerkennung DDR und Aufnahme diplomatischer Beziehungen [...]“ beharrlich abgelehnt“ habe. Zu den Vereinbarungen mit Grotewohl habe Sabri erläutert: „Nur ein Generalkonsulat in Kairo, in Damaskus nur Handelsbüro. Funktionen Generalkonsulats sind nicht genau definiert, im wesentlichen sind sie Aufgaben Handelsvertretung, aber Visaerteilung. Kein Exequatur. [...] Gyptner habe zwar ad personam Botschaftertitel, Verwendung Dienstbezeichnung Plénipotentiaire sei ihm aber abgelehnt worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 28; B 130, Bd. 8447 B (Ministerbüro).

8 Präsident Nasser erläuterte am 10. Januar 1959 im Gespräch mit Botschafter Becker, Kairo, „nahezu das ganze dreistündige Gespräch mit Grotewohl habe sich um dessen Drängen auf Anerkennung der DDR und Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit ihr bewegt“. Er, Nasser, habe dem Ministerpräsidenten der DDR „mit aller Entschiedenheit erklärt, die VAR halte an ihrem bisherigen Standpunkt fest, die DDR nicht völkerrechtlich anzuerkennen. Seine Regierung wolle nicht dazu beitragen, die Teilung Deutschlands zu verlängern“. Nasser führte weiter aus, die Errichtung eines Generalkonsulats – „Nasser wiederholte dabei die These von dessen Verlegung von Damaskus nach Kairo“ – stelle „nach dem Rechtsgutachten des Außenministers Dr. Fawzi keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR dar“. Vgl. die Aufzeichnung von Becker, z. Z. Bonn, vom 18. Januar 1959; B 130, Bd. 8447 B (Ministerbüro).

9 In einer Pressemeldung vom 12. Mai 1961 wurden Äußerungen eines Sprechers des Auswärtigen Amts wiedergegeben, daß die Umwandlung der Handelsvertretung der DDR in Damaskus in ein Konsulat „um so unerwarteter“ komme, als die Bundesregierung 1959 von Präsident Nasser „die feste Zusicherung erhalten habe, daß keine weitere Änderung des Status der SBZ-Vertretungen in der Vereinigten Arabischen Republik erfolgen werde“. Die Bundesregierung werde in dieser Angelegenheit „nicht untätig bleiben“. Vgl. die Meldung Nr. 1205-129, Informationsfunk der Bundesregierung, Nr. 108 vom 12. Mai 1961; B 12 (Referat 708), Bd. 1182.

10 Generalkonsul Fechter, Damaskus, berichtete am 9. Mai 1961: „Soeben teilte Protokollchef Werner inoffiziell mit, daß vor drei Tagen Note VAR-Außenministeriums eingegangen sei, wonach Kairo SBZ-Konsulat in Damaskus unter Leitung Karl Geile zugestimmt habe. Zusammen mit Note sei für Geile von VAR-Außenministerium Mitte April ausgestelltes Exequatur übersandt worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 51; VS-Bd. 2956 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

der Handelsbeziehungen von den zuständigen Behörden als Routineangelegenheit behandelt worden sei, würde ich meine Regierung unverzüglich entsprechend unterrichten.

Ich erklärte ferner, daß ich auf seine Argumentation im einzelnen jetzt nicht eingehen wolle. Selbst bei Würdigung der von ihm vorgebrachten Gesichtspunkte könne ich es aber nur schwer verstehen, daß man es seitens der für diese Maßnahme zuständigen Behörden nicht für nötig befunden habe, uns angesichts der nach dem Grotewohl-Besuch erfolgten Unterrichtung über den jetzigen Entschluß vor seiner Durchführung zu informieren.

Ich könnte ferner nicht verschweigen, daß die Tatsache der Errichtung eines weiteren Konsulats der SBZ in der VAR von uns als ein Schritt in falscher Richtung betrachtet würde, von dem wir angesichts der Stellung der VAR im neutralistischen Lager Rückwirkungen auf andere neutralistische Staaten befürchten müßten. Wie dem Präsidenten und der VAR-Regierung wohlbekannt sei, sei die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands für die Bundesregierung das Zentralproblem ihrer Politik und eine Existenzfrage für das deutsche Volk. Alles, was diese willkürliche und widerrechtliche Trennung Deutschlands in zwei Teile fördere, werde von der Bundesregierung und vom ganzen deutschen Volk verurteilt. Die Reaktion, die diese Maßnahme, selbst wenn sie nicht böse gemeint war, bei der Regierung und dem deutschen Volk hervorgerufen habe, könne daher kein Anlaß zum Erstaunen sein.

Ich gab zum Schluß meiner Hoffnung Ausdruck, daß unter den von mir dargelegten Gesichtspunkten die Angelegenheit seitens der VAR nicht zum Gegenstand weiterer Erklärungen gemacht werde, die den schon entstandenen Schaden noch vergrößern würden.

Ich stellte dabei insbesondere ab auf die heute abend im Parlament erwartete Erklärung des stellvertretenden Außenministers Zulfikar Sabri zu einer offensichtlich in diesem Zusammenhang bestellten parlamentarischen Anfrage über die politischen Beziehungen zwischen der VAR und der Bundesrepublik.

Nach dem vorher Gesagten würde ich es für das Zweckmäßigste halten, wenn ich zwecks Besprechung der ganzen Angelegenheit sofort zur Berichterstattung nach Bonn kommen würde, ohne abzuwarten, bis der Präsident mich nach Ablauf der Staatsbesuche empfangen kann, zumal Ali Sabri mich im ausdrücklichen Auftrage des Präsidenten empfangen und über dessen Standpunkt unterrichtet hat.¹¹

2) Wortlaut der hiesigen Erwiderung auf die Erklärung eines Sprechers des Auswärtigen Amts vom 13. Mai, die über die halbamtlche Nachrichtenagentur MEN¹² verbreitet und heute ganz oder auszugsweise in der gesamten Presse veröffentlicht wurde, wie folgt:

¹¹ Ministerialdirektor Duckwitz informierte Botschafter Weber, Kairo, am 16. Mai 1961, das Auswärtige Amt sei mit seinem „sofortigen Herkommen einverstanden“, wenn er dies „nach pflichtgemäßer Abwägung der Umstände für erforderlich“ halte. Duckwitz bat darum, vorher zu klären, ob tatsächlich, wie vom Generalkonsulat in Damaskus gemeldet, „über Vorbehaltserklärung hinsichtlich Nichtanerkennung SBZ bei Erteilung Exequaturs wie im Falle SBZ-Generalkonsulats Kairo nichts bekannt ist. Da dies wichtigen Punkt bildet, glauben wir, auf eine solche Einschränkung im Falle Damaskus ebenso wie im Falle Kairo entscheidenden Wert legen zu müssen.“ Vgl. den Drahterlaß; B 130, Bd. 8447 B (Ministerbüro).

¹² Middle East News.

Eine verantwortliche Quelle erklärte gestern, daß die aus Bonn eingetroffenen Informationen über die Reaktion auf die Eröffnung eines ostdeutschen Konsulats in Damaskus in Kairo großes Erstaunen hervorgerufen haben.

- 1) Eine Quelle im Bonner Außenministerium hat erklärt, daß die Errichtung eines Konsulats in Damaskus im Gegensatz zu einem Versprechen stünde, das die deutsche Regierung angeblich von äußerst zuverlässigen Quellen in Kairo erhalten hat. Ein derartiges Versprechen ist in keiner Weise abgegeben worden. Es ist vielmehr bekannt, daß Kairo seinen politischen Schritten keine Fessel auferlegt außer solchen, die es selbst als wahre Eingebung seiner unabhängigen Politik empfindet.
- 2) In den Darlegungen der Quelle des Bonner Außenministeriums zu der Frage der Eröffnung eines Konsulats in Damaskus sind Äußerungen enthalten, die den Sinn der Andeutung einer Drohung haben könnten. Wer die Politik der VAR kennt, weiß genau, daß Drohungen ein untaugliches Mittel zur Ausübung von Druck auf sie sind.
- 3) Die freundschaftliche Politik gegenüber Deutschland und seinem Volk ist eine Politik, die das Volk der VAR aus Überzeugung und im Wunsch nach gegenseitig zufriedenstellender Zusammenarbeit eingeschlagen hat. Aber sie ist die Folge einer Überzeugung, nicht die einer Bindung durch nicht gemachte Versprechen oder einer Drohung mit wirkungslosem Druck.

[gez.] Weber

VS-Bd. 2956 (700)

149

Generalkonsul Fechter, Damaskus, an das Auswärtige Amt

114-3304/61 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 55
Citissime

Aufgabe: 15. Mai 1961, 15.00 Uhr¹
Ankunft: 15. Mai 1961, 18.31 Uhr

Bezug: Drahtbericht Nr. 54 vom 13.²

Halte mich – auch aufgrund sechsjähriger Erfahrungen in SBZ-Frage – für verpflichtet, folgendes vorzutragen:

¹ Hat Gesandtem Ritter vorgelegen.

² Generalkonsul Fechter, Damaskus, teilte mit, daß eine ägyptische Pressemeldung vom Vortag, „wonach Innenminister Sarraj ein Abkommen zur Errichtung SBZ-Konsulats in Damaskus“ angekündigt habe, [...] von zuständiger Seite Innenministeriums als auch Präsidentschaftskanzlei als „Falschmeldung“ bezeichnet“ worden sei. Er halte die Versicherungen der Regierungsstellen in Syrien, daß sie weder „von Vorhaben in Kenntnis [gesetzt] noch gar vor Entscheidung in Kairo gefragt worden seien“, für glaubwürdig: „Protokollchef räumte ein, daß Sarraj zwar für alle arabischen Angelegenheiten betreffend Libanon, Jordanien, Irak, Israel und Türkei zuständig sei und insoweit von Kairo konsultiert [werde], daß aber Frage SBZ, die gewiß Politikum erster Ordnung sei, einzig und allein in Kairo entschieden werde“. Vgl. B 130, Bd. 8447 B (Ministerbüro).

- 1) Hiesigem Protokoll über Vorbehaltserklärung hinsichtlich Nichtanerkennung bei Erteilung Exequaturs wie im Fall SBZ-Generalkonsulats Kairo³ nichts bekannt. Bei Fehlen diesbezüglicher amtlicher Verlautbarung dürfte völkerrechtliche Anerkennung impliziert sein.
- 2) Fall auch deshalb gravierend, weil nun erstmals an einem politisch umstrittenen Ort Vertreter SBZ und Vertreter Bundesrepublik gleichberechtigte Mitglieder Konsularkorps.
- 3) Fall hat nicht nur lokale Bedeutung, sondern muß im Zusammenhang mit allgemeiner, von Sowjets unterstützter neuer Initiative der SBZ gesehen werden, die zunächst an einer Stelle geringsten Widerstands angesetzt wurde. Nächster Ansatzpunkt entsprechend Berichterstattung Beirut⁴ voraussichtlich Libanon.⁵ Einfache Hinnahme müßte andere Staaten geradezu ermuntern, nunmehr ebenfalls wenigstens Konsulate der SBZ zuzulassen. Mit solcher Häufung dürfte Punkt bald erreicht sein, wo Quantität in Qualität (Anerkennung) umschlägt.
- 4) Drahtbericht Kairo Nr. 36 vom 13.⁶ läßt erhebliche Zweifel aufkommen, ob bisherige, auch hier geteilte Auffassung, wonach Nasser 1959 bindende Zusicherungen oder Versprechungen für Zukunft abgegeben hat, überhaupt zutrifft. Taktik, von Widerspruch zu Zusicherungen des Präsidenten zu sprechen und Akzent fast ausschließlich hierauf zu legen, dürfte daher kaum durchzuhalten sein, ohne Prestige Nassers zu sehr zu engagieren und Möglichkeit und Wirkung grundsätzlichen Protests zu verringern.
- 5) Hinsichtlich Reaktion stehen wir vor folgendem Dilemma:
 - a) Rückzug der Bundesrepublik, insbesondere wirtschaftlich, würde Sowjets in die Hände spielen, denen dann so entscheidendes Projekt wie Euphrat-Damm⁷ wahrscheinlich zufallen würde. Halte daher – auch im Hinblick auf Zukunft Syriens – grundsätzliches Festhalten an diesem Projekt für erforderlich.
 - b) Unsererseits verlieren wir nicht nur hier Gesicht und werden hinsichtlich Wiedervereinigungspolitik unglaublich, wenn wir eine so brüskierende Mißachtung vitaler Interessen unmittelbar vor von VAR gewünschten Verhandlungen über weitere Entwicklungshilfe hinnehmen.

³ Zur Vereinbarung vom Januar 1959 über die Errichtung eines Generalkonsulats der DDR in Kairo und zu den dabei getroffenen Absprachen vgl. Dok. 15, Anm. 5, und Dok. 148, Anm. 7 und 8.

⁴ Botschafter Schwarzmüller, Beirut, gab am 15. Mai 1961 Stimmen in der libanesischen Presse wieder. In einem Leitartikel werde ausgeführt, „die Bundesregierung erwarte von den Arabern, daß sie sich gegenüber deutschen Leistungen an Israel und angesichts so unfreundlicher Schritte wie der Verhaftung der drei FLN-Vertreter durch deutsche Justizorgane ruhig verhalten, fordere aber gleichzeitig, daß die arabischen Staaten sich für die deutsche Frage interessierten. Bonn müsse [...] endlich begreifen, daß die Politik der gegenseitigen Verständigung in beiden Richtungen betrieben werden müsse.“ Die Tageszeitung „Beirut-Massa“ bezeichne in einem Kommentar „die Vorstellungen in Kairo als „eine flagrante Einmischung in unsere Angelegenheiten“. Bonn müsse begreifen, daß die Araber von niemandem Befehle entgegennähmen. Da die Bundesregierung sich weigere, den arabischen Standpunkt in der Palästinafrage zu teilen, welches Recht habe sie dann, die Nichtanerkennung Pankows zu verlangen?“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 494; B 12 (Referat 708), Bd. 1181.

⁵ Zu den Bemühungen der DDR um eine Aufwertung ihrer Handelsvertretung im Libanon vgl. Dok. 151.

⁶ Der Drahtbericht Nr. 465 des Botschafters Weber, Kairo, vom 13. Mai 1961, wurde als Drahtbericht Nr. 36 an die Botschaft in Damaskus übermittelt. Vgl. VS-Bd. 6109 (Botschaft Damaskus). Für einen Auszug vgl. Dok. 148, Anm. 1.

⁷ Zum Euphrat-Damm-Projekt vgl. Dok. 122.

Vorschlage daher nochmals, als sofortige erste Reaktion Boghdadi-Besuch⁸ mit Entschuldigung Wahlkampf⁹ o.dgl. evtl. auf Herbst zu verschieben. In Verschiebung liegendes Risiko müßten wir wohl eingehen. Achtungsgewinn wird sich auf jeden Fall vorteilhaft auswirken.

Vorschlag, mich zur Berichterstattung nach Bonn zu berufen¹⁰, zielte – wie früher ausgeführt – lediglich darauf, in Syrien entsprechende sofortige Reaktion zu dokumentieren, und war selbstverständlich weder als einzige noch als adäquate Maßnahme gedacht.

6) Über solche für die Wahrung unseres Ansehens erforderlichen Reaktionen hinaus sollten weitere Schritte zur Abschreckung vor endgültiger Anerkennung SBZ erwogen werden. Wirksame Gegenmaßnahmen dürften nicht auf wirtschaftlichem, sondern auf politischem Gebiet, und zwar dem der Beziehungen zu Israel liegen. Zwar scheiden wegen zu befürchtender Folgen Verlängerung Wiedergutmachungsabkommens¹¹ und Aufnahme diplomatischer Beziehungen aus, aber man könnte deutlich machen, daß wirtschaftlich wiedererstarkte Bundesrepublik israelischem Drängen kaum noch Widerstand entgegensetzen kann, wenn Kairo fortfährt, vitale Interessen Bundesrepublik zu mißachten. Furcht vor intensiver deutsch-israelischer Zusammenarbeit ist wenigstens in Syrien ein Faktum.

7) Zulassung israelischen Generalkonsulats und Konsulats wäre daher adäquate Gegenmaßnahme. Diese Sprache ist wohl die einzige, die hier verstanden wird, wenn auch mit heftigen gefühlbetonten Reaktionen gerechnet werden müßte, wobei Zulassung nur eines Konsulats vermutlich geringeres Risiko enthielte.

8) Auf jeden Fall darf ich empfehlen, schon um Reaktionen abzutasten, Kairo direkt oder über Presse wissen zu lassen, daß Bundesrepublik nunmehr Zulassung israelischen Generalkonsulats in Bonn und/oder Konsulats in Hamburg oder Frankfurt erwägen müsse. Echo würde zeigen, welche Handlungsfreiheit wir noch besitzen.

Gleichlautend Kairo.¹²

[gez.] Fechter

VS-Bd. 2956 (700)

⁸ Zu dem für Mitte Juni 1961 geplanten Besuch des Vizepräsidenten der VAR, Boghdadi, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 122, Anm. 6.

⁹ Am 17. September 1961 fanden die Wahlen zum Deutschen Bundestag statt.

¹⁰ Generalkonsul Fechter, Damaskus, legte am 12. Mai 1961 dar: „Im Hinblick auf von Nasser offensichtlich angewandte Salami-Taktik muß befürchtet werden, daß im Fall ungenügender Reaktion unsererseits nächster Schritt volle Anerkennung Sowjetzonen-Regierung sein wird.“ Er schlug daher seine Einberufung nach Bonn vor, um auch „syrischen Wortführer für Wirtschaftsverhandlungen, Izzedine, und ihr stützenden Kreis nachhaltig zu beeindrucken“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 52; B 12 (Referat 708), Bd. 1182.

¹¹ Gemäß Artikel 3 des Luxemburger Abkommens vom 10. September 1952 wurde 1963 die letzte Jahresrate fällig. Vgl. dazu Dok. 132, Anm. 3.

¹² Botschafter Weber, Kairo, sah sich am 16. Mai 1961 veranlaßt, „pflichtgemäß und im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung nachdrücklich darauf hin[zul]eisen“, daß er die von Generalkonsul Fechter, Damaskus, vorgeschlagenen Maßnahmen aus „eingehender Kenntnis der hiesigen Mentalität [...] für abwegig und äußerst gefährlich halte. Sie würden genau das Gegenteil des mit ihnen beabsichtigten Zweckes bewirken und darüber hinaus Auswirkungen auf unser Verhältnis zu allen anderen arabischen Staaten haben.“ Weber bat erneut „dringend darum, [...] vor dortigen Entscheidungen Gelegenheit zur sofortigen mündlichen Berichterstattung“ zu bekommen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 470; VS-Bd. 2956 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

Weber und Fechter trafen am 17. Mai 1961 in der Bundesrepublik ein und kehrten am 31. Mai bzw. 1. Juni 1961 auf ihre Posten zurück.

150

**Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem
Berater des amerikanischen Präsidenten, Kissinger**

Geheim**18. Mai 1961¹**

Am Donnerstag, dem 18. Mai, von 10.00 bis 11.30 Uhr, empfing der Herr Bundeskanzler Herrn Prof. Kissinger zu einem Gespräch², an dem der amerikanische Gesandte Morris, der Unterzeichneter³ und gegen Ende des Gesprächs der Herr Bundesaußenminister teilnahmen.

Herr Kissinger, der auf eine Frage des Herrn Bundeskanzlers gesagt hatte, daß er die Hälfte seiner Zeit in Harvard und die andere Hälfte in Washington verbringe, erklärte, zu zwei Fragen Stellung nehmen zu wollen:

- a) zur Verteidigungs- und NATO-Politik,
- b) zu Berlin.

a) In manchen europäischen Ländern werde befürchtet, daß die USA ihre Atomwaffen einseitig aus der vorderen Linie (nach Frankreich, Holland) zurückziehen, also eine Art einseitigen Rapacki-Planes⁴ durchführen könnten. Er möchte dem Herrn Bundeskanzler versichern, daß derartige Gedanken nicht verworfen worden seien, da man sie überhaupt nie ernsthaft diskutiert habe.⁵ Der Herr Bundeskanzler warf ein, daß die europäischen Truppen nicht schlechter ausgerüstet sein dürften als die amerikanischen. Herr Kissinger stimmte dem zu. Norstad und Finletter, die er gerade gestern gesprochen habe, seien derselben Meinung. Das einzige Problem sei die Kontrolle über die Sprengkörper. Das jetzige System des doppelten Vetos⁶ habe sich bisher bewährt.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, am 23. Mai 1961 gefertigt.
Hat Bundeskanzler Adenauer vorgelegen.

² Der Berater des amerikanischen Präsidenten, Kissinger, hielt sich im Rahmen einer Europa-Reise bereits vom 10. bis 12. Mai 1961 in der Bundesrepublik auf und reiste anschließend nach Großbritannien. Vgl. dazu den Artikel „Kennedy-Berater Kissinger bei Strauß“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 12. Mai 1961, S. 2.

Am 15. Mai 1961 führte Kissinger ein Gespräch mit dem Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium, de Rose, in Paris. Vgl. dazu DOKUMENTE ZUR EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK, Kapitel 10, Dok. 16.

³ Horst Osterheld.

⁴ Zu den Vorschlägen des polnischen Außenministers Rapacki für eine kernwaffenfreie Zone in Europa vgl. Dok. 29, Anm. 7.

⁵ In der Presse wurde berichtet, der Berater des amerikanischen Präsidenten, Kissinger, habe nach Gesprächen mit Bundesminister Strauß, „Wehner und Helmut Schmidt von der SPD, Mende, Dehler, Döring und Schultz von der FDP, ferner mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Birrenbach“ vom 10. bis 12. Mai 1961 klargestellt, daß das amerikanische Beharren auf Verstärkung der konventionellen Kräfte der NATO-Mitgliedstaaten keineswegs bedeute, daß die atomaren Waffen zurückgezogen werden sollten: „Die Stärkung der konventionellen Kräfte ist nötig, [...] damit die atomare Schwelle für einen allgemeinen Krieg heraufgesetzt wird und damit die Sowjets in dem Zeitraum vor atomaren Gegenschlägen nicht räumliche Pfänder in die Hand bekommen.“ Wörtlich habe Kissinger ausgeführt: „Die Pause vor dem atomaren Schlag heißt nicht, daß nach unserer Ansicht die Sowjets bis an den Rhein gehen können und dann erst atomare Waffen eingesetzt werden“. Vgl. den Artikel „Kissinger: Atom-Entscheidung bei der politischen Führung“, DIE WELT vom 13. Mai 1961, S. 5.

⁶ Vgl. dazu die Beschlüsse der Tagung der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vom 16. bis 19. Dezember 1957 in Paris; Dok. 60, Anm. 12.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte Herrn Kissinger, ob er auch mit Herrn Stikker gesprochen habe (was Kissinger verneinte). Stikker habe ihm mitgeteilt, daß er Ende des Jahres einen militärischen Plan vorlegen müsse, aber keinen einzigen Offizier in seinem Stabe habe.⁷ Stikker müsse einen Apparat haben, mit dem er arbeiten könne, dann werde er seine Aufgaben mit Elan und Erfolg anpacken.

Kissinger sagte, daß nach Finletters Ansicht Herr Stikker vielleicht mit einem engeren Rat von NATO-Botschaftern (in wechselnder Zusammensetzung) umgeben werden solle. Der Herr *Bundeskanzler* fand diesen Vorschlag nicht gut. Einmal seien die Botschafter keine Sachverständigen, außerdem müsse bei wechselnder Teilnahme immer wieder von vorn angefangen werden.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte dann, daß die USA in der NATO endlich führen müßten, zwar auf eine nette Weise, aber doch die Führung übernehmen müßten, da sie die stärkste Macht seien. Washington habe die NATO vernachlässigt. Er schätzte Herrn Spaak sehr, aber Spaak sei doch mehr ein Redner als ein Schreiber (im guten Sinne), und Stikker müsse praktisch von vorn anfangen. Die amerikanische Regierung sollte sich mit ihm aussprechen und sollte ihm beim Aufbau seines Apparates helfen (Militärberater, die zum Generalsekretariat Delegierten brauchten⁸ bessere Bezahlung). *Kissinger* erwiderete, daß die neue amerikanische Regierung auf NATO großen Wert lege und einen guten NATO-Botschafter ernannt habe. Der Herr *Bundeskanzler* stimmte dem zu und sagte, daß es wirklich wichtig sei, bessere NATO-Botschafter zu entsenden. Darüber hinaus müsse Stikker wissen, daß die Großmächte hinter ihm stünden. *Kissinger* fragte, ob Änderungen im NATO-Generalsekretariat de Gaulles Bedenken gegen NATO nicht noch steigern könnten. Der Herr *Bundeskanzler* meinte, daß man das hinnehmen müsse.

Auf die Frage *Kissingers*, ob durch Schaffung von Militärberaterstellen im Stabe Stikker nicht auch Schwierigkeiten mit Norstad entstehen könnten, meinte der Herr *Bundeskanzler*, daß sich die beiden Herren – Norstad und Stikker –⁹ gut verstünden. Er habe im vergangenen Jahr mit beiden über den Norstad-Plan¹⁰ gesprochen.¹¹ Dabei seien alle drei derselben Ansicht gewesen. Norstad sei ein bemerkenswerter Mann mit gutem politischen Gefühl. Herr *Kissinger* sagte zu, die o. a. Anregungen in Washington vorzutragen. Kennedy sei an allem interessiert, was NATO stärken könne. Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob Kissinger einverstanden sei, wenn er Herrn Stikker über dieses Gespräch berichte und anrege, einen Organisationsplan für das Generalsekretariat vorzulegen; er habe den Eindruck, daß die amerikanische Regierung hinter ihm stehe. *Kissinger* war einverstanden.

⁷ Bundeskanzler Adenauer traf am 13. Mai 1961 mit NATO-Generalsekretär Stikker in Menaggio zusammen.

⁸ Die Wörter „die zum Generalsekretariat Delegierten brauchten“ wurden von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt.

⁹ Die Wörter „– Norstad und Stikker –“ wurden von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt.

¹⁰ Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Herter-Plan“.

¹¹ Zu den Vorschlägen des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Norstad, vgl. Dok. 24, Anm. 10.

¹¹ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Norstad, und dem niederländischen NATO-Botschafter Stikker am 9. September 1960 in Menaggio vgl. Dok. 56, Anm. 39.

b) Kissinger ging sodann auf die Berlin-Frage ein. Minister Strauß habe ihm erklärt, er glaube nicht, daß die Amerikaner Berlin verteidigen würden, und daß es den Russen gelingen werde, ihren Willen mit Hilfe der Salamataktik durchzusetzen, ohne daß jemals der *Casus belli* in Betracht käme. Er, Kissinger, habe sich in Washington sehr mit der Berlin-Frage beschäftigt und kenne die Haltung seiner Regierung genau. Wenn es überhaupt eine Sache gebe, für die sich die Amerikaner einsetzen würden, so sei es Berlin. Die neue Regierung sei darin noch entschlossener als die vorherige.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, daß Dulles ihm dasselbe gesagt habe. Unter Herter habe sich die Lage dann geändert, jetzt knüpfte man wieder an Dulles an. 1960 seien Eisenhower und Macmillan in einem Gespräch zu vier¹² so vorsichtig gewesen, daß er, der Herr *Bundeskanzler*, den Eindruck gewonnen habe, Eisenhower könnte Chruschtschow in Camp David¹³ einiges zugesagt haben, was Chruschtschow in seinem Sinne auslegen konnte. Er – Adenauer – sei der Ansicht,¹⁴ Chruschtschow werde es aber wegen Berlin nicht zum Kriege kommen lassen.

Der Herr *Bundeskanzler* las Herrn Kissinger dann den Drahtbericht 251 vom 17. Mai aus New York¹⁵ vor, in dem von „Brandt-Vorschlägen“ gesprochen wurde, und fragte, ob Herr Kissinger sie kenne. Kissinger verneinte das. Brandt habe zwar einmal davon gesprochen, die Ostzone anzuerkennen gegen die Freigabe eines Korridors nach Berlin; das sei aber wohl nicht gemeint. Der Herr *Bundeskanzler* meinte, ein derartiger Vorschlag werde weder von der BRD noch von Frankreich akzeptiert. De Gaulle habe ihm erklärt, daß Frankreich immer für die Wiedervereinigung eintreten werde, damit die Russen nicht eines Tages am Rhein stehen.

Kissinger sagte, der Unterschied zwischen der alten und der neuen amerikanischen Regierung bestehe darin, daß man zwar zu Verhandlungen bereit sei, aber wisse, daß es keinen Trick gibt, um die Sowjets zu übervorteilen. Auf der anderen Seite erkenne man ganz klar, daß auf die Alliiertenrechte und auch auf die Rechte für den Zivilverkehr (der Herr *Bundeskanzler* erinnerte an das

¹² Die Wörter „in einem Gespräch zu vier“ wurden von *Bundeskanzler* Adenauer handschriftlich eingefügt.

Zu dem Gespräch am 15. Mai 1960 in Paris vgl. FRUS 1958–1960, IX, Dok. 161, S. 417–422. Vgl. dazu auch DDF 1960, I, S. 648–653. Vgl. dazu außerdem DBPO III/VI, Dok. 199.

¹³ Ministerpräsident Chruschtschow hielt sich vom 15. bis 27. September 1959 in den USA auf und traf – nach einem ersten Gespräch am 15. September in Washington – am 26./27. September 1959 mit Präsident Eisenhower in Camp David zusammen. Vgl. dazu FRUS 1958–1960, IX, Dok. 13–16, S. 35–52. Vgl. dazu ferner FRUS 1958–1960, X/1, Dok. 109, S. 392–402, Dok. 111, S. 409 f., Dok. 129–131, S. 459–469, und Dok. 133 sowie Dok. 134, S. 477–483. Vgl. dazu außerdem FRUS 1958–1960, XIX, Dok. 301, S. 595–598.

¹⁴ Dieser Teilsatz wurde von *Bundeskanzler* Adenauer handschriftlich eingefügt.

¹⁵ Botschaftsrat I. Klasse Frank, New York (UNO), berichtete über Äußerungen eines Mitglieds der sowjetischen Ständigen Vertretung bei der UNO gegenüber einem „befreundeten Journalisten im Zusammenhang mit der geplanten Begegnung Chruschtschow–Kennedy“. Der sowjetische Diplomat habe u. a. ausgeführt: „Der Regierende Bürgermeister Brandt habe Gedanken entwickelt, die unter Umständen die Grundlage für eine Berlin-Lösung abgeben könnten, die es Chruschtschow erlaube, sich ohne Gesichtsverlust aus dieser Affäre zu ziehen. Allerdings bedürften die Vorstellungen von Herrn Brandt noch der Präzisierung und Ergänzung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 251; B 130, Bd. 8464 A (Ministerbüro).

Abkommen von 1949¹⁶) nicht verzichtet werden könne. Er sei sicher, daß Kennedy Chruschtschow auf die amerikanische Entschlossenheit in dieser Frage hinweisen werde.¹⁷

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, es sei gut, wenn Chruschtschow erfuhr, daß sich die amerikanische Haltung seit Herter geändert habe, und fragte dann, ob die vertragliche Festlegung des gegenwärtigen Zustandes vielleicht eine Lösung darstellen könnte. Auf Einwurf Kissingers, daß das zur Anerkennung der SBZ führen werde, meinte der Herr *Bundeskanzler*, daß es wohl doch nur eine indirekte Anerkennung enthalten könnte, da das Abkommen zwischen den Vier Mächten beschlossen werden müsse. Das Problem der Anerkennung müsse noch geprüft werden.

Der Herr *Bundeskanzler* ging sodann auf die Rede Kissingers in Oslo¹⁸ ein; Kissinger habe erklärt, daß es unmöglich geworden sei, den Gegner so auszuschalten, daß er den Angreifer im Gegenschlag nicht noch tödlich treffen könne. Kissinger sagte, diese Entwicklung werde in zwei bis drei Jahren wahrscheinlich eingetreten sein. 1964 würden mindestens 50% der amerikanischen Waffen einen russischen Angriff überleben. Vielleicht seien bis dahin auch die Russen soweit; z. Z. könnte ein amerikanischer Schlag noch mindestens 75% der russischen Waffen vernichten.

Auf den Einwurf des Herrn *Bundeskanzlers*, daß die Atomwaffen dann eigentlich nutzlos geworden seien, meinte Kissinger, daß sich die Strategie eben anpassen müsse. Die Verteidigung müsse glaubhaft sein. Bei den Russen dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß die Amerikaner nicht wagen würden, ihre Atomwaffen einzusetzen. Deshalb müßten konventionelle Kräfte, die mit taktischen Atomwaffen versehen werden sollten, aufgebaut werden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, daß er Dulles einmal gefragt habe, wie die Amerikaner reagieren würden, wenn eine Wasserstoffbombe auf New York, Washington oder Detroit niederginge. Dulles habe geantwortet, daß sie dann noch tapferer weiterkämpfen würden.¹⁹ Kissinger sagte, er würde genauso denken. Im Grunde sei das der einfachste Fall. Keine amerikanische Regierung würde oder könnte auch nur zögern zu kämpfen. Dasselbe gelte übrigens, wenn in Europa russische Atombomben fielen. Die BRD würde in einem solchen Fall wie ein amerikanischer Staat angesehen werden. Die Schwierigkeit liege darin, den Russen diese Entschlossenheit bei den zu erwartenden Veränderungen der strategischen Lage klarzumachen. Man müsse in der Lage sein, einem konventionellen Angriff auch konventionell zu begegnen; Atomwaffen würden erst eingesetzt werden, wenn es auch die Gegenseite tue. Der Herr *Bundeskanzler*

¹⁶ Zum Vier-Mächte-Abkommen vom 4. Mai 1949 über die Beendigung der Blockade von Berlin vgl. Dok. 6, Anm. 6.

¹⁷ Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chruschtschow trafen am 3./4. Juni 1961 in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 170.

¹⁸ In der Presse wurde berichtet, daß ein Vortrag des Beraters des amerikanischen Präsidenten in Oslo „viel beachtet“ worden sei, in dem Kissinger hervorgehoben habe, daß eine konventionelle Rüstung ohne Atomwaffen für die NATO-Mitgliedstaaten nicht ausreiche. Das Bündnis müsse die Möglichkeit haben, „einen begrenzten Krieg auch mit Atomwaffen zu führen“. Vgl. den Artikel „Kennedy-Berater Kissinger bei Strauß“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 12. Mai 1961, S. 2.

¹⁹ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Außenminister Dulles am 8. Februar 1959; FRUS 1958–1960, VIII, Dok. 167, S. 345–348.

meinte, auch er sei für eine stärkere konventionelle Rüstung. *Kissinger* erklärte, die konventionelle Rüstung solle kein Ersatz für atomare Rüstung sein, sie sei aber eine notwendige Verstärkung.

Der Herr *Bundeskanzler* kam sodann auf die Zeitungsmeldungen über einen Vorschlag Kennedys betreffend multilaterale NATO-Seestreitkräfte²⁰ zu sprechen. Man müsse abwarten, wie die Erklärung wirklich laute.²¹ Er begrüße sie jedenfalls; sie käme den Vorstellungen Norstads sehr nahe. Herr *Kissinger* müsse nämlich die Sorgen der Europäer verstehen. Es könne im Ernstfall auf Stunden und Minuten ankommen, und es sei denkbar, daß der amerikanische Präsident keine Entscheidung treffen könne. Die Frage der Befehlsgebung in der NATO sei daher lebensnotwendig. *Kissinger* erwiderte, im neuen Budget seien beträchtliche Mittel vorgesehen²², um die Möglichkeit auszuschalten, daß der amerikanische Präsident keine Entscheidung treffen könne.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte daraufhin, ob *Kissinger* glaube, daß Eisenhower eine solche Entscheidung getroffen haben würde. *Kissinger* bejahte das; in diplomatischen Fragen sei Eisenhower labil gewesen; wenn es aber zu militärischen Entwicklungen gekommen wäre, hätte er sich sicher entschlossen gezeigt. Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe das nur angeführt, um Herrn *Kissinger* die Überlegungen mancher Europäer (beispielsweise de Gaulles) deutlich zu machen. Alle vier Jahre werde in den USA ein neuer Präsident gewählt, und dann sei Europa jedesmal in großer Sorge. *Kissinger* meinte, keiner der letzten Präsidentschaftskandidaten würde s. E. geschwankt haben, wenn es um eine solche Entscheidung gegangen wäre. Es sei wichtig für Amerika, zu verstehen, daß Europa praktisch kein Ausland mehr sei; ebenso wichtig sei es aber, daß die Europäer darauf vertrauten, daß Amerika sie ebenso wie sich selbst verteidigen werde. Wenn eine NATO-Atommacht geschaffen werde, müsse es ganz klar-

²⁰ Vgl. dazu den Artikel „Kennedy fordert Ausbau der NATO“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. Mai 1961, S. 1.

²¹ Am 17. Mai 1961 führte Präsident Kennedy vor dem kanadischen Parlament in Ottawa zur Zukunft der NATO aus, zum einen müsse die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit im konventionellen Bereich höchste Priorität haben, zum anderen müßten nukleare Waffen zur Verteidigung des gesamten NATO-Territoriums zur Verfügung stehen: „To make clear our own intentions and commitments to the defense of Western Europe, the United States will commit to the NATO command five – and subsequently still more – Polaris atomic-missile submarines, which are defensive weapons, subject to any agreed NATO guidelines on their control and use [...]. Beyond this, we look to the possibility of eventually establishing a NATO sea-borne force, which would be truly multi-lateral in ownership and control, if this should be desired and found feasible by our Allies, once NATO's non-nuclear goals have been achieved.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 385. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 320.

²² In der Sonderbotschaft vom 28. März 1961 an den amerikanischen Kongreß forderte Präsident Kennedy über die im Verteidigungshaushalt bislang veranschlagten Mittel hinaus zusätzliche 1,34 Mrd. Dollar über einen Zeitraum von vier Jahren, davon 270 Mio. Dollar im Haushaltsjahr 1962, für den Bau zusätzlicher U-Boote und die Entwicklung von Langstreckenraketen für das Polaris-Programm, 96 Mio. Dollar für die Verbesserung und Produktion der Feststoffrakete vom Typ Minuteman und zusätzliche 50 Mio. Dollar für die Luft-Boden-Rakete vom Typ Skybolt. Hinzukommen sollten 45 Mio. Dollar für die Verstärkung der Bomberstreitmacht, 83 Mio. Dollar für die Verbesserung der Verteidigungs- und Warnsysteme, 16 Mio. Dollar für die technische Verbesserung der Kommandozentralen und 226 Mio. Dollar für weitere Weltraum- und Forschungsprogramme. Beantragt wurden zudem gut 850 Mio. Dollar für Programme zur Verbesserung der konventionellen Streitkräfte. Diesen Forderungen stellte Kennedy Überlegungen zu den dadurch möglichen Einsparungen gegenüber. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 229–240. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 252–264.

gemacht werden, daß Amerika nicht annehme, Europa könne sich damit allein verteidigen, sondern daß Amerika auch seine anderen Waffen einsetzen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, Dulles habe ihm einmal erklärt, solange die BRD halte, hielten auch die USA, aber nicht länger. Die Europäer hätten bei der letzten amerikanischen Wahl²³ Glück gehabt. Es sei aber unangenehm, wenn man alle vier Jahre Glück haben müsse. Kissinger entgegnete, daß in den nächsten vier Jahren soviel geschaffen werden müsse, daß es auch über diese Zeit hinaus halte. Ein Grund gegen die französische Force de frappe bestehe darin, daß sie den Eindruck erwecken könne, als würden die amerikanischen Waffen nicht auch für Frankreich eingesetzt werden.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, daß Frankreich in Europa eine Art Hege monie erreichen werde, wenn es eigene Atomwaffen herstellen könne. Das wollten wir nicht. Wir wollten gute Partner sein und uns gegenseitig helfen; aber wir würden uns Frankreich nicht unterstellen.

Kissinger entgegnete, er sei nicht sicher, ob die zwölf deutschen Divisionen nicht mehr wert seien als einige französische Atomwaffen. Die Force de frappe sei außerordentlich kostspielig; besonders die neuen Raketen mit festem Brennstoff seien für ein europäisches Land praktisch nicht erschwinglich. Sie sei aber auch militärisch sinnlos. Einen Angriff seitens der SU könne sie nicht überleben. Sollte sie selbst zum Angriff benutzt werden, so würde höchstens 1/3 der Waffenträger (es seien 50 Flugzeuge vorgesehen) Atomwaffen ans Ziel bringen können. Die Wirkung sei also gering. Ein solcher Angriff würde aber auf jeden Fall den sowjetischen Gegenschlag herausfordern, der Frankreich vernichten würde.

Seine Erfahrungen mit Generälen, deren großes Erlebnis der Zweite Weltkrieg gewesen sei, hätten ihn gelehrt, daß die Generale die Fragen der Atomstrategie nicht verstünden. Vielleicht gehe es de Gaulle ähnlich. Eine Force de frappe sei für ein europäisches Land auch politisch wertlos. Das britische Beispiel lehre, daß derjenige, der das Hauptgewicht auf Atomwaffen lege, von den USA abhängiger werde als zuvor. Politisch könne er ohne die USA überhaupt nicht mehr handeln, weil jede selbständige Initiative militärisch den Untergang bringen könne. Auf der anderen Seite habe man aber die geringe politische Bewegungsfreiheit verloren, die starke konventionelle Armeen auch in Zukunft noch erlauben würden.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte Herrn Kissinger, ob er diese Aussichten de Gaulle mitteilen könne.²⁴ Herr Kissinger bejahte das, bat aber, dann auch zu sagen, daß er de Gaulle bewundere und ein starkes und selbstbewußtes Frankreich wünsche. Wenn der Herr Bundeskanzler diese Bemerkungen hinzufüge, habe er keine Bedenken, daß der Herr Bundeskanzler de Gaulle mitteile, daß eine Force de frappe viel zu kostspielig, militärisch eigentlich sinnlos und politisch wertlos sei. Frankreich könne für sich selbst viel vorteilhafter verfahren, wenn es den Schwerpunkt auf die konventionelle Rüstung lege.

Anschließend nahm der Herr Bundesaußenminister an dem Gespräch teil. Dabei wurde der o. a. Drahtbericht aus New York nochmals erörtert. Außerdem erläu-

²³ Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 8. November 1960 statt.

²⁴ Bundeskanzler Adenauer führte am 20. Mai 1961 Gespräche mit Staatspräsident de Gaulle. Vgl. Dok. 153 und Dok. 154.

terte der Herr *Bundeskanzler*, daß einer der Gründe für de Gaulles Voreingenommenheit gegenüber Amerika daher rühre, daß de Gaulle glaube, die amerikanische Regierung habe durch ihre Stimmennthaltung vor zwei Jahren²⁵ die FLN ermutigt, den Kampf in Algerien fortzuführen.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/59

151

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Duckwitz

708-83.01-92.25-1067/61 VS-vertraulich

19. Mai 1961

Betr.: Ausdehnung der Befugnisse der SBZ-Handelsvertretung in Beirut

Nach den beiliegenden Berichten der Botschaft Beirut (Schriftbericht Nr. 446 vom 27. April 1961¹ und Drahtbericht Nr. 51 vom 5. Mai 1961²) hat das libanesische Außenministerium unserem Botschafter in Beirut kürzlich eröffnet, daß die libanesische Regierung sich mit dem Gedanken trage, der sowjetzonalen Handelsvertretung in Beirut die Befugnisse zur Erteilung von Sichtvermerken und zur Vornahme von Legalisationen zuzugestehen. Botschafter Dr. Schwarzmünn hält es allerdings für möglich, daß gegenüber dem sowjetzonalen Drängen libanesischerseits ein Kompromiß dahingehend angestrebt wird, daß zwar Legalisationen zugelassen, die Erteilung von Visa jedoch „vorerst“ verweigert werden solle.

Der bisherige Zustand, daß Libanesen, die die SBZ besuchen wollen, das erforderliche Einreisevisum in Damaskus einholen müssen, ist in der Tat nicht nur lästig, sondern wegen der Besonderheit des libanesisch-syrischen Verhältnisses auch prekär. Entsprechendes gilt für Legalisationen. In den vergangenen Jahren ist es im Zusammenhang mit libanesisch-syrischen Spannungen wiederholt zur zeitweisen Schließung der Grenzen gekommen.

²⁵ Zum pakistanischen Resolutionsentwurf vom 12. Dezember 1959 zum Selbstbestimmungsrecht des algerischen Volkes und zur Stimmennthaltung der USA bei der Abstimmung in der UNO-Generalversammlung vgl. Dok. 74, Anm. 24.

¹ Dem Vorgang unvollständig beigelegt. Vgl. VS-Bd. 2982 (702); B 150, Aktenkopien 1961.

Botschafter Schwarzmünn, Beirut, berichtete, der Generalsekretär im libanesischen Außenministerium, Ammoun, habe ihn darauf angesprochen, daß es „ein nicht mehr tragbarer Zustand“ sei, wenn Vertreter der libanesischen Regierung „Visen für die Einreise in die SBZ bei der Handelsvertretung der Zone in Damaskus einholen müßten. Man denke daher daran, der hiesigen Handelsvertretung der Zone die Erlaubnis zur Ausstellung von Visen zu erteilen. Eine Anerkennung der ‚DDR‘ sei damit selbstverständlich nicht beabsichtigt.“ Vgl. B 12 (Referat 708), Bd. 824.

² Dem Vorgang nicht beigelegt.

Botschafter Schwarzmünn, Beirut, informierte über ein Gespräch mit dem libanesischen Außenminister Takla sowie dem Generalsekretär im Außenministerium, Ammoun, die er aufgrund von Meldungen in der Presse aufgesucht habe, daß bei Handelsverhandlungen mit der DDR „Übereinstimmung in der Frage der Erteilung von Sichtvermerken durch die hiesige sowjetzionale Handelsvertretung erzielt“ worden sei. Takla habe dazu erklärt, daß die libanesische Regierung zumindest prüfe, „ob Handelsdelegation zur Vornahme von Legalisationen [sic] im Warenverkehr mit der Sowjetzone [...] ermächtigt werden solle“. Vgl. B 12 (Referat 708), Bd. 824.

Andererseits bemüht sich die SBZ bereits seit längerer Zeit sehr intensiv, die Umwandlung ihrer Handelsvertretung in Beirut in ein Konsulat zu erreichen. Bisher hat die libanesische Regierung alle derartigen Versuche abgelehnt; sie steht aber u.a. wegen der für den Libanon nicht unwichtigen Fruchtexporte in die SBZ in dieser Frage auch innenpolitisch unter dem Druck gewisser Interessentengruppen.

Nach Lage der Dinge haben wir kaum Aussicht, den derzeitigen Zustand in Beirut – der sehr viel günstiger ist als im benachbarten Damaskus, wo die sowjetzonale Handelsvertretung bereits seit Jahren gewisse konsularische Funktionen ausübt – auf die Dauer aufrechtzuerhalten. Wir können uns auch schlecht auf den Standpunkt stellen, daß die Vornahme von Legalisationen und die Erteilung von Sichtvermerken durch andere Vertretungen als Konsulate oder Konsularabteilungen diplomatischer Missionen rechtlich nicht zulässig sei, da wir unsererseits der Israel-Mission seit langem beides zugestehen.³ Wenn wir in Beirut jetzt in diesen Fragen, deren Regelung für die Libanesen offensichtlich von praktischer Bedeutung ist, hartnäckigen Widerstand leisten, so ist damit zu rechnen, daß die Libanesen sich über unsere Einwendungen über kurz oder lang doch hinwegsetzen, überdies aber verärgert werden. Gerade angesichts der augenblicklichen Vorgänge in Damaskus⁴ besteht darüber hinaus aber die Gefahr, daß die Libanesen, um weiteren, lang hingezogenen Auseinandersetzungen mit uns zu entgehen, dem sowjetzonalen Drängen auf Umwandlung der Handelsvertretung in ein Konsulat nachgeben. Mittel, dies zu verhindern, stünden uns jedenfalls nicht zu Verfügung.

Wenn wir dagegen für die Lage der libanesischen Regierung Verständnis zeigen und jetzt, ohne offensichtlich dazu gezwungen zu sein, eine die völkerrechtliche Anerkennung Pankows nicht bewirkende Erweiterung der Befugnisse der Handelsvertretung hinnehmen, so sind die praktischen Anliegen der Libanesen erfüllt, gleichzeitig wird aber sachlich klingenden Argumenten der SBZ für eine Umwandlung der Handelsvertretung in ein Konsulat der Boden entzogen. Außerdem hätten wir, wenn wir Entgegenkommen für die praktischen Bedürfnisse der Libanesen zeigen, die Aussicht, bei ihnen auf lange Sicht mehr Verständnis für unseren Standpunkt und ein festeres Verhalten in der grundsätzlichen Anerkennungsfrage erwarten zu können. Schließlich sollten wir auch die Tatsache honorieren, daß die Libanesen, die sich tatsächlich von praktischen Notwendigkeiten bedrängt sehen, sich im Vergleich zu dem Vorgehen der VAR verhältnismäßig fair verhalten und bisher nicht versucht haben, uns zu überrumpeln, sondern die Frage vor Entscheidung offen an unseren Botschafter herangetragen haben.

Insgesamt ergibt sich, daß wir, wenn wir jetzt freiwillig ein Stück weniger wichtigen Terrains aufgeben – das wir in anderen Ländern längst verloren haben –, auf längere Zeit größere Aussicht haben, die entscheidenden Positionen im Libanon zu halten.

³ Die aufgrund des Luxemburger Abkommens vom 10. September 1952 eingerichtete Israel-Mission in Köln äußerte im Sommer 1953 den Wunsch nach Ausübung bestimmter konsularischer Befugnisse, die ihr mit Briefwechsel vom 21. Januar bzw. 3. Februar 1954 eingeräumt wurden. Vgl. dazu AAPD 1953, II, Dok. 238 und Dok. 293.

⁴ Zur Genehmigung eines Konsulats der DDR in Damaskus durch die Regierung der VAR vgl. Dok. 148 und Dok. 149.

Abteilung 7 schlägt daher beiliegenden Drahterlaß an die Botschaft Beirut⁵ vor.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Entscheidung und im Falle der Zustimmung Zeichnung des beigefügten Drahterlasses vorgelegt.⁶

Duckwitz

VS-Bd. 2982 (708)

152

Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington

AB-84.20-20^V/61 streng geheim

19. Mai 1961¹

Fernschreiben Nr. 632

Aufgabe: 20. Mai 1961, 10.15 Uhr

Cito

In der Frage der Eventualfall-Planung² ist beabsichtigt, Ihnen eine Weisung zu erteilen, die Ihnen nachstehend zunächst als Entwurf mit der Bitte um Stellungnahme mitgeteilt wird.³ Der Entwurf hat dem Herrn Minister noch nicht vor-

⁵ Dem Vorgang beigefügt. In dem am 20. Mai 1961 konzipierten Drahterlaß Nr. 61 wurde dargelegt: „Libanesisches Anliegen entbehrt nicht gewisser sachlicher Berechtigung.“ Da einer von der Botschaft in Beirut für möglich gehaltenen „Zwischenlösung (nur Legalisationen, keine Visaerteilung) [...] keine längere Dauer“ beschieden sein dürfte, solle im libanesischen Außenministerium ausgeführt werden: „Wenn wir Ausweitung der Befugnisse SBZ-Vertretung naturgemäß auch bedauern, so würden wir sie angesichts der vom Libanon geltend gemachten unabewisbaren praktischen Notwendigkeiten nicht als so gravierend ansehen, daß wir uns gezwungen sähen, Konsequenzen zu ziehen. Wir gehen dabei allerdings davon aus, daß sich an Status Handelsvertretung grundsätzlich nichts ändert, insbesondere daß Erteilung Visa und Vornahme Legalisationen sich im Rahmen normaler Aufgaben einer Handelsvertretung halten und jedem Versuch, Vertretung durch Stempel, Amtsschilder oder Ähnliches Anschein eines Konsulats zu geben, vorgebeugt wird.“ Nach wie vor aber würde „jede Aufwertung Status SBZ-Vertretung, die als Schritt in Richtung Anerkennung gedeutet werden könnte, wie etwa Umwandlung in Konsulat, als sehr ernste Angelegenheit“ betrachtet werden. Vgl. VS-Bd. 2982 (708); B 150, Aktenkopien 1961.

⁶ Hat Staatssekretär Carstens am 24. Mai 1961 vorgelegen, der den Passus „Bitte um ... Drahterlasses“ hervorhob und handschriftlich vermerkte: „Grundsätzlich einverstanden!“

Hat Ministerialdirektor Duckwitz am 24. Mai 1961 erneut vorgelegen, der den Drahterlaß Nr. 61 an die Botschaft in Beirut am selben Tag unterzeichnete und übermittelte.

¹ Der Drahterlaß wurde von Gesandtem Ritter konzipiert und mit der Bitte um Mitzeichnung an die Ministerialdirektoren Duckwitz und von Etzdorf geleitet.

Hat Duckwitz am 19. Mai 1961 vorgelegen.

Hat dem Vertreter von Etzdorf, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Werz, am 19. Mai 1961 vorgelegen.

Hat Bundesminister von Brentano vorgelegen.

² Zur Eventualfallplanung für Berlin und zu den Bemühungen der Bundesregierung um Einbeziehung in die Planungen vgl. Dok. 36 und Dok. 99.

³ Am 5. Mai 1961 leitete Gesandter Ritter einen ersten „Rohentwurf eines Erlasses an Herrn Botschafter Grewe betr. Contingency-Planung“ an Staatssekretär Carstens und teilte mit: „Durchschläge

gelegen. Er wird nach Eingang Ihrer Stellungnahme und Billigung durch den Herrn Minister mit dem Verteidigungsministerium abgestimmt und schließlich dem Herrn Bundeskanzler mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt werden. Der Weisungsentwurf lautet:

„Entwurf

Sie werden gebeten, dem amerikanischen Außenminister⁴ oder seinem Vertreter im Amt das nachstehende Memorandum zu überreichen und mündlich zu erläutern:

I. In seinem Gespräch mit dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika am 14. April 1961 hat der Herr Bundeskanzler auf die primäre Verantwortung der drei Westmächte für die Offenhaltung des Zuganges nach Berlin hingewiesen.⁵ Darüber hinaus hat er erklärt, falls amerikanische Truppen bei dem Versuch, den Zugang nach Berlin zu erzwingen, angegriffen würden, trete nach Ansicht der Bundesregierung mit einem solchen Angriff auf verbündete Einheiten der *casus foederis* des NATO-Paktes⁶ mit allen seinen Konsequenzen ein. Dem hat der Herr Bundesminister des Auswärtigen hinzugefügt, daß die Bundesregierung sich ihren Bündnisverpflichtungen nicht entziehen werde. Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington hat diese Erklärungen in einem Gespräch mit dem Herrn amerikanischen Außenminister am 15. April 1961⁷ bestätigt.

Über die von den Drei Mächten entwickelten Pläne zur Erzwingung des Zuganges nach Berlin mit militärischen Mitteln sind der Bundesregierung bisher im einzelnen keine Auskünfte gegeben worden. Die Bundesregierung ist lediglich über die in Ziffer 9 der grundlegenden Vereinbarung der drei Westmächte vom 4.4.1959⁸ vorgesehenen alliierten Truppenbewegungen unterrichtet worden: Sie dienen der vorgängigen Sondierung der sowjetischen Absichten; die militärischen Convoys sollen daher im Falle eines Angriffs und Beschusses unter dem Feuer-

Fortsetzung Fußnote von Seite 675

des Entwurfs habe ich den Herren D 3 und D 7 mit der Bitte um Prüfung und Stellungnahme übermittelt.“ Vgl. B 130, Bd. 3588 A (AB 7).

Carstens vermerkte am 6. Mai 1961 eine Reihe von Änderungsvorschlägen und bat um eine Besprechung am 15. Mai 1961: „Teilnehmer: D 3, D 7 oder Dg 70, Gesandter Dr. Ritter, LR I Dr. Forster.“ Vgl. B 130, Bd. 3588 A (AB 7).

Am 9. Mai 1961 legte Ritter eine Neufassung des Entwurfs sowie „den Entwurf eines eventuell als Ziffer 5 des Teils I des Erlaßentwurfs einzufügenden Abschnitts über Mitteilungen des Generals Schnez zur Frage des Einsatzes der Bundeswehr“ vor und teilte dazu mit: „Über die darin wiedergegebene Stellungnahme des Bundesverteidigungsministeriums müßte möglicherweise noch eine Abstimmung auf Ministerebene erfolgen. Wegen der weitreichenden politischen Folgen einer Weitergabe dieser Stellungnahme habe ich den Abschnitt bisher nicht in den Erlaßentwurf mit eingeschlossen. Über seine Aufnahme in den Erlaßentwurf und erst recht in das vorgesehene Memorandum wird besonders zu entscheiden sein.“ Vgl. B 130, Bd. 3588 A (AB 7).

Am 16. Mai 1961 vermerkte Carstens handschriftlich für Ritter: „Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie den neuen Weisungs-E[ntwurf] an Washington bis morgen vorlegen könnten.“ Vgl. B 130, Bd. 3588 A (AB 7).

Ritter legte am 17. Mai 1961 einen weiteren Entwurf vor. Vgl. B 130, Bd. 3588 A (AB 7).

⁴ Dean Rusk.

⁵ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Präsident Kennedy am 13. April 1961 in Washington vgl. Dok. 108.

⁶ Vgl. dazu Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; Dok. 59, Anm. 8.

⁷ Zum Gespräch des Botschafters Grewe, Washington, mit dem amerikanischen Außenminister Rusk vgl. Dok. 134.

⁸ Zur Vereinbarung der Drei Mächte vom 4. April 1959 vgl. Dok. 36, Anm. 11.

schutz der zur Selbstverteidigung mitgeführten Waffen auf das Bundesgebiet zurückkehren, nicht aber den Zugang nach Berlin erkämpfen.

Eine von der Bundesregierung vorgenommene Untersuchung hat ergeben⁹, daß ein bewaffneter Angriff im Sinne des Art. 5 und des Absatzes II des Art. 6 des NATO-Vertrages in der Fassung vom 17.10.1951¹⁰ schon dann vorliegt, wenn der erste Schuß auf amerikanische, britische oder französische Truppen abgegeben wird oder unmittelbare Anstalten dazu getroffen werden, die den dadurch bedrohten Einheiten einen gerechtfertigten Anlaß zur Ausübung des durch Art. 51 der Satzung der Vereinten Nationen bestätigten Notwehrrechtes¹¹ geben würden. Dies ist selbstverständlich, sofern die angegriffenen Truppen sich noch auf dem Gebiet der Bundesrepublik oder schon in Berlin befinden. Nach der Auffassung der Bundesregierung muß aber das gleiche gelten, wenn sich die angegriffenen Einheiten auf den Verbindungswegen zu Lande oder in der Luft bewegen, die von den Truppen der Westmächte im Rahmen der darüber mit der Sowjetunion getroffenen Vereinbarungen¹² bei Inkrafttreten des NATO-Vertrages benutzt wurden und bis heute benutzt werden. Es könnte hier eingewendet werden, daß ein auf diesen Verbindungswegen erfolgender Angriff – ebenso wie ein solcher auf oder über dem ganzen übrigen Gebiet der Sowjetzone – nicht auf oder über einem bei Inkrafttreten des NATO-Vertrages von einem der Partnerstaaten besetzten, in Art. 6 Abs. II des NATO-Vertrages beschriebenen Gebiet stattfindet.

Dem wäre jedoch damit zu begegnen, daß eine so restriktive Auslegung des Art. 6 des NATO-Paktes dem Sinne dieser Bestimmung nicht gerecht wird und zu einem Ergebnis führen würde, das mit Geist und Zweck des NATO-Vertrages unvereinbar wäre. Die in Berlin stationierten Truppen der drei Westmächte, auf deren Integrität sich die Beistandsverpflichtung der NATO-Partner auch bei restriktivster Auslegung des Artikels 6 unzweifelhaft erstreckt, könnten dann nämlich – unter Vermeidung eines direkten Angriffs auf das Westberliner Gebiet – selbst durch eine mit Waffengewalt durchgeführte Abschnürung ihrer Versorgungswägen zu Lande, zu Wasser und in der Luft praktisch ausgehungert werden, ohne daß der Bündnisfall des NATO-Vertrages eintrate. Dieses mit dem NATO-Pakt nicht vereinbare und daher unhaltbare Ergebnis nötigt zu dem Schluß, daß ein bewaffneter Angriff auf Truppen der drei Mächte, die die von ihnen üblicherweise zur Versorgung der in Berlin unterhaltenen Streitkräfte verwendeten Verbindungswägen benutzen, als ein Angriff auf die in Berlin statio-

⁹ Der Passus „Eine von der ... hat ergeben“ wurde von Bundesminister von Brentano mit Fragezeichen versehen.

¹⁰ Zu Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 in der mit Protokoll vom 17. Oktober 1951 geänderten Fassung vgl. Dok. 85, Anm. 18.

¹¹ Für den Wortlaut des Artikels 51 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945, der das Recht auf Selbstverteidigung bekräftigte, vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 686.

¹² Zur Vereinbarung freien Zugangs nach Berlin für die alliierten Streitkräfte in der Luft sowie auf Straße und Schiene vgl. den Briefwechsel des Präsidenten Truman mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Stalin, vom 15./16. Juni 1945; CORRESPONDENCE, Bd. II, S. 245 f. und S. 247 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 13 f. (Auszüge).

Zur Einrichtung von Luftkorridoren zwischen der Bundesrepublik und Berlin vgl. den am 30. November 1945 vom Alliierten Kontrollrat bestätigten Bericht des Luftfahrtdirektorats; DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 42–45.

Vgl. dazu auch den Befehl Nr. 56 des Obersten Chefs der SMAD, Tschuikow, vom 9. Mai 1949 über die Aufhebung der mit dem Vier-Mächte-Abkommen vom 4. Mai 1949 beendeten Berliner Blockade; DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 109–111.

nierten Streitkräfte selbst angesehen wird und als solcher den Bündnisfall auslösen müßte.¹³

Nach Informationen, die wir erhalten haben, sollen die zuständigen militärischen Stellen der drei Westmächte allerdings auf dem Standpunkt stehen¹⁴, der Bündnisfall solle dann als nicht eingetreten angesehen werden, wenn der militärische Vorstoß im ausdrücklichen Einverständnis aller an ihm Beteiligten als Testfall zu betrachten ist, der der Erkundung der Absichten des Gegners dienen soll. Dies soll so lange der Fall sein, wie der Westen mit Truppen nur bis zu einer bestimmten Stärke engagiert ist. Erst wenn zur Brechung des Widerstandes der Einsatz von Verbänden über diese Grenze hinaus notwendig wird, soll der Bündnisfall als eingetreten gelten.

Die von dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen gegenüber dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika abgegebenen Erklärungen über den Eintritt des Bündnisfalles stehen im Einklang mit der sich aus dem NATO-Vertrage ergebenden Rechtslage. Der Einsatz der Bundeswehr zur Erfüllung der Bündnispflicht setzt allerdings in jedem Falle die vorherige Feststellung und Verkündung des Verteidigungsfalles gemäß Art. 59a des Grundgesetzes¹⁵ voraus. Die Verkündung des Verteidigungsfalles erfolgt stets durch den Bundespräsidenten, seine Feststellung ist dagegen grundsätzlich dem Bundestag vorbehalten; stehen seinem Zusammentritt aber unüberwindliche Hindernisse entgegen und ist Gefahr im Verzuge, so kann der Bundespräsident selbst, mit Gegenzeichnung des Bundeskanzlers, den Verteidigungsfall feststellen, den er dann verkündet. Alle an der Feststellung und Verkündung des Verteidigungsfalles beteiligten Verfassungsorgane haben den auf Art. 5 und 6 des NATO-Vertrages beruhenden völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Rechnung zu tragen.

Im übrigen ist der Bundeskanzler als das nach Artikel 65a Abs. 2 des Grundgesetzes im Verteidigungsfall den Oberbefehl über die Bundeswehr ausübende Verfassungsorgan¹⁶ nicht durch Art. 59a des Grundgesetzes daran gehindert, im voraus dem NATO-Oberbefehlshaber Verbände der Bundeswehr für den Fall zu unterstellen, daß der Casus foederis des NATO-Vertrages eintritt und die zuständigen Verfassungsorgane der Bundesrepublik daraufhin den Verteidigungsfall gemäß Art. 59a des Grundgesetzes feststellen und verkünden.

II. Wenn unbeschadet der primären Verantwortung der drei Westmächte für die Offenhaltung des Zuganges nach Berlin die Bundesrepublik im Rahmen der Eventualfall-Planung für den Fall eines Angriffs auf die gemäß diesen Plänen operierenden alliierten Truppen ihrer militärischen Bündnispflicht nachkommen soll und will, so muß, wie der Herr Bundesminister des Auswärtigen gelegentlich der mit den Außenministern Amerikas, Großbritanniens und Frankreichs am

¹³ Der Passus „als ein Angriff ... auslösen müßte“ wurde von Bundesminister von Brentano mit Ausrufezeichen hervorgehoben.

¹⁴ Der Passus „Nach Informationen ... Standpunkt stehen“ wurde von Bundesminister von Brentano mit Fragezeichen versehen.

¹⁵ Artikel 59a wurde mit Gesetz vom 19. März 1956 in das Grundgesetz vom 23. Mai 1949 eingefügt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil I, S. 112.

¹⁶ Für den Wortlaut des Artikels 65a des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. das Gesetz vom 19. März 1956 zu dessen Ergänzung; BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil I, S. 112.

8. Mai 1961 in Oslo geführten Besprechung¹⁷ hervorgehoben hat, die Bundesregierung um eine engere Einbeziehung in die Eventualfall-Planung, d.h. um eine vollständige Unterrichtung und um Beteiligung an dieser Planung bitten. Sie stimmt im übrigen der Auffassung der amerikanischen Regierung über die Notwendigkeit einer Überprüfung der in der bisherigen Eventualfall-Planung erzielten Ergebnisse zu. Sie glaubt indessen, daß die bestehende Maschinerie mit ihrer Aufsplitterung in einzelne Expertengruppen¹⁸ für diese Aufgabe nicht geeignet ist. Sie ist der Ansicht, daß in Washington ein politischer Lenkungsausschuß der drei Westmächte und der Bundesrepublik, d.h. ein zentrales Gremium mit voller Beteiligung der Bundesrepublik, geschaffen werden sollte, das den Gesamtkomplex überprüft und Experten dort einsetzt, wo zur Zeit noch Lücken vorhanden sind.

In diesem Lenkungsausschuß hofft die Bundesregierung Unterrichtung über die Bundesrepublik unmittelbar angehende Planungen, z.B. die von den Drei Mächten entwickelten Pläne zur Erzwingung des Zuganges nach Berlin mit militärischen Mitteln, zu erhalten. Sie wird in diesem Gremium die Aufmerksamkeit der Drei Mächte auch auf nach ihrer Ansicht nach vorhandene Planungslücken zu lenken suchen, insbesondere auf das Fehlen von Plänen für den Fall einer Sperrung nicht des alliierten militärischen, sondern nur des zivilen Berlin-Verkehrs. Sie beabsichtigt in dem Lenkungsausschuß auch die Frage zu stellen, was die Alliierten im Falle einer Sperrung des Zutritts zum Ostsektor von Berlin auch für die Angehörigen der Besatzungsmächte selbst zu tun gedenken.

Die Bundesregierung ist bereit, an der Vervollkommnung der Eventualfall-Planung mitzuarbeiten. Sie glaubt auf Grund ihrer unmittelbaren Sachkenntnis wertvolle Beiträge leisten zu können.¹⁹

Weiterer Erlaß bleibt vorbehalten.

Carstens²⁰

B 130, Bd. 3588A (AB 7)

17 Für das Gespräch des Bundesministers von Brentano mit den Außenministern Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien) und Rusk (USA) in Oslo vgl. Dok. 137.

18 Zur Tätigkeit der Washingtoner Arbeitsgruppe „Deutschland einschließlich Berlins“ vgl. Dok. 36, Anm. 6.

Zur Bonner Expertengruppe zum Studium möglicher Gegenmaßnahmen im Falle einer Behinderung des zivilen Personen- und Güterverkehrs nach Berlin durch die DDR vgl. Dok. 36, Anm. 9.

Zum „Live-Oak“-Stab zur militärischen Eventualfallplanung für Berlin vgl. Dok. 127, Anm. 2.

19 Botschafter Grewe, Washington, antwortete am 29. Mai 1961, der Entwurf werfe „zunächst eine taktische Frage auf. Das Memorandum ist an denjenigen unserer drei westlichen Partner gerichtet, dessen Bereitschaft, uns an der Eventualfall-Planung zu beteiligen, außer Zweifel steht.“ Die amerikanische Regierung habe auf ihre Bemühungen hingewiesen, die britischen und französischen Bedenken auszuräumen, und hervorgehoben, „es liege jetzt bei der Bundesregierung, die ablehnende Haltung Englands und Frankreichs zu ändern“. Ihm, Grewe, erscheine es „– bevor die organisatorische Frage eines Lenkungsausschusses aufgeworfen wird – wichtig, das Einverständnis zur Beteiligung der Bundesrepublik an der Eventualfall-Planung in London und Paris herbeizuführen“. Grewe bat um Unterrichtung, „ob in dieser Richtung Schritte ins Auge gefaßt sind [...]. Hiervon hängt meine weitere Stellungnahme zum Gesamtinhalt des Memorandums nicht unwesentlich ab.“ Grewe teilte außerdem mit, daß der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Kohler, ihn in der „heutigen Unterhaltung“ auf das angekündigte Memorandum angesprochen habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1230; B 130, Bd. 3588A (AB 7).

Für die Stellungnahme von Grewe vgl. Dok. 169.

20 Parape vom 20. Mai 1961.

153

**Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer
mit Staatspräsident de Gaulle in Rhöndorf**

115-53.A/61 streng geheim

20. Mai 1961¹

Der Herr Bundeskanzler führte am 20. Mai 1961 um 10.40 Uhr in seinem Haus in Rhöndorf ein erstes Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten General de Gaulle.² Bei der Unterredung war außerdem Herr Jean Meyer als Dolmetscher der französischen Seite zugegen.

Einleitend berichtete der Herr *Bundeskanzler* über seinen Besuch bei Präsident Kennedy.³ Er sei völlig unvoreingenommen nach Amerika gegangen und habe sich in mehreren längeren Gesprächen mit Kennedy folgendes Urteil über ihn gebildet: Präsident Kennedy sei klug, fasse schnell auf, sei energisch und könne zuhören. Er sei auch von einigen guten Beratern umgeben. Zusammenfassend könne er (der Herr Bundeskanzler) sagen, daß er einen guten Eindruck gewonnen habe. Er habe dem Präsidenten gesagt, daß er nach dem Tode Dulles⁴ über die Eisenhower-Administration recht unglücklich gewesen sei, da sie keine Linie und keine Entschlossenheit gezeigt habe. Herter sei ein guter Mensch, aber kein Politiker gewesen. Präsident Eisenhower selbst habe nach dem Tode Dulles' bis zum Ende seiner Amtszeit keine wichtigen Entscheidungen mehr fällen wollen. In dieser Beziehung sei also die Änderung der Administration nicht nur für Amerika, sondern für den ganzen Westen ein Gewinn. Natürlich verfüge Kennedy nicht über die Erfahrung, die er eigentlich haben müßte, und es werde noch einige Zeit dauern, bis Kennedy diese Erfahrung gewonnen habe. Außenminister Rusk sei Kennedy, der Rusk vorher nicht gekannt habe, von Acheson vorgeschlagen worden. Acheson habe einen großen Einfluß auf Kennedy. Er halte Acheson für einen klugen Mann, der auch dann zuhören könne, wenn man ihm sage, daß seine Ansicht nicht richtig sei.

Einen sehr großen Einfluß auf die Kennedy-Administration übe Vizepräsident Johnson aus. Als Johnson damals die Vizepräsidentschaft angenommen habe⁵, habe er (der Herr Bundeskanzler) sich gefragt, was dahinter stecke. Er kenne Johnson seit einer Reihe von Jahren, und Johnson habe als Führer der Demokraten im Senat einen sehr großen politischen Einfluß gehabt. Er habe sich also gefragt, warum Johnson diesen politischen Einfluß aufgegeben habe. Er habe diese Frage auch Acheson gestellt, der ihm erklärt habe, Johnson sei erstens von

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Kusterer am 25. Mai 1961 gefertigt.

² Zu dem Gespräch vgl. auch DDF 1961, I, S. 612–618. Vgl. ferner ADENAUER, Erinnerungen 1959–1963, S. 101–103.

Für das Gespräch am Nachmittag des 20. Mai 1961 vgl. Dok. 154.

³ Bundeskanzler Adenauer besuchte vom 11. bis 17. April 1961 die USA und führte am 12./13. April 1961 Gespräche mit Präsident Kennedy und dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington. Vgl. Dok. 105, Dok. 107 und Dok. 108.

⁴ Der amerikanische Außenminister Dulles verstarb am 24. Mai 1959.

⁵ Auf Vorschlag des am 14. Juli 1960 zum Präsidentschaftskandidaten nominierten amerikanischen Senators Kennedy nominierte der Nationalkonvent der Demokratischen Partei in Los Angeles am selben Tag Senator Johnson zum Kandidaten für die Vizepräsidentschaft.

Kennedy ein beträchtlicher Einfluß auf die Außenpolitik zugesagt worden, zweitens scheine eine Abmachung zu bestehen, daß Johnson, wenn Kennedy eine zweimalige Amtszeit hinter sich gebracht habe, sein Nachfolger werden solle. Für Europa seien daher von Bedeutung: Kennedy, Johnson und Acheson.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er wolle nun noch etwas über die Professoren sagen. Kennedy scheine sich im Wahlkampf nach dem Vorbild Roosevelts stark mit einer Reihe von Professoren verbunden zu haben. Darunter gebe es auch sicher einige tüchtige Leute. Großen Einfluß auf Kennedy scheine Professor Kissinger zu haben. Kissinger sei vorgestern eine Stunde bei ihm (Bundeskanzler) gewesen⁶, und sie hätten über nukleare Waffen, Europa und Außenpolitik gesprochen. Kissinger sei auch einverstanden gewesen, daß der Herr Bundeskanzler dieses Gespräch General de Gaulle weitergebe, habe jedoch erklärt, daß er in einigen Punkten seine eigene Meinung vertrete, die noch nicht die Ansicht der amerikanischen Administration sei. Kissinger habe große Hochachtung vor de Gaulle, wenn er auch nicht in allen Punkten mit der französischen Politik übereinstimme. Auch Kennedy habe ihm (dem Herrn Bundeskanzler) deutlich gesagt, wie sehr er einen guten Verlauf seines Paris-Besuchs wünsche. Aufgrund all seiner Gespräche mit Kennedy, Acheson⁷ und Kissinger habe er (Bundeskanzler) den Eindruck gewonnen, daß sich das Verhältnis Amerikas zur NATO völlig ändern werde. Schon Dulles habe ja gemeint, die NATO sei ein Hemmnis für seine Politik. Er selbst (Bundeskanzler) habe oft mit Dulles darüber gesprochen und ihm gesagt, daß es falsch sei, daß sich der amerikanische NATO-Botschafter so zurückhalten müsse, weil er von Washington nicht informiert werde. Mit dieser traditionellen Einstellung des State Department zur NATO habe Kennedy radikal gebrochen. Im Gegensatz zur Politik Dulles' betrachte Kennedy die NATO als die Lebensgrundlage seiner Politik. Diese grundlegende Änderung in der amerikanischen Haltung gegenüber Europa und der NATO müsse man beachten. Er sei überzeugt, daß Kennedys Bekenntnis zur NATO keine Floskel, sondern seine innere Überzeugung sei. Dies gelte auch für Acheson und Kissinger, die in den Fragen der Kriegsstrategie sehr enge Berater Kennedys seien. Die führenden Amerikaner, insbesondere Kissinger, seien der Meinung, daß ein großer nuklearer Krieg auch vom strategischen Gesichtspunkt im Vergleich zu den früheren, mit konventionellen Waffen geführten Kriegen völlig anders aussehe. Amerika habe die Absicht, bis zum Jahre 1963 seine gesamte nukleare Bewaffnung so zu verstärken, daß es einen ersten sowjetischen Angriff mit so starken nuklearen Verteidigungskräften überleben könne, daß es damit im Gegenangriff Rußland zerstören könne. Die Amerikaner seien der Meinung, daß dies das beste Mittel sei, um einen nuklearen Krieg zu vermeiden. Sie gäben zu, daß die Jahre 1961 und 1962 noch gefährlich seien, daß diese Gefahr jedoch ab 1963 gebannt sein werde. Der Herr Bundeskanzler sagte, er berichte so ausführlich über seine Meinung von den amerikanischen Persönlichkeiten und dem Ziel der nuklearen Aufrüstung in den Vereinigten Staaten, weil diese fundamentalen Ansichten für uns alle von größter Bedeutung seien. Die Amerikaner meinten, daß dieses Ziel,

⁶ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Berater des amerikanischen Präsidenten, Kissinger, am 18. Mai 1961 vgl. Dok. 150.

⁷ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Berater des amerikanischen Präsidenten, Acheson, am 9. April 1961 vgl. Dok. 103.

das sie bis 1963 erreichen wollten, nur erreicht werden könne, wenn man mit Polaris-Raketen sowie mit Raketen mit festem Treibstoff arbeite. Die Produktion der Raketen mit festem Treibstoff sei es auch, die noch zwei Jahre Zeit erfordere.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf die NATO zu sprechen. Vor einer Woche habe er mit Herrn Stikker, der gerade aus Oslo⁸ zurückgekommen sei, gesprochen⁹, und dieser habe ihm sein Herz über die Zustände im NATO-Sekretariat und im NATO-Rat geöffnet. Er könne nur sagen, was ihm Stikker gesagt habe, sei sehr schlecht. Dies gelte auch für den NATO-Rat, in dem die Hälfte der Botschafter, und nach seiner Meinung auch der deutsche Botschafter¹⁰, ihrer Aufgabe nicht gewachsen seien, insbesondere dann, wenn die Vereinigten Staaten den NATO-Rat als Fundament ihrer Politik ansähen, d.h., ihm neue und weitreichende Funktionen außerhalb des bisherigen politischen NATO-Bereichs zuweisen wollten. In diesem Falle müßten einige Änderungen im Rat und im Sekretariat vorgenommen werden.

General *de Gaulle* bedankte sich für die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers, die er mit Interesse zur Kenntnis genommen habe. Kennedy, den er noch nicht kenne, werde ja nun nach Paris kommen. Nachdem er jedoch mit dem Herrn Bundeskanzler und ihm (*de Gaulle*) gesprochen habe, werde Kennedy Chruschtschow treffen.¹¹ Dieses Treffen scheine für ihn von großer Bedeutung zu sein. Er (*de Gaulle*) bedaure, daß dieses Treffen so rasch angesetzt worden sei, und hätte es lieber gesehen, wenn Kennedy nicht so eilig gehandelt hätte. Jedenfalls werde Chruschtschow dieses Treffen genauso ausbeuten wie die Zusammenkunft mit Präsident Eisenhower in Camp David¹², d.h. er werde die Welt glauben machen, daß man ein neues Leben beginnen werde, daß man über alles sprechen werde und daß die friedliche Koexistenz wiederum auf die Tagesordnung komme. Chruschtschow werde also die Atmosphäre im Sinne eines scheinbaren Friedens beunruhigen¹³, während er in Wirklichkeit nichts tun werde. Er werde dann wieder einige Monate warten, um dann eine große Aktion zu starten. Er (*de Gaulle*) wisse nicht, ob dann die Vereinigten Staaten, insbesondere Kennedy, für den Kampf gerüstet seien. Er fürchte nämlich, daß nach dem Treffen mit Chruschtschow eine scheinbare Entspannung eintreten werde, die die Vereinigten Staaten und Kennedy schwächen werden. Alle Vorteile aus diesem

⁸ Vom 8. bis 10. Mai 1961 fand in Oslo die NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu Dok. 139–142.

⁹ Bundeskanzler Adenauer traf am 13. Mai 1961 mit NATO-Generalsekretär Stikker in Menaggio zusammen.

¹⁰ Gebhard von Walther.

¹¹ Am 19. Mai 1961 wurde bekanntgegeben, daß Präsident Kennedy vom 31. Mai bis 2. Juni 1961 mit Staatspräsident *de Gaulle* in Paris und am 3./4. Juni 1961 mit Ministerpräsident Chruschtschow in Wien zusammentreffen werde. Anschließend reise er nach London, um an der Taufe seiner Nichte teilzunehmen, und werde am 5. Juni 1961 mit Premierminister Macmillan sprechen. Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 44 (1961), S. 848.

Zu den Gesprächen in Paris und in Wien vgl. Dok. 170.

¹² Ministerpräsident Chruschtschow hielt sich vom 15. bis 27. September 1959 in den USA auf und traf – nach einem ersten Gespräch am 15. September in Washington – am 26./27. September 1959 mit Präsident Eisenhower in Camp David zusammen. Vgl. dazu FRUS 1958–1960, IX, Dok. 13–16, S. 35–52. Vgl. dazu ferner FRUS 1958–1960, X/1, Dok. 109, S. 392–402, Dok. 111, S. 409 f., Dok. 129–131, S. 459–469, und Dok. 133 sowie Dok. 134, S. 477–483. Vgl. dazu außerdem FRUS 1958–1960, XIX, Dok. 301, S. 595–598.

¹³ So in der Vorlage.

direkten Kontakt lägen bei Chruschtschow. Es sei daher fraglich, ob die guten Absichten Kennedys gegenüber Europa wirklich aufrechterhalten würden.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er würde einstweilen diesem Treffen nicht diese Bedeutung beimessen. Kennedy habe ihm einen Brief geschrieben, in dem er erläuterte, daß der Zeitpunkt für dieses Treffen eine Folge früherer Vorgänge und deshalb so früh angesetzt worden sei, weil Kennedy wegen des Kongresses später nicht mehr von Washington weg könne.¹⁴ Kennedy habe auch de Gaulle gefragt, ob er mit dem Treffen mit Chruschtschow einverstanden sei. Natürlich habe de Gaulle dann nicht einfach nein sagen können.

General *de Gaulle* warf hier ein, er habe Kennedy ganz kühl geantwortet, daß er ihn nicht daran hindern könne, mit Chruschtschow zusammenzutreffen.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, jedenfalls sei dieses Treffen eine Probe darauf, was in Kennedy stecke, und insofern halte er es nicht für so schlecht, daß Kennedy so bald mit Chruschtschow zusammentreffe. Er halte es auch für ausgeschlossen, daß Kennedy sich wie Eisenhower in Camp David verhalten werde. Kennedy müsse sich jedoch erproben, und anhand des Treffens werde man feststellen können, aus welchem Holz er geschnitzt sei. Er halte es andererseits für verständlich, daß Kennedy Chruschtschow persönlich kennenlernen wolle. Den frühen Zeitpunkt halte Kennedy selbst offensichtlich für erkläruungsbedürftig.

General *de Gaulle* erklärte, diese Ansicht sei völlig richtig, und man werde sehen, was Kennedy tun wolle und tun könne. Seine Sorge sei, daß Kennedy nicht der Mann Europas sei. Seitdem Kennedy sein Amt angetreten habe, habe sich ihm Europa auch gar nicht als Frage gestellt. Die brennenden Probleme, mit denen Kennedy sich befassen müsse, seien nicht europäische Probleme, sondern Laos, Kuba, Südamerika, Afrika, bald vielleicht auch Japan. Dies also sei die Psychologie Kennedys, und sie sei es von jeher gewesen. Europäische Fragen, so zum Beispiel die Berlinfrage, interessierten Kennedy nicht leidenschaftlich. Er habe gar nicht die Gewohnheit. Präsident Eisenhower dagegen habe sehr viel mehr rein instinktiv den Wert Europas zu schätzen gewußt. Auch in seinem Treffen mit Chruschtschow werde Kennedy nicht viel über europäische Fragen sprechen. Auch dort werde man über Laos, Südamerika, Afrika und den Orient sprechen. Chruschtschow werde dann sagen, man wolle sich arrangieren, man solle sich nicht mehr streiten, sondern die Dinge in Ruhe lassen. Er werde damit eine Euphorie oder eine scheinbare Entspannungsatmosphäre schaffen, um dann plötzlich, und zwar in Europa, eine Aktion zu starten, auf die weder Kennedy noch die Vereinigten Staaten vorbereitet seien, weil sie an andere Dinge dächten. Dies sei der große Nachteil. Man könne natürlich versuchen, Herrn Kennedy darüber aufzuklären.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, großen Einfluß auf Kennedy habe in außenpolitischen Fragen Johnson. Johnson aber sei ein Fast-Europäer, der die Bedeutung Europas für Amerika aus all den Jahren kenne, in denen er im Senat eine führende Rolle gespielt habe. Kennedy habe darüber hinaus ein enges Verhältnis zu den Gewerkschaften, und zwar zu Meany und Reuther. Reuther habe ihn (den

¹⁴ Präsident Kennedy setzte Bundeskanzler Adenauer mit Schreiben vom 17. Mai 1961 über das beabsichtigte Treffen mit Ministerpräsident Chruschtschow in Kenntnis. Vgl. dazu den Artikel „Botschaft Kennedys an Adenauer“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 18. Mai 1961, S. 2.

Herrn Bundeskanzler) diese Woche mit seinem Bruder aufgesucht¹⁵, und beide seien halbe Europäer. Vor allem aber habe Reuther eine ausgezeichnete Kenntnis Rußlands, wo er in den dreißiger Jahren zwei Jahre lang für Ford gearbeitet habe.¹⁶ Diese beiden hätten ja auch bei dem Besuch Chruschtschows in Amerika und in Camp David eine starke Auseinandersetzung mit Chruschtschow gehabt.¹⁷ Hinsichtlich der Gewerkschaften, die einen starken Einfluß auf Kennedy hätten, könne man also beruhigt sein. Auch Herr Kissinger sei deutscher Abstammung. Kissinger sei von der Bedeutung Europas für Amerika zutiefst überzeugt. Johnson, Acheson, die Gewerkschaften und Kissinger kennten die Bedeutung Europas für Amerika, und sie stellten hier große Faktoren dar. Dies sei der Grund, warum er (Bundeskanzler) dem Treffen Kennedys mit Chruschtschow gelassen entgegensehe. Man werde dann sehen, ob Kennedy schlapp sei oder nicht. Wenn er es sei, sei es gut, es frühzeitig zu wissen.

General *de Gaulle* erwiederte, er halte Kennedy nicht für schlapp und glaube auch nicht, daß er in seinem Gespräch mit Chruschtschow alles aufgeben werde. Was er befürchte, sei, daß Chruschtschow Kennedy in eine Geisteshaltung versetze, die sich auf die spätere Widerstandskraft Kennedys in einer europäischen Krise, d.h. in einer Berlinkrise, ungünstig auswirken würde. Es sei also wesentlich, Kennedy noch vorher zu dem klaren Entschluß zu bringen, daß die Vereinigten Staaten in einer Berlinkrise nicht nachgeben würden, und dies Chruschtschow ganz klar zu machen. Es sei höchste Zeit, bei Chruschtschow die letzten Zweifel daran zu beseitigen. Er (*de Gaulle*) werde sich bemühen, dies bei Kennedy durchzusetzen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, Kennedy, Johnson, Acheson, die Brüder Reuther und Kissinger hätten mit ihm über die Berlinkrise gesprochen und klargemacht, daß dies keine rein deutsche Angelegenheit sei, sondern eine Sache der drei Westmächte und ganz besonders der Vereinigten Staaten. Im übrigen habe er Angst, daß die britische Haltung Chruschtschow mehr Hoffnung einflöße als die amerikanische.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, Kennedy werde *de Gaulle* sicher auch auf das französische Verhältnis zur NATO ansprechen. Hier gebe es jedoch nunmehr zwei entscheidende neue Faktoren in der Welt. Erstens gehe die algerische Frage, die Frankreich und General *de Gaulle* so sehr beschäftigt habe, einer Lösung entgegen, wie er hoffe, einer für Frankreich annehmbaren Lösung.¹⁸ Zweitens

¹⁵ Bundeskanzler Adenauer traf am 17. Mai 1961 mit dem Vorsitzenden der amerikanischen Gewerkschaft „United Automobile Workers“, Walter Reuther, und dessen Bruder Victor zusammen. Bei diesem Anlaß wurde Walter Reuther das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse verliehen. Vgl. dazu den Artikel „Walther Reuther in Deutschland“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 17. Mai 1961, S. 4.

Zu dem Treffen vgl. auch REUTHER, Brüder Reuther, S. 390 f.

¹⁶ Victor und Walter Reuther reisten am 15. November 1933 von Berlin nach Gorki, wo sie 18 Monate bei einem Automobilwerk tätig waren, das mit Hilfe der Ford Motor Company aufgebaut wurde. Vgl. dazu REUTHER, Brüder Reuther, S. 104–128. Vgl. auch Victor G. REUTHER, Verraten in Gorki. Die Tragödie der ausländischen Arbeiter in den sowjetischen Autowerken in Gorki, Bonn 2002.

¹⁷ Der Vorsitzende der amerikanischen Gewerkschaft „United Automobile Workers“, Walter Reuther, und sein Bruder Victor trafen am 20. September 1959 im Mark-Hopkins-Hotel in San Francisco mit Ministerpräsident Chruschtschow zusammen. Vgl. dazu den Artikel „Premier and Labor Men Find Views Poles Apart“; THE NEW YORK TIMES, International Edition vom 22. September 1959, S. 1. Vgl. ferner REUTHER, Brüder Reuther, S. 442–446.

¹⁸ Vom 20. Mai bis 13. Juni 1961 fanden in Evian Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und der provisorischen algerischen Regierung statt. Vgl. dazu Dok. 198, Anm. 15.

soll nach dem Willen der Vereinigten Staaten die NATO eine ganz andere Bedeutung bekommen. Der Anfang dazu sei bereits in Oslo gemacht worden, denn dort habe man über den Kongo und über Laos usw. gesprochen, Dinge, die bislang in der NATO immer übergangen worden seien. Die Haltung Frankreichs zur NATO sei von äußerster Bedeutung für die Haltung Amerikas und die weitere Entwicklung der NATO, zumal die Notwendigkeit einer Reorganisation erkannt sei und Amerika die NATO zur Basis seiner Politik gemacht habe. Dies werde wohl das Hauptthema der Gespräche de Gaulles mit Kennedy darstellen. Als Nachbar Frankreichs glaube er (der Herr Bundeskanzler), daß de Gaulle hier eine große Aufgabe vor sich habe, die angepackt werden müsse. Bislang habe er in weitem Umfang die Bedenken de Gaulles gegen die NATO geteilt. Wenn nunmehr jedoch eine Änderung erfolgen solle, dann müsse Frankreich mit dabei sein und an der Änderung mithelfen.

General *de Gaulle* erwiderte, natürlich sei in Oslo von den Ministern über Laos und Kongo gesprochen worden, er sei jedoch nicht sicher, daß dies einen echten Einfluß auf die aktive Politik der Vereinigten Staaten haben werde. Amerika glaube, vielleicht zu Recht, daß es und nicht die NATO die Verantwortung trüge. Es spreche in der NATO zwar über diese Dinge, aber handele jedoch, wie Amerika es für richtig halte. Dies sei auch natürlich.

General *de Gaulle* fuhr fort, bei der NATO-Strategie handele es sich auch um die Verteidigung Europas, und dies sei auch der Punkt, an dem die NATO für Europa interessant sei. Sicher wisse der Herr Bundeskanzler die ungeheure Wandlung im amerikanischen Denken zu schätzen hinsichtlich der Lage, wie sie bestünde, wenn ein Krieg heute ausbräche oder wenn er vor zehn Jahren ausgebrochen wäre. Heute verfügten die Russen mindestens im gleichen Maße wie die Amerikaner über Atomwaffen. Ein Krieg wäre daher heute für Amerika eine unmittelbare Bedrohung, zumal sich der Einsatz von Atomwaffen ja nicht staffeln lasse, sondern wenn Atomwaffen gebraucht würden, dann sofort oder nach und nach alle, taktische und strategische. Die Amerikaner sagten sich also, wenn Rußland Atomwaffen einsetze, sei Amerika tot. Dasselbe dächten wohl auch die Russen. Die gesamte Organisation sei jedoch auf dem Gedanken aufgebaut, daß im Falle eines Angriffs die amerikanischen Bomben Europa beschützen. Diese Idee verschwinde allmählich, denn wenn es zu einem Atomkrieg käme, scherte sich Amerika um Europa wenig, denn dann ginge es um die Zerstörung Amerikas und Rußlands. Würden jedoch keine Kernwaffen eingesetzt, weil Russen und Amerikaner nicht sterben wollten und deshalb keine Kernwaffen benutzen würden, dann sehe der Schutz Amerikas ganz anders aus, denn Europa gehe die Amerikaner nicht so unmittelbar an wie die Europäer.

Diesen Gedanken müsse man wirklich in sich einsinken lassen. Hinsichtlich Frankreichs versuche er, wieder den Geist einer nationalen Verteidigung zum Leben zu erwecken, der weithin, gerade wegen der NATO, abgestorben sei. Die Menschen stellten sich vor, sie brauchten sich gar nicht mehr selbst zu verteidigen, denn die NATO übernehme ja diese Aufgabe. Diesen Gedanken halte er für gefährlich. Dies habe sich auch bei dem neulichen Handstreich der Generäle in Algerien¹⁹, die sich von ihrer Regierung gelöst hätten, gezeigt. Selbstverständlich

¹⁹ Zum Aufstand französischer Truppen in Algerien am 22. April 1961 vgl. Dok. 118.

bestehe viel Erregung, auch in Offizierskreisen, hinsichtlich Algeriens. Ein weiteres Element komme jedoch hinzu: die Entnationalisierung des Oberbefehls, wie sie in internationalen Organisationen geschehe. Dort gewöhnten sich die Generäle daran, nicht mehr ihren Regierungen, sondern der NATO zu gehorchen. Und sie stellten sich vor, daß ihre Aufgabe sich nicht mehr im Dienst am Vaterland und an der Regierung erschöpfe, sondern daß es andere Dinge gebe, die sie dann mit Fremden erörterten und wobei sie sich ihre eigenen Vorstellungen bildeten. Zumindest im Falle des Generals Challe sei genau dies geschehen.

General de Gaulle fuhr fort, man sehe sich also einer neuen Lage gegenüber, wo man nicht wisse, ob im Angriffsfalle Amerika seine Atomwaffen einsetzen werde. Er (de Gaulle) glaube nicht, daß dies geschehen werde. Er glaube auch nicht, daß die Russen diese Waffen einsetzen, zumindest nicht am Anfang. Würden sie aber eingesetzt, dann zähle Europa nicht, weil es dann ein Kampf zwischen Rußland und Amerika sei, in dem Europa keine Rolle spielen könne. Würden keine Atomwaffen eingesetzt, dann müßten die Europäer selbst für ihre Verteidigung sorgen. Daher müßten sie ihre Verteidigung selbst organisieren, wobei natürlich das Bündnis mit Amerika notwendig sei. In ihrer heutigen Organisationsform räume die NATO den Europäern jedoch diese Verteidigungsrolle nicht ein. Mit diesem Gedanken müsse man durchdringen²⁰. Er denke dabei nicht an die kleinen Länder wie Belgien, Luxemburg und Holland, die noch nie eine nationale Verteidigung besessen hätten, noch sie jemals besitzen würden. Auch Italien habe keine nationale Verteidigung, es sei dafür gar nicht geschaffen. Aber Deutschland und Frankreich und natürlich auch England, diese Länder müßten ihre eigene Verteidigung haben, und das bedeute einen großen Wandel. Die NATO führe diese Länder gar nicht auf diese Verteidigung hin.

Der Herr *Bundeskanzler* führte aus, man könne die Lage auch anders betrachten. Er halte es für die oberste Aufgabe der NATO, so stark zu sein, daß ein Krieg vermieden wird. Wenn sich jedoch Frankreich weiterhin von der NATO distanziere, ermutige es Rußland in seiner Hoffnung auf einen Zerfall der Einheit der großen freien Völker. Ohne Frankreich sei Westeuropa gespalten. Wenn er Chruschtschow wäre, hätte er, solange sich Frankreich von der NATO distanziert, an einer kontrollierten Abrüstung kein Interesse. Er würde sich sagen, man brauche nur abzuwarten, dann würde die NATO von selbst zu einer Schimäre. Eine schwache NATO sei aber eine große Gefahr für den Widerstandswillen der Völker. Das abschreckende Beispiel des russischen Verhaltens in der Zone führe dazu, daß in der Bundesrepublik, abgesehen von dem Verbot der KPD²¹, nur ein geringer Prozentsatz des Volkes etwas vom russischen Kommunismus wissen wolle. In Italien und Frankreich jedoch sehe es anders aus. Dort gebe es starke kommunistische Parteien. Wenn die westliche Einheit brüchig werde, so fürchte er, daß man damit die kommunistischen Unterminierungsversuche nur noch ermutige. Natürlich zögen es die Russen vor, Westeuropa durch die Expansion des Kommunismus und nicht durch einen Krieg für sich zu gewinnen. Er halte unter diesem Gesichtspunkt die NATO als Abschreckungsfaktor gegen die Sowjet-

²⁰ Korrigiert aus: „sich durchdringen“.

²¹ Am 17. August 1956 erklärte das Bundesverfassungsgericht die KPD für verfassungswidrig und verfügte ihre Auflösung. Für die Entscheidungsformel und -begründung vgl. ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS, Bd. 5, S. 85–393.

union und zur Erhöhung des Verteidigungswillens der westeuropäischen Länder für wichtig. Sicherlich sei an de Gaulles Beurteilung der NATO vieles richtig. Jetzt jedoch schiene die Möglichkeit einer Reorganisation der NATO gegeben. Wenn Frankreich sich hier versage, hätte dies schwere Folgen, insbesondere wegen der innenpolitischen Lage in einigen Ländern. Nach Bereinigung des Algerienproblems sehe sich de Gaulle einer neuen großen Aufgabe gegenüber: der Verbesserung der inneren politischen und wirtschaftlichen Lage in Frankreich. Vielleicht ließen sich diese Verhältnisse so umbilden, daß es gelinge, die äußerste Linke klein zu halten. Dabei spiele de Gaulles Verhältnis zur NATO ebenfalls eine Rolle.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, bei seinem Gespräch mit Kissinger sei er besonders von den Kosten der nuklearen Waffen beeindruckt gewesen. Das Kostspieligste daran seien nicht etwa die Atomsprengköpfe, sondern die Raketen mit festem Treibstoff. Wenn man so große Summen dafür verwenden wolle, bleibe nichts mehr übrig für die Verbesserung der sozialen Lage in den beiden Ländern. General de Gaulle habe jedoch auch von der Vaterlandsliebe gesprochen. Er (der Herr Bundeskanzler) sei oft unglücklich darüber, daß die Deutschen heute so völlig ohne Traditionen lebten. Der moderne Mensch lebe in einer völlig anderen Gedankenwelt. Den jungen Menschen von Tradition zu sprechen, sei sehr schwierig. Man könne jedoch die Jugend gewinnen, wenn sie das Leben, das man ihr ermögliche, für verteidigungswürdig halte. Die Kosten der sozialen Leistungen seien natürlich sehr hoch. Er (der Herr Bundeskanzler) habe heute lediglich die Bitte an de Gaulle, all diese Fragen aufgrund der neuen Ereignisse noch einmal durchzudenken. Es gebe die Möglichkeit einer echten Reorganisation der NATO, und er sei immer noch der Meinung, daß der Einsatz nuklearer Waffen nicht nur in der Hand des amerikanischen Präsidenten liegen dürfe. Eine Lösung halte er für möglich. Dann könnten sich Frankreich und Deutschland den großen sozialen und kulturellen Aufgaben widmen.

General *de Gaulle* erwiderte, er wisse die Kraft der Argumente des Herrn Bundeskanzlers zu schätzen. Der Herr Bundeskanzler dürfe auch nicht glauben, daß er (de Gaulle) die atlantische Organisation demolieren wolle. Der Zeitpunkt wäre auch sehr schlecht gewählt, denn man befindet sich schließlich in einer internationalen Krise. Der Herr Bundeskanzler habe von der Reorganisation gesprochen. Dies sei ihm recht, aber er sehe die Möglichkeit dafür nicht. Gebe es jedoch diese Möglichkeit, dann werde sie unter allen Beteiligten besprochen werden müssen. Das sei im übrigen eine große Zahl, so groß, daß man sich frage, ob man bei einer so vielgestaltigen Zusammensetzung, wobei ein großer Teil wenig verantwortungsbewußt sei, zu einer echten Reorganisation kommen könne. Frankreich habe also keineswegs die Absicht, die NATO zu zerstören. Noch weniger beabsichtigte es, in seiner Solidarität gegenüber irgendeinem Verbündeten, besonders aber Deutschland gegenüber, zu fehlen. Der Herr Bundeskanzler wisse, daß Frankreich im Falle einer Berlinkrise entschlossen sei, sich mit allen Kräften zu wehren und weder den Kommunisten russischer Prägung noch ihren ostdeutschen Handlangern deutschen Boden preiszugeben. Er meine daher, daß im Grundsätzlichen die Gefühle gegenüber dem atlantischen Bündnis auf beiden Seiten kaum auseinandergeingen. Es handele sich vielmehr um eine Organisationsfrage. Er sei sich auch bewußt, daß der Geist der Bevölkerung, und insbesondere der Patriotismus der Jugend, nicht derselbe sei wie zu seiner Jugendzeit. Es gebe

jedoch Realitäten, und diese Realitäten seien die Nationen. Diese dürfe man bei der Organisation nicht übersehen. Er glaube nicht, daß diese die Vereinigten Staaten von Europa entfernen würde. Er sei sogar der Meinung, wenn die Europäer etwas darstellten, was sie selbst geschaffen hätten, auch in bezug auf die Verteidigung, ohne daß dadurch die Verbündeten ausgeschlossen würden, daß dann Amerika um so mehr bereit sei, einzugreifen, wenn Europa bedroht sei. Er glaube weiter, daß Europa eher zum Eingreifen bereit sei, wenn Amerika bedroht wäre. Und vielleicht sei gerade Amerika als erstes bedroht.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, vielleicht fasse er den Begriff der „Verteidigung“ weiter als de Gaulle, denn er sehe die geistige Gefahr, die die Abendländer bedrohe. Verteidigung sei für ihn nicht nur militärische, sondern auch geistige Verteidigung und Vaterlandsliebe. Diese geistige Verteidigung dürfe man nicht vernachlässigen, weil man alle Mittel nur zur militärischen Verteidigung aufbrauche. Er stelle sich daher die Frage für Deutschland und für andere Länder, ob man so reich sei, diese beiden Aufgaben parallel durchführen zu können. Er fürchte, man könnte sich der geistigen Verteidigung nicht mehr widmen, wenn man das ganze Geld für die nuklearen Waffen ausgebe, zumal wenn es möglich sei, solche Kernwaffen zu annehmbaren Bedingungen zu bekommen. Diese Sorge hege er auch für Frankreich, denn er glaube, daß es vor großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben stehe, die die Bundesrepublik, die vom Nullpunkt habe beginnen müssen, bereits mehr oder weniger gut gelöst habe. Bei dieser Beurteilung lege er die Ansicht deutscher Wirtschaftler zugrunde, die das französische Wirtschaftsdenken eingehend kennen. Seine Bitte an de Gaulle sei also, sich all diese Dinge durch den Kopf gehen zu lassen und dabei nicht nur an die militärische, sondern auch an die geistige Verteidigung, und dies nicht ausschließlich gegen den Kommunismus, zu denken. Die geistige Verteidigung umfasse auch die Tatsache, daß man der Bevölkerung das Leben lebenswert machen müsse.

Der Herr *Bundeskanzler* fügte hinzu, Frankreich solle auch die Reorganisation der NATO aufgreifen. De Gaulle habe darauf hingewiesen, daß die große Zahl der NATO-Länder ein bedenkliches Manko darstelle. Man müsse sehen, ob in der NATO eine bessere Konzentration erfolgen könne, die die starken Nationen in die Lage versetzen würde, ihren Auffassungen zum Durchbruch zu verhelfen, damit entscheidende Fragen nicht am Veto Islands oder der Türkei, von der man nicht wisse, wohin sie gehe, scheiterten. Er bitte daher de Gaulle, die Zukunft der NATO mit dem festen Willen zu einer Verbesserung zu betrachten. Dies sei jetzt möglich, da die Vereinigten Staaten die Bedeutung der NATO für Amerika besser erkannt hätten.

General *de Gaulle* fragte den Herrn *Bundeskanzler*, ob er hinsichtlich der Atomwaffen (die ja den Kern der Rüstung ausmachten) irgendwelche Anhaltspunkte dafür habe, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, ihren Alliierten Atomwaffen zu geben. Er selbst bezweifle dies.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, de Gaulle kenne ja die Vorstellungen Norstads, nach denen im Notfalle die Europäer über den Einsatz verfügen könnten.²²

²² Zu den Vorschlägen des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Norstad, vgl. Dok. 24, Anm. 10.

Leider sei die Behandlung dieses Vorschlages von der Eisenhower-Administration verschleppt worden, und die neue Administration habe dazu noch nicht Stellung genommen. Die diesbezüglichen Presseberichte seien übrigens unzutreffend. Er selbst habe Kennedy die Frage gestellt, und Kissinger habe ihm am Vortage gesagt, die amerikanische Haltung sei noch offen. Auch er (der Herr Bundeskanzler) sei wie de Gaulle der Meinung, daß es auf die Dauer untragbar sei, daß Europa alle vier Jahre mit bangem Herzen nach Amerika blicke, um zu wissen, ob der neue Präsident die alte Politik weiterverfolgen werde. General *de Gaulle* schloß aus diesen Ausführungen, daß in Amerika immer noch dieselbe Meinung vorherrsche. Er halte dies auch für ganz verständlich.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, so weit würde er nicht gehen. Natürlich sei die ganze Sache in einem Gesetz niedergelegt, und daher brauche man den Kongreß. Zunächst aber müsse man die Administration gewinnen. In der jetzigen Situation halte er es nicht für unmöglich, wenn alle Länder darauf drängten.

General *de Gaulle* kam dann auf die verschobene Konferenz der sechs Regierungschefs²³ zu sprechen und bemerkte dazu, daß er es unter den Umständen für richtig gehalten habe, dieses Treffen auf später zu verschieben. Er fragte den Herrn Bundeskanzler, was er von der Zukunft der europäischen Organisation halte.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, die Studienkommission habe sich ja ungefähr im Sinne der Vorschläge geeinigt.²⁴ Man sollte jedoch daraus nicht den Schluß ziehen, daß Regierungschefs sich nicht auch zu zweit treffen dürften.

Der Herr Bundeskanzler kam dann erneut auf die Kernwaffen zu sprechen und betonte, wie stark ihn die Kosten für die Entwicklung von Raketen mit festem Treibstoff beeindruckt hätten, die ihm Kissinger am Vortage genannt habe.

Das Gespräch endete gegen 13.00 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III

²³ Zur Verschiebung der für den 19. Mai 1961 geplanten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 143.

Die Konferenz fand am 18. Juli 1961 in Bad Godesberg statt. Vgl. dazu Dok. 222.

²⁴ Zum Stand der Arbeiten der Studienkommission unter der Leitung des französischen Botschafters in Kopenhagen, Fouchet, vgl. Dok. 120.

154

Deutsch-französisches Regierungsgespräch

115-56.A/61 streng geheim

20. Mai 1961¹

Der Herr Bundeskanzler setzte am Nachmittag des 20. Mai 1961 um 16.30 Uhr sein Gespräch mit General de Gaulle in größerem Kreise fort.² Während der Besprechungen waren außerdem zugegen:

auf deutscher Seite: Bundesminister von Brentano, Staatssekretär Carstens, Botschafter Blankenhorn, Ministerialdirektor Dr. Jansen, Botschafter von Braun, Staatsrat Dr. Barth;

auf französischer Seite: Außenminister Couve de Murville, Generalsekretär de Courcel, Botschafter Seydoux, M. Lucet, M. Maillard, M. Meyer als Dolmetscher.

Zunächst referierte der Herr *Bundesminister des Auswärtigen* über die europäische Organisation. Die Studienkommission habe sich in den letzten Monaten mit den Vorschlägen General de Gaulles für eine enge Zusammenarbeit der Sechs befaßt.³ Natürlich seien noch einige Probleme zu überwinden, jedoch sei er der Ansicht, daß die bisher gemachten Fortschritte zwar noch nicht vollauf befriedigten, jedoch einen ersten Anfang darstellten. Die europäische Zusammenarbeit beruhe nur in einigen Teilen auf Verträgen, im übrigen basiere sie lediglich auf dem Willen der Regierungen. Man könne Europa aber nicht nur in Teilbereichen schaffen.

Wenn zwar die politische Verteidigung in der NATO notwendig sei, so könne es jedoch hier keine Grenzen geben. Europa lasse sich nicht lediglich mit den strategischen Überlegungen der NATO verteidigen, sondern es bedürfe des klaren und von den Russen erkannten politischen Willens zur geistigen Verteidigung. Man sei daher zu der Frage berechtigt, ob man nicht, aufbauend auf dem, was in Paris besprochen worden sei, und nach entsprechender Vorbereitung einen neuen Appell General de Gaulles und des Herrn Bundeskanzlers an die europäischen Staaten zur Stärkung ihrer Zusammenarbeit ins Auge fassen könnte; dies vielleicht mit wenigstens einem Minimum an Institution. Er wisse, daß es Meinungsverschiedenheiten gebe, aber man dürfe das Ziel nicht aufgeben, nur weil die Sechs sich über die Methode nicht ganz einig seien. Man könnte erklären und vielleicht auch in Vertragsform fassen, daß man eine Gemeinschaft wolle, die zur Koordinierung ihrer Politik bereit sei. Er halte es für nötig, in der gegenwärtigen Lage die sechs Staaten dazu zu zwingen, ihre Gemeinsamkeit nicht nur in Worten, sondern auch in einem ratifizierten Instrument zu bekennen, das auch in Zukunft Gültigkeit hätte, falls in der einen oder anderen Regierung

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Kusterer am 26. Mai 1961 gefertigt.

² Zu dem Gespräch vgl. auch DDF 1961, I, S. 618–624. Vgl. ferner ADENAUER, Erinnerungen 1959–1963, S. 103–111.

Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am Vormittag des 20. Mai 1961 in Rhöndorf vgl. Dok. 153.

³ Zum Stand der Arbeiten der Studienkommission unter der Leitung des französischen Botschafters in Kopenhagen, Fouchet, vgl. Dok. 120.

Kräfte nach vorne kämen, die von der europäischen Zusammenarbeit nicht so durchdrungen seien.

Der Herr Minister kam dann auf die Vorbereitungsarbeit der Studienkommission zu sprechen. Man könne den Eindruck haben, daß diese Kommission im Rahmen ihrer Möglichkeiten sich bemüht habe, zu Vorschlägen zu kommen, die zwar nicht voll befriedigend seien, jedoch einen ersten Schritt darstellten. Man müsse nun mit einigen Hindernissen rechnen, denn man kenne ja die Haltung der holländischen Regierung. Für diese Haltung sei seines Erachtens nicht so sehr die Einstellung des holländischen Außenministers⁴ entscheidend, sondern vielmehr interne Gründe und Schwierigkeiten mit den Koalitionspartnern. Man sollte ausgehen von dem Prinzip regelmäßiger Treffen der Regierungschefs, die natürlich entsprechend vorbereitet werden müßten. In diesen Treffen dürfe es keine Tabus geben, man wolle vielmehr Fortschritte erzielen, um zu größeren Entscheidungen oder, bis dies möglich sei, zu festen Empfehlungen zu kommen. Er glaube, man solle auf diesem Wege beginnen. Vielleicht müßten sich aber auch die beiden Regierungen die Frage stellen, ob nicht der Zeitpunkt für weitergehende Vorhaben gekommen sei.

General *de Gaulle* erwiederte, Frankreich habe ja bereits vor einigen Monaten Vorschläge gemacht, die im übrigen recht bescheiden seien, denn man wollte nichts umstoßen, sondern nur die ersten Schritte auf einem neuen Wege tun. Das Treffen in Paris sei in einigen Punkten ermutigend, in anderen enttäuschend verlaufen. Frankreich habe daher die Ansicht vertreten, daß man ein ähnliches Unterfangen besser nicht noch einmal zum jetzigen Zeitpunkt wiederholen solle, um so mehr, als eine Frage immer wiederkehre. Die Notwendigkeit einer Schaffung einer politischen Zusammenarbeit werde von Frankreich und Deutschland wohl verstanden und auch schon praktiziert. Dies gelte allerdings bekanntlich nicht für alle Mitgliedstaaten der Sechs. Unter den Sechs gebe es drei, die instinktiv vor einer politischen Zusammenarbeit Angst hätten, denn es sei natürlich die Zusammenarbeit des Potentials und der Macht sowie der Ziele dieser Mächte. Die Drei befänden sich hier nicht in derselben Lage wie Frankreich und Deutschland, und deswegen wünschten sie so recht eigentlich diese Zusammenarbeit nicht. Natürlich sagten sie dies nicht laut, sondern verbärgen es hinter Vorwänden. Sie sagten nicht, daß man Europa nicht schaffen solle, denn irgendwo wollten sie dieses Europa natürlich. Aber sie wollten es, ohne es wirklich zu wollen. Und so handelten sie eben, als ob sie es wollten. Wie sich aus den Pariser Gesprächen ergeben habe, wollten diese Länder glauben, daß eine Wirtschaftsgemeinschaft und eine Montanunion ausreichten, um Europa zu schaffen, und daß man lediglich diese Gemeinschaften zusammenzulegen brauche. Natürlich wüßten auch diese Länder, daß dies letztlich nicht stimme, daß ein Gemisch aus Herrn Hallstein und der Montanunion nicht Europa sei. Da sie aber diese Einstellung hätten und da andererseits Frankreich und Deutschland diese Länder dabeihaben wollten, denn dies könne auch sehr nützlich sein, warte man ab und verliere Zeit. Dies sei bedauerlich, zumal alles für eine politische Zusammenarbeit in Europa spreche: europäische Gründe, ja weltweite Gründe. Und dennoch tue man nichts. Frankreich sei niemandem böse deswegen, aber es stelle bedauernd fest, daß sich nichts präzisiere. Auch der Herr Bundeskanzler habe ja

⁴ Joseph Luns.

gesagt, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit aufgrund der Rom-Verträge⁵ erst begonnen habe und daß sie nicht weitergehen werde, wenn auf dem politischen Gebiet nichts geschehe. Frankreich habe seine Sonderinteressen, z.B. auf dem landwirtschaftlichen Sektor, und wenn die Landwirtschaft nicht in den Gemeinsamen Markt eingebracht werde, könne der Gemeinsame Markt nicht weitergehen oder weiterentwickelt werden.⁶ Denn nur, wenn man sich politisch verständige, habe man Gründe, die die Sonderinteressen überragten. Geschehe dies nicht, werde weder der Gemeinsame Markt noch Europa noch eine politische Zusammenarbeit sich entwickeln können.

General de Gaulle fuhr fort, Großbritannien stehe ebenfalls an der Tür und wolle glauben machen, daß es in irgendeiner Weise in den Gemeinsamen Markt, vielleicht sogar in die politische Zusammenarbeit eintreten wolle. Wie aber solle es in eine politische Zusammenarbeit eintreten, die gar nicht existiere? Es würden also keine Probleme gelöst, kein Fortschritt werde erzielt. Dies gelte auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Da Europa keine politische Konsistenz habe, zögere es. Man lasse sich aufhalten durch eine Reihe von Vorbedingungen. Der Herr Minister habe von Tabus gesprochen. Es gebe heute schon solche Tabus. Sie nennen sich europäische Integration, eine in allgemeiner Wahl gewählte Versammlung, ja sogar NATO. Denn man dürfe nicht über die Verteidigung sprechen, die die europäischen Länder doch ganz unmittelbar berühre, weil die NATO hierüber diskutiere. Dabei spreche jeder über Verteidigung: der Herr Bundeskanzler, wenn er mit Kennedy zusammentreffe⁷, er selbst, wenn er Kennedy in Paris sehen werde⁸, nur wir Europäer dürften nicht darüber sprechen. Es gebe also heute schon diese Tabus, die weggeräumt werden müßten, wenn man einen Anfang machen wolle, der im übrigen sehr bescheiden und sehr zart sei. Vielleicht könne doch dieser Anfang damit gemacht werden, daß man sich treffe und über die eigensten Angelegenheiten spreche, Angelegenheiten von ungeheurer Bedeutung, die die ganze Welt und natürlich besonders Europa beträfen. Dies sei die nackte Wahrheit.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte mit den Worten: „Fangen wir also an!“ Er fuhr fort, man werde dann sehen, ob die anderen zur Zusammenarbeit bereit seien. Seien sie es, sei es gut, wenn nicht, müsse man sie eben beiseite lassen. Deutschland und Frankreich müßten handeln.

Außenminister *Couve de Murville* bemerkte, es sei eine reine Frage des Willens. Es handele sich nicht um eine Frage, über die verhandelt werden könnte, und es habe keinen Zweck, über die ausgeklügeltesten Formulierungen für Verfahrensfragen zu sprechen, wenn die Willensbekundung nicht vorausgegangen sei.

General *de Gaulle* führte aus, es gebe noch ein weiteres Tabu bei den anderen. Es sei die Furcht, daß in einer europäischen politischen Zusammenarbeit die französisch-deutsche Einigkeit („entente“) dominieren werde. Dies sei im übrigen

⁵ Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

⁶ Zur Agrarpolitik der EWG und zur Weiterentwicklung des Gemeinsamen Marktes vgl. Dok. 57.

⁷ Für die Gespräche des Bundeskanzlers Adenauer mit Präsident Kennedy und dem amerikanischen Außenminister Rusk am 12./13. April 1961 in Washington vgl. Dok. 105, Dok. 107 und Dok. 108.

⁸ Präsident Kennedy traf vom 31. Mai bis 2. Juni 1961 mit Staatspräsident de Gaulle in Paris zusammen. Vgl. dazu Dok. 170 und Dok. 185.

richtig. Was aber könnten Frankreich und Deutschland dafür? Sollten sie einfach auf alles verzichten, nur weil Deutschland und Frankreich sich (zum ersten Mal in der Weltgeschichte!) einig sein könnten?

Der *Herr Bundeskanzler* bemerkte, wie er *de Gaulle* kenne, werde er sich an Tabus nicht stoßen. Dasselbe gelte für ihn selbst.

Präsident *de Gaulle* stellte dann die Frage, wie dies nun in der Praxis aussehen solle. Die Tagung der Regierungschefs sei ja für Ende Juli vorgesehen. Hätte sie am Vortage stattgefunden⁹, hätte man sicherlich über Berlin gesprochen, und aus der Erörterung hätte sich ergeben, daß die Berlinfrage und jede Verletzung des Berliner Status eine große Gefahr für Europa darstelle. Dies hätte keinem weh getan, selbst Herrn Kennedy in seinem Treffen mit Chruschtschow¹⁰ nicht. Vielmehr hätte Kennedy Chruschtschow sagen können, wie die Europäer über diese Frage dächten. Herr Minister *von Brentano* bemerkte, er sei auch der Ansicht, daß ein Anfang gemacht werden müsse. Im übrigen sei er überzeugt, daß dann die anderen auch mitmachten.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, als Schuman den Gedanken der Montanunion vorgeschlagen habe, habe er ihm (Bundeskanzler) einen Brief geschrieben und darin bemerkt, worauf ihm lediglich ankomme, sei, daß Frankreich und Deutschland diesen Vertrag schlössen. Es wäre zwar schön, wenn die anderen sich dazugesellten, notwendig sei es nicht.¹¹ Auch England sei ja damals aufgefordert worden, habe aber nicht gewollt¹², so daß man den Vertrag eben ohne England geschlossen habe.¹³

General *de Gaulle* wies darauf hin, daß bald ein Punkt eintreten werde, an dem die Länder sich entscheiden müßten. Er sage ganz offen, daß diese Entscheidung fallen müsse. Es sei beinahe eine Probe für die gemeinsame Zukunft, die insbesondere auf dem wirtschaftlichen Gebiet schon begonnen habe. Er spreche von der Entscheidung, die noch dieses Jahr gefällt werden müsse für den Übergang in die zweite Phase.¹⁴ Beschließe man diesen Übergang nicht, werde man niemals dazu kommen. Beschließe man ihn jedoch, öffne sich eine neue Bahn, und die

⁹ Zur Verschiebung der für den 19. Mai 1961 geplanten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 143.

Die Konferenz fand am 18. Juli 1961 in Bad Godesberg statt. Vgl. dazu Dok. 222.

¹⁰ Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chruschtschow trafen am 3./4. Juni 1961 in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 170.

¹¹ Mit Schreiben vom 7. Mai 1950 erläuterte der französische Außenminister Schuman Bundeskanzler Adenauer ein Vorhaben, das er am 9. Mai 1950 dem französischen Kabinett vorlegen und anschließend veröffentlichen wolle. Unter Bezugnahme auf die von Adenauer in den Interviews mit dem amerikanischen Journalisten Kingsbury-Smith am 7. und 21. März 1950 angeregte Wirtschaftsunion zwischen Frankreich und der Bundesrepublik schlug er vor, „die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohlen- und Stahlproduktion einer gemeinschaftlichen hohen Stelle im Rahmen einer Organisation, der die anderen europäischen Länder beitreten können, zu unterstellen“. Vgl. ADENAUER, Briefe 1949–1951, S. 508–510.

Zur Reaktion von Adenauer vgl. AAPD 1949/50, Dok. 57 und Dok. 58.

¹² Die britische Regierung lehnte nach einem Notenwechsel vom 23. Mai bis 2. Juni 1950 mit der französischen Regierung die Teilnahme an den Verhandlungen über den Schuman-Plan ab. Vgl. dazu das Kommuniqué vom 3. Juni 1950; EUROPA-ARCHIV 1950, S. 3173 f.

Vgl. auch die Ausführungen des Parlamentarischen Staatssekretärs im britischen Außenministerium, Lord Henderson, am 29. März 1951 gegenüber Bundeskanzler Adenauer; AAPD 1951, Dok. 61.

¹³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. April 1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

¹⁴ Zu den nach Artikel 8 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vorgesehenen Stufen bei der Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes vgl. Dok. 21, Anm. 3.

sei ja auch der Grundgedanke des Gemeinsamen Marktes. Frankreich werde große Schwierigkeiten haben, diesen Schritt zu tun, nicht etwa, weil es im Grundsatz dagegen sei, sondern wegen seiner Landwirtschaft, deren Lage außerordentlich schwierig würde, wenn es nicht gelinge, sie zumindest in gewissem Maße in den Gemeinsamen Markt hineinzubringen. Gelinge dies nicht, gäbe es in Frankreich ungeheure wirtschaftliche Verzerrungen. Frankreich könne einfach nicht den Gemeinsamen Markt nur auf industriellem Gebiet, nicht aber auf landwirtschaftlichem Gebiet schaffen. Hier sei ein Testfall gegeben. Vor allem komme es darauf an, was Deutschland in dieser Sache tue oder unterlasse.

Herr Minister *von Brentano* sagte, die Bundesregierung wisse, daß hier eine wesentliche Frage für die wirtschaftliche Entwicklung im Gemeinsamen Markt vorliege. Wenn sie im vergangenen Jahr gezögert habe, so sei es nicht zuletzt wegen der bevorstehenden Wahlen gewesen, da die Bundesregierung vor diesen Wahlen nicht etwas tun wollen, was mißverstanden hätte werden können. Nach den Wahlen habe man aber für vier Jahre Ruhe, und man brauche sie auch. Im übrigen sei die Landwirtschaft ja auch im Rom-Vertrag mit einbezogen und stelle eine *conditio sine qua non* dar.

Außenminister *Couve de Murville* wies darauf hin, daß spätestens am 31. Dezember die Entscheidung gefallen sein müsse.¹⁵ Da die Bundestagswahlen erst am 17. September stattfänden, sei nicht viel Zeit für eine so schwierige Entscheidung. Was Frankreich wolle, sei, daß der Ministerrat in Brüssel die Dinge bereits im Sommer in Gang bringe.

Der Herr *Bundeskanzler* kam dann erneut auf die Ausarbeitung der Studienkommission zu sprechen. Allerdings bemerkte *General de Gaulle*, daß der offizielle Bericht noch nicht vorliege.¹⁶ Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, die Bundesregierung wolle dem Prinzip der politischen Zusammenarbeit zustimmen und mit regelmäßigen Treffen der Regierungschefs den Anfang machen. Dazu bedürfe es außerdem eines kleinen Arbeitsorgans. Man müsse sich einigen über die Tagesordnung, die von den Regierungschefs zu behandeln sei.

General de Gaulle bemerkte hierzu, diese Tagesordnung könne natürlich vorher festgelegt werden, wobei jeder Regierungschef die Möglichkeit haben solle, alle Punkte auf diese Tageordnung zu setzen, die er für notwendig erachte. Im übrigen sei die Tagesordnung wahrscheinlich immer beinahe dieselbe.

General de Gaulle faßte dann das Ergebnis dieses Gesprächs so zusammen, daß er sagte, die erste echte Gipfelkonferenz der Sechs soll, wie vorgeschlagen, in der zweiten Julihälfte stattfinden. Frankreich und Deutschland seien sich hier-

¹⁵ In einer undatierten Aufzeichnung vom Juni 1961 wies Referat 200 darauf hin, daß „für die Franzosen die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes für landwirtschaftliche Erzeugnisse das zentrale Problem der Europäischen Integration ist. Dabei ist ihr Ziel deutlich: eine Präferenzstellung für ihre Landwirtschaft auf dem deutschen Markt. [...] In der Nationalversammlung bemängelten sowohl Minister Baumgartner wie Minister Rochereau die geringen Fortschritte bei der Entwicklung einer Gemeinsamen Agrarpolitik: Bei dem derzeitigen Stand der diesbezüglichen Verhandlungen könnte die französische Regierung weder zu dem Vorschlag einer neuerlichen Vertragsbeschleunigung noch zu dem Ende d. J. fälligen Übergang zur zweiten Stufe der Zollunion (Art. 8 EWG-Vertrag) Stellung nehmen.“ Vgl. B 20-200, Bd. 548.

¹⁶ Für einen im Vorfeld der für den 19. Mai 1961 geplanten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten vorgelegten Berichtsentwurf der Studienkommission unter der Leitung des französischen Botschafters in Kopenhagen, Fouchet, über die europäische politische Zusammenarbeit vgl. *POLITISCHE UNION*, S. 7-9.

über einig und würden dieses Treffen selbst dann abhalten, wenn nur sie beide kämen. Er sei aber überzeugt, daß die anderen ebenfalls kämen. Inzwischen würden die deutschen und französischen Delegierten in der Studienkommission angewiesen, die einzelnen Punkte auf die Tagesordnung zu setzen. Wenn dann die anderen darüber nicht diskutieren wollten, sei dies ihre Privatsache.

Der Herr *Bundeskanzler* stellte die Frage, ob das Treffen der Regierungschefs nicht früher stattfinden könnte, zumal Kennedy und Chruschtschow Anfang Juni zusammenträfen. Danach brauche man etwa zwei Wochen Zeit, um sich entsprechend unterrichten zu lassen. Er halte dieses Treffen aber für so wichtig, daß die sechs Regierungschefs darüber sprechen sollten.

General *de Gaulle* erwiderte, man könne die Kommission anweisen, die Tagung für die ersten Julitage vorzubereiten. Was die Entscheidung im Gemeinsamen Markt angehe, seien Frankreich und Deutschland der Meinung, daß die Prüfung der landwirtschaftlichen Frage aufgenommen werden solle.

General *de Gaulle* fragte dann den Herrn *Bundeskanzler*, was er von der britischen Demarche halte, sich allmählich den Sechs und dem Gemeinsamen Markt zu nähern.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er wünschte, Macmillan wüßte, was er wollte. Herr Minister *von Brentano* vertrat die Meinung, daß London erkannt habe, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Kontinent weitergehe und für Großbritannien eine Gefahr darstelle, weil es vom Kontinent verdrängt würde. Diese britische Sorge halte er für echt. Andererseits glaube er nicht, daß in England eine Bereitschaft zur echten politischen Zusammenarbeit bestehe. Er glaube, das Interesse Englands erschöpfe sich an der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Bereitschaft zu der von *de Gaulle* eben dargelegten Zusammenarbeit gebe es in London nicht. Vielleicht wolle England sogar bewußt oder unbewußt diese Zusammenarbeit stören, indem es dabei sei.

General *de Gaulle* zog hieraus den Schluß, daß die Bundesrepublik auf eine Teilnahme Englands nicht sehr scharf sei. Auf Frankreich treffe dasselbe, und aus denselben Gründen, zu. Frankreich wolle nicht etwa Großbritannien vernachlässigen oder seine wirtschaftliche und politische Bedeutung schmälern, aber es habe nicht den Eindruck, daß England aus demselben Holz geschnitten sei wie Frankreich und Deutschland. Wenn England sich also beteilige, dann nicht zum Zwecke einer wirklichen Zusammenarbeit, sondern um als Schiedsrichter dabei zu sein, ohne sich fundamental zu engagieren. Dies sei ganz natürlich, denn England sei und bleibe eine Insel, während Frankreich und Deutschland auf dem Kontinent stünden. Hier liege ein großer Unterschied. Man wolle also den Gemeinsamen Markt schaffen nicht gegen England, noch gegen ein anderes europäisches Land oder gar Amerika. Man könne sich sehr wohl ein wirtschaftliches Verhältnis zwischen dem Gemeinsamen Markt und der übrigen Welt vorstellen, das man keineswegs verhindern, sondern vielmehr entwickeln wolle. Großbritannien jedoch zu absorbieren ginge wider die Natur, und auf diesem Wege komme man nicht voran. Glücklicherweise nehme England heute gegenüber dem Gemeinsamen Markt und den Sechs eine weniger feindselige Haltung ein und spreche heute nicht mehr dieselbe Sprache wie noch vor zwei bis drei Jahren. Dies sei erfreulich, bedeute aber noch keineswegs, daß England etwa nicht „unbewußt die Zusammenarbeit zu verhindern wünsche“.

Herr Minister *von Brentano* stimmte dieser Auffassung zu. Er bemerkte noch, daß die Erklärung von Lordsiegelbewahrer Heath¹⁷ ernstgenommen werden müsse. Er halte Heath für einen ehrlichen Mann, der aber die Probleme nicht sehe. Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn Formen einer Zusammenarbeit gefunden werden könnten. Sie halte dies auch für möglich, insbesondere dann, wenn die EFTA aufgelöst werde, was sicher nicht mehr lange auf sich warten lasse. Es sei jedoch kaum vorzustellen, daß Großbritannien ein Vollmitglied werde. Im übrigen habe man immer erklärt, daß die Zusammenarbeit allen offen stehe, die sämtliche Rechte und sämtliche Pflichten, dazu zählten natürlich auch die politischen Ziele, zu übernehmen bereit seien.

Außenminister *Couve de Murville* erklärte, er glaube, daß man mit England wieder in lange Verhandlungen eintreten werde unter Bedingungen, die anders aussähen als vor drei Jahren. Jedenfalls werde England niemals zustimmen, als Vollmitglied beizutreten. Es werde immer seine Vorbehalte machen, und vielleicht würden die Verhandlungen dann wieder, wie schon einmal, auf französische Initiative hin abgebrochen.¹⁸ Jedenfalls werde es sehr langwierige Verhandlungen geben. Man dürfe auch nicht übersehen, daß, wenn England dem Gemeinsamen Markt beitrete, sich Holland an seine Seite gesellen und Dänemark und Norwegen ebenfalls beitreten würden.¹⁹ Damit würde die gesamte Physiognomie des Gemeinsamen Marktes total geändert.

General *de Gaulle* kam dann auf die französisch-deutsche militärische Zusammenarbeit zu sprechen. Im vergangenen und in diesem Jahr seien einige praktische Dinge gemeinsam geschaffen worden. Dazu gehöre die Benutzung französischer Übungsplätze durch deutsche Truppen.²⁰ Außerdem sei vor kurzem Herr

¹⁷ Am 19. Mai 1961 berichtete Botschafter Herwarth von Bittenfeld, London, über eine „ausführliche, klare und eindrucksvolle Darstellung der für Großbritannien aus der europäischen Integration entstandenen Probleme“ durch Lordsiegelbewahrer Heath in der am Vortag abgeschlossenen zweitägigen außenpolitischen Debatte des britischen Unterhauses. Heath habe u. a. ausgeführt: „Die Zeit einer Balance-of-power-Politik in Europa sei für Großbritannien vorbei. Dem Vereinigten Königreich drohe eine Einbuße seines Einflusses in der Welt und im Commonwealth. [...] Britischem Anschluß an Europa stünden erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten entgegen. Diese seien indessen gegen die außerordentlichen politischen und materiellen Vorteile abzuwägen, die ein britischer Anschluß bringen würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 403; B 21 (Referat 201), Bd. 303.

Für den Wortlaut der Rede vom 17. Mai 1961 vgl. HANSARD, COMMONS, Bd. 640, Sp. 1386–1400.

¹⁸ Nachdem sich der OEEC-Ministerrat bereits auf Tagungen vom 17. bis 19. Juli 1956 und am 12./13. Februar 1957 in Paris mit Plänen für eine europäische Freihandelszone befaßt hatte, die insbesondere von Großbritannien befürwortet wurden, führte auf Beschuß der OEEC vom 17. Oktober 1957 eine zwischenstaatliche Kommission unter Vorsitz des Sonderbeauftragten der britischen Regierung, Maudling, Verhandlungen über die Errichtung einer Freihandelszone. Ziel war der Abbau von Zollschranken und Kontingentierungen zwischen den potentiellen Mitgliedstaaten, denen aber – anders als in der mit gemeinsamen Außenzöllen operierenden EWG – die Zollautonomie gegenüber Drittstaaten belassen werden sollte. Da die französische Regierung diesen Vorstellungen nicht zustimmte, wurden die Gespräche im November 1958 abgebrochen. Zur Diskussion auf den OEEC-Ministerratssitzungen vgl. EUROPA-ARCHIV 1956, S. 9115 f., und EUROPA-ARCHIV 1957, S. 9651 f.

¹⁹ Botschafter von Holten, Oslo, berichtete am 6. Mai 1961, die norwegische Regierung beginne „nunmehr die Öffentlichkeit darauf vorzubereiten, daß im Falle eines Beitritts Großbritanniens zur EWG die Frage des Beitritts Norwegens aktuell wird“. Der Staatssekretär im norwegischen Außenministerium, Engen, habe ihm gegenüber Bereitschaft zu Verhandlungen mit der EWG „gemeinsam mit den anderen EFTA-Ländern“ signalisiert: „Problematisch erscheine einstweilen noch die Haltung Frankreichs, ferner habe Norwegen Rücksicht auf die übrigen skandinavischen Länder, insbesondere Finnland und Schweden, zu nehmen.“ Vgl. den Schriftbericht; VS-Bd. 4994 (401); B 150, Aktenkopien 1961. Zur dänischen Haltung vgl. Dok. 158.

²⁰ Ministerialdirektor von Etzdorf teilte am 26. Oktober 1960 mit, daß am Vortag in Paris „ein deutsch-französisches logistisches Rahmenabkommen abgeschlossen worden“ sei. Danach würden „der Bundes-

Strauß in Paris zu Gesprächen über gemeinsame Waffenproduktion gewesen.²¹ Er wolle heute ganz klar sagen, daß Frankreich dieser Zusammenarbeit aufgeschlossen gegenüberstehe. Es würde sich freuen, mitzumachen, wann immer sich in der Praxis etwas Gemeinsames tun lasse, sei es in der Frage der Übungsplätze oder hinsichtlich des Rüstungsmaterials oder der Zusammenarbeit zwischen den Stäben. Auch Herr Messmer habe mit Herrn Strauß die Frage der Produktion von Panzern und Hubschraubern gelöst. Frankreich sei sehr für eine solche Zusammenarbeit, wo immer sie sich in der Praxis realisieren lasse.

General de Gaulle gab dann seiner Freude über den bevorstehenden Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten²² Ausdruck, den er als sehr bedeutsam bezeichnete. Frankreich werde es an nichts fehlen lassen, um diesen Besuch seiner Bedeutung gemäß durchzuführen.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich erneut bei General de Gaulle dafür, daß er zum ersten Mal an den Sitz der Bundesregierung gekommen sei. Dies habe seine Wirkung auch auf die deutsche Öffentlichkeit nicht verfehlt.

General *de Gaulle* sagte dann, da die Bundesrepublik ein so guter Verbündeter sei, wolle er zum Schluß noch ein Wort über Algerien sagen. Die Gespräche, die aus nicht von Frankreich zu vertretenden Gründen lange hinausgeschoben worden seien, hätten nun begonnen.²³ Zweifellos werde es manches Auf und Ab geben, aber im Gesamten gesehen glaube er, daß der Weg nun vorgezeichnet sei und man zu einer Lösung kommen werde. Für die Franzosen bedeute dies eine große Änderung. Manche Nachteile, aber auch manche Vorteile seien in dieser Änderung enthalten. Es sei von großem Einfluß auf das gesamte Afrika, vor allem auf das französischsprachige, aber auch auf einen Teil des nicht-französischsprachigen Afrika, wenn es gelinge, zu einer annehmbaren Regelung zu kommen. Das Verhältnis mit Afrika könne völlig anders aussehen. Wenn es gelinge, zu einer europäischen Einigung zu kommen, könne man politisch mit der gebotenen Diskretion, vor allem aber auch wirtschaftlich, sozial und geistig, einen starken Einfluß geltend machen, der allem, was Russen oder Amerikaner sich jemals ausdenken könnten, weit überlegen sei.

Der Herr *Bundeskanzler* maß diesen Worten größte Bedeutung bei. Schließlich sei Nordafrika von Europa nur durch einen schmalen Meeresgürtel getrennt, und

Fortsetzung Fußnote von Seite 696

- wehr in Frankreich Übungsplätze, Depots und sonstige logistische Einrichtungen zur Verfügung²⁴ gestellt, die aber unter französischer Befehlsgewalt verblieben: „Durch das Abkommen werden den deutschen Streitkräften weder Stützpunkte noch Abschußbasen zur Verfügung gestellt, noch enthält es Vereinbarungen über nukleare Waffen.“ Das Abkommen werde nicht veröffentlicht. Vgl. den Runderauß; B 24 (Referat 204), Bd. 383.
- 21 Zum Gespräch des Bundesministers Strauß mit dem französischen Verteidigungsminister Messmer am 16. Mai 1961 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stechow am 5. Juni 1961 dar, besprochen worden sei „a) die Entwicklung eines gemeinsamen Panzers. Beide Länder bauen 1961/62 eine Vorserie mit verschiedenen Merkmalen (die deutsche mit britischer 105-mm-Kanone). b) Der französische Hubschraubertyp ‚Frélon‘ soll als Grundlage für eine weitere europäische Entwicklung genommen werden. c) Der deutsch-britischen Triebwerkentwicklung für moderne Flugzeuge dürfte sich wahrscheinlich auch Frankreich anschließen.“ Vgl. B 130, Bd. 4966 A (406).
- 22 Bundespräsident Lübke besuchte Frankreich vom 20. bis 23. Juni 1961. Vgl. dazu DDF 1961, I, S. 928–933. Vgl. außerdem BDFD, I, S. 857–860.
- 23 Zur Vorbereitung algerisch-französischer Verhandlungen vgl. Dok. 74, Anm. 19.
Die Verhandlungen fanden vom 20. Mai bis 13. Juni 1961 in Evian statt. Vgl. dazu Dok. 198, Anm. 15.

es sei zu wünschen, daß alle guten Europäer Frankreich ihre Hilfe angedeihen ließen, damit der Einfluß Europas auf Afrika gesichert sei.

Die Konferenz endete gegen 18.00 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/59

155

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Duckwitz

704-82.30-94.29-1038/61 VS-vertraulich

20. Mai 1961

Betr.: Verhandlungen über den Abschluß einer neuen deutsch-sowjetischen Kulturvereinbarung¹

Bezug: Aufzeichnung von Botschafter z. b. V. Dr. Granow vom 19. Mai 1961
– 66-270/61 VS-vertraulich²

Der deutsch-sowjetische Kulturaustausch hat zu einer Reihe repräsentativer deutscher Veranstaltungen in der UdSSR geführt. Er vollzog sich jedoch nicht ohne Reibungen. Innerhalb der deutsch-sowjetischen Beziehungen spielt er zwar eine gewisse Rolle, kann jedoch keinesfalls als tragendes Element dieser Beziehungen angesehen werden.

Die sowjetische Tendenz, durch Setzung einzelner Fakten einer Freistadt-Lösung für West-Berlin³ näherzukommen, hat sich in letzter Zeit verstärkt. Dies zeigte sich besonders in den neuerlichen sowjetischen Versuchen, mit West-Berlin auf kulturellem und auf wirtschaftlichem Gebiet (Einrichtung einer sowjetischen Handelsvertretung für West-Berlin⁴) direkte Kontakte aufzunehmen. Diese Ten-

¹ Zu den Überlegungen hinsichtlich der Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über ein neues Kulturabkommen und zu den Entwürfen vgl. Dok. 19 und Dok. 67.

² Botschafter z. b. V. Granow legte dar, die am 12. Mai 1961 aufgenommenen Verhandlungen „über den Abschluß einer neuen Vereinbarung für einen kulturellen, wissenschaftlichen und technisch-wirtschaftlichen Austausch“ mit der UdSSR seien nach „gründlichen und in freundschaftlicher Atmosphäre gehaltenen Besprechungen jetzt festgefahren, weil auf übereinstimmendes Ersuchen der Länder und energische Intervention der Vertreter Berlins von unserer Seite der Wunsch, die Bevölkerung West-Berlins in den künftigen Kulturaustausch faktisch einbeziehen zu lassen, vorgebracht wurde“. Die sowjetische Delegation sehe sich zu einer Einbeziehung von Berlin (West) „weder in ausdrücklicher Form noch zwischen den Zeilen des neuen Abkommenstextes“ imstande und wolle „alles oder nichts“. Granow kam zu dem Schluß, angesichts des „politischen Hauptinteresses“ müsse die Delegation der Bundesrepublik weiter „auf faktische Einbeziehung der West-Berliner Bevölkerung in die neue deutsch-sowjetische Kulturvereinbarung“ bestehen. Vgl. VS-Bd. 5171 (66); B 150, Aktenkopien 1961.

³ Zu den sowjetischen Vorschlägen für eine „Freie Stadt“ Berlin (West) vgl. Dok. 2, Anm. 3 und 5.

⁴ Legationsrat Balser vermerkte am 28. April 1961, daß der französische Vertreter in der Bonner Arbeitsgruppe am 26. April 1961 über sowjetische Bemühungen berichtet habe, „eine Handelsvertretung in West-Berlin zu errichten“. Vgl. VS-Bd. 3836 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kempff, Berlin (West), teilte am 5. Juni 1961 dazu mit: „Botschaftsrat Michajlow von Ostberliner Sowjetbotschaft hat Senatsdirektor Klein [...] dezidiert erklärt, daß an den Pressemeldungen über die Errichtung einer sowjetischen Handelsvertretung in Westberlin kein wahres Wort sei. Die Sowjetunion habe niemals den Plan erwogen, auf so ungeschickte Weise in

denz fand auch bei den im Gange befindlichen Kulturverhandlungen ihren Ausdruck in der sowjetischen Weigerung, West-Berlin in den Kultauraustausch einzubeziehen. Dabei erklärte die sowjetische Delegation wiederholt und nachdrücklich, daß auch die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsvereinbarungen keinen Bezug auf Berlin hätten, versuchte also, die Bedeutung des von uns am 31. Dezember 1960 überreichten Briefes über den Anwendungsbereich der Wirtschaftsvereinbarungen zu negieren.⁵

Bei dieser Sachlage erscheint es nicht ratsam, eine Kulturvereinbarung mit der UdSSR unter Ausklammerung Berlins abzuschließen. Andernfalls dürfte es nicht möglich sein, den Eindruck des „Weichwerdens“ in der Berlin-Frage bei den Sowjets und bei unseren Verbündeten zu vermeiden. Dies um so mehr, als der sowjetischen Delegation in der Sitzung vom 19. Mai 1961 mitgeteilt wurde, daß die höchsten politischen Instanzen der Bundesrepublik einschließlich des Bundeskabinetts mit der Frage des Anwendungsbereiches der Kulturvereinbarung befaßt werden würden. Damit ist die Frage des Anwendungsbereiches der Kulturvereinbarung, die die deutsche Delegation zunächst als technisches Problem bezeichnet hatte, zu einer eminent politischen Frage geworden. Eine nachgiebige Haltung der Bundesregierung in dieser Angelegenheit müßte sowohl bei den Sowjets als auch bei unseren Verbündeten zu weitgehenden Schlüssen führen. Die Sowjets könnten so in ihrer Tendenz bestärkt werden, in Verkennung unserer Härte gefährliche Erpressungsversuche in Berlin zu unternehmen. Demgegenüber erscheint eine evtl. vorübergehende Belastung der Beziehungen zur UdSSR durch unsere Festigkeit hinsichtlich der Einbeziehung Berlins in den deutsch-sowjetischen Kultauraustausch als geringerer Nachteil.⁶

Hiermit über den Herrn Staatssekretär⁷ dem Herrn Bundesminister⁸ vorgelegt.

Duckwitz

VS-Bd. 3005 (704)

Fortsetzung Fußnote von Seite 698

das Westberliner Wespennest zu stechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 75; VS-Bd. 3836 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

⁵ Zum Handels- und zum Warenabkommen vom 31. Dezember 1960 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 13, Anm. 16.

Zum Schreiben des Staatssekretärs von Scherpenberg vom 31. Dezember 1960 an den sowjetischen Botschafter Smirnow vgl. Dok. 22, Anm. 5.

⁶ Am 25. Mai 1961 teilte Ministerialdirektor Duckwitz den Botschaftern in London, Moskau, Paris und Washington sowie der Ständigen Vertretung bei der NATO in Paris mit: „Die deutsch-sowjetischen Kulturverhandlungen vom 12. bis 24. Mai 1961 sind unterbrochen worden. Es war nicht möglich, eine Einigung über die Einbeziehung Berlins in den deutsch-sowjetischen Kultauraustausch zu erzielen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1482; VS-Bd. 3005 (704); B 150, Aktenkopien 1961.

Gesandter Scholl, Moskau, berichtete am 7. August 1961, daß laut Auskunft der Vertreterin des sowjetischen Staatskomitees für Kultur, Proskurnikowa, „auch unser neuer Vorschlag, Anwendungsbereich des Kulturaabkommens mit demjenigen des Handelsabkommens gleichzusetzen, für Sowjets nicht annehmbar sei“, da auch er „von faktischer Einbeziehung Berlins“ ausgehe. Vgl. den Drahterlaß Nr. 762; B 97-EA, Bd. 48.

⁷ Hat Staatssekretär Carstens am 23. Mai 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dies entspricht den Instruktionen, die Botsch[after] Granow hat.“

⁸ Hat Bundesminister von Brentano vorgelegen.

156

**Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer
mit dem amerikanischen Botschafter Dowling**

115-55.A/61 streng geheim

23. Mai 1961¹

Der Herr Bundeskanzler empfing am 23. Mai 1961 um 16.30 Uhr den amerikanischen Botschafter Dowling zu einer Unterredung, bei der außerdem Herr VLR I Dr. Osterheld zugegen war.

Der Herr *Bundeskanzler* bat den amerikanischen Botschafter einleitend, den nachfolgenden Bericht über seine Gespräche mit General de Gaulle² an Präsident Kennedy weiterzugeben und so diskret zu behandeln, daß auf keinen Fall irgend etwas über dieses Gespräch nach Frankreich durchsickere.

Botschafter *Dowling* erwiderte, er werde das Telegramm aufgrund dieses Gesprächs wie üblich mit dem Vermerk versehen: Nur vom Präsidenten und vom Außenminister zu lesen.

Der Herr *Bundeskanzler* erläuterte zunächst den Tagesablauf des 20. Mai. Die erste Zusammenkunft habe morgens in seinem Hause in Rhöndorf unter vier Augen stattgefunden. Lediglich die beiden Dolmetscher³ seien noch dabei gewesen, hätten jedoch nicht jedes Wort übersetzen müssen, da er etwas Französisch und de Gaulle etwas Deutsch verstanden. Dieses Gespräch habe von ungefähr 11.00 Uhr bis kurz nach 13.00 Uhr gedauert. Anschließend habe ein Essen stattgefunden, bei dem sich nur die beiden Außenminister⁴ sowie die älteste Tochter des Herrn *Bundeskanzlers*⁵ dazugesellt hätten. Nach dem Frühstück sei Kaffee gereicht worden, wobei sich der französische Staatspräsident noch beinahe eine Stunde aufgehalten habe. Anschließend sei de Gaulle in die französische Botschaft gefahren, und das zweite Gespräch, diesmal im *Bundeskanzleramt*, habe von 16.30 bis etwa 18.00 Uhr gedauert.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, während des Gesprächs am Vormittag habe er zunächst seine Eindrücke von Washington⁶ wiedergegeben, die er hier nicht wiederholen wolle. Er habe damals sehr gute Eindrücke gewonnen und habe dies auch de Gaulle gesagt. Dann sei de Gaulle auf das Treffen zwischen Kennedy und Chruschtschow⁷ zu sprechen gekommen und habe hierbei große Sorge an den Tag gelegt. De Gaulle fürchte, daß Chruschtschow, ähnlich wie in Camp David⁸, in dem Gespräch einen Eindruck zu erwecken versuchen werde, der nicht

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 25. Mai 1961 gefertigt.

² Für die Gespräche des *Bundeskanzlers* Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 20. Mai 1961 vgl. Dok. 153 und Dok. 154.

³ Hermann Kusterer und Jean Meyer.

⁴ Heinrich von Brentano und Maurice Couve de Murville.

⁵ Ria Reiners.

⁶ *Bundeskanzler* Adenauer hielt sich vom 11. bis 17. April 1961 in den USA auf und führte am 12./13. April 1961 Gespräche in Washington. Vgl. dazu Dok. 105–108.

⁷ Zum geplanten Treffen des Präsidenten Kennedy mit Ministerpräsident Chruschtschow am 3./4. Juni 1961 in Wien vgl. Dok. 153, Anm. 11.

⁸ Ministerpräsident Chruschtschow hielt sich vom 15. bis 27. September 1959 in den USA auf und traf – nach einem ersten Gespräch am 15. September in Washington – am 26./27. September 1959 mit

seiner wirklichen Mentalität entspreche. De Gaulle fürchte weiter, daß Kennedy in etwa beeindruckt werde und in seinem Argwohn und seiner Vorsicht gegenüber Chruschtschow nachlassen könnte.

Er (der Herr Bundeskanzler) habe versucht, de Gaulle zu beruhigen, wisse aber nicht, wie weit ihm dies gelungen sei. Eine Schlußfolgerung aus diesem Teil des Gesprächs halte er jedoch für richtig, nämlich, daß de Gaulle an einer Einigung mit Kennedy gelegen sei.

Er (der Herr Bundeskanzler) habe dann die NATO-Frage und die gesamte Weltlage angesprochen. Er habe de Gaulle gesagt, daß für die NATO eine neue Periode beginne, weil Kennedy wiederholt erklärt habe, daß die NATO das Fundament der amerikanischen Außenpolitik darstelle.⁹ Dies habe bislang noch keine amerikanische Administration getan. Selbst unter Dulles hätten die Vereinigten Staaten die NATO vernachlässigt. Er selbst habe sich wiederholt bei Dulles beklagt, daß der amerikanische Botschafter in wichtigen Angelegenheiten nicht abstimmen könne, weil er keine Instruktionen erhalten habe. Nachdem nun Kennedy dies gesagt habe, beginne eine neue Epoche für die NATO. Auch er (der Herr Bundeskanzler) sei der Meinung, daß die NATO reformbedürftig und reorganisationsbedürftig sei. Er habe am Samstag vor einer Woche am Comer See mit Stikker eine Unterredung geführt, aus der sich die Mängel in der NATO-Organisation klar ergeben hätten.¹⁰ Er habe daher de Gaulle gebeten, diese beiden neuen Fakten (die Erklärung Kennedys und die Erklärung Stikkers über die Mängel in der Organisation) zu berücksichtigen. Bei der Reorganisation der NATO darf Frankreich nicht fehlen. Man habe bisher für die Gründe de Gaulles für seine Haltung gegenüber der NATO Verständnis haben können, wenn man sie auch nicht geteilt habe. Wenn de Gaulle sich aber auch jetzt zurückhalte, sei dies falsch. Das dürfe er nicht. Damit würde bei Chruschtschow der Eindruck entstehen, daß der Westen nicht einig sei, daß die Uneinigkeit weiter fresse. Auch Abrüstungsverhandlungen mit Chruschtschow seien dann völlig illusorisch, denn Chruschtschow glaube, er brauche nur zu warten, dann falle der Westen auseinander. Er (der Herr Bundeskanzler) habe noch hinzugefügt, wenn er Chruschtschow wäre, würde er jedenfalls so denken und handeln.

De Gaulle habe auf diese Argumente mit den Gründen geantwortet, die er bislang für seine Abstinenz gegenüber der NATO angeführt habe, insbesondere, daß die Bevölkerung bei einer militärischen Integration nicht das Gefühl der nationalen Verantwortung besitze und daß überhaupt das Nationalgefühl nachlässe und die Traditionen vergessen würden.

Er (Bundeskanzler) habe de Gaulle dann gesagt, daß de Gaulles Ansichten über das Nationalgefühl nicht mehr zuträfen. Die junge Generation in allen Ländern gebe wenig auf die Tradition und habe daher kein starkes, auf Tradition beruhendes Nationalgefühl. Die junge Generation liebe ihr Heimatland, wenn das Leben

Fortsetzung Fußnote von Seite 700

Präsident Eisenhower in Camp David zusammen. Vgl. dazu FRUS 1958–1960, IX, Dok. 13–16, S. 35–52. Vgl. dazu ferner FRUS 1958–1960, X/1, Dok. 109, S. 392–402, Dok. 111, S. 409 f., Dok. 129–131, S. 459–469, und Dok. 133 sowie Dok. 134, S. 477–483. Vgl. dazu außerdem FRUS 1958–1960, XIX, Dok. 301, S. 595–598.

⁹ Vgl. dazu die Äußerungen des Präsidenten Kennedy vom 8. Februar sowie seine Botschaft vom 15. Februar 1961 an den Ständigen NATO-Rat; Dok. 40, Anm. 5, und Dok. 62, Anm. 10.

¹⁰ Bundeskanzler Adenauer traf am 13. Mai 1961 mit NATO-Generalsekretär Stikker in Menaggio zusammen.

in diesem Lande angenehm, frei und sozial gesichert sei und sie ihr Auskommen habe. Dann könne man sie zur Heimatliebe und zur Verteidigung gegen den Kommunismus gewinnen. Er habe de Gaulle weiterhin gesagt, Frankreich habe, soweit er wisse, viel auf dem sozialen Gebiet nachzuholen, und es übersteige die Möglichkeiten Frankreichs, nuklear aufzurüsten und gleichzeitig die sozialen Aufgaben zu lösen. Den Kommunismus könne man nicht nur mit Waffen bekämpfen. Die sozialen Verhältnisse müßten so sein, daß die Bevölkerung bereit sei, sich gegen den Kommunismus zu verteidigen, um diese sozialen Verhältnisse aufrechtzuerhalten. Er habe dann erneut an de Gaulle appelliert und ihn gebeten, all diese Fragen zu überdenken.

Das Gespräch habe sich dann den nuklearen Waffen zugewandt und insbesondere der bisherigen Lage, wonach nukleare Waffen, auch solche, die der NATO gehörten, nicht ohne Zustimmung des amerikanischen Präsidenten eingesetzt werden dürften.¹¹ Er (Bundeskanzler) habe de Gaulle gesagt, daß diese Regelung auch seiner Ansicht nach nicht allen eventuellen Möglichkeiten gerecht werde. Er sei mit Norstad und dessen Vorschlägen einverstanden, die Norstad noch der Eisenhower-Administration zugeleitet habe.¹² General de Gaulle habe ihn dann gefragt, ob er irgendwelche Andeutungen erhalten habe, daß Kennedy bereit sei, die augenblickliche Lage in Richtung auf die Norstad-Vorschläge zu ändern. Er habe darauf erwidert, solche Andeutungen habe er nicht erhalten, aber die Notwendigkeit einer Änderung ergebe sich so sehr aus den militärischen Bedürfnissen aller Länder einschließlich der Vereinigten Staaten, daß er keinen Zweifel hege, daß eine Lösung gefunden werde, wenn man die ganze Situation in Ruhe prüfe. Wie General Heusinger ihm gesagt habe, wäre es denkbar, daß man nur eine Stunde Zeit hätte, und es wäre möglich, daß der amerikanische Präsident eben in dieser Zeit nicht erreichbar sei. Auch dieser Aspekt erfordere nach seiner Überzeugung eine Lösung.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er habe de Gaulle weiterhin gesagt, daß am Vortage Professor Kissinger bei ihm gewesen sei und er mit ihm eine lange Unterredung über das nukleare Thema gehabt habe.¹³ Dieses Gespräch mit Kissinger habe ihn stark beeindruckt, vor allem, daß die Erzeugung von Raketen mit festem Treibstoff so ungeheure Summen verschlinge, daß Frankreich sie sich keinesfalls leisten könne. Er habe diesen Teil seiner Unterredung mit de Gaulle damit abgeschlossen, daß er ihm gesagt habe, er erwarte keineswegs eine sofortige Zustimmung de Gaulles, sondern bitte ihn vielmehr, all diese Fragen zu überlegen.

Der Herr Bundeskanzler fügte hinzu, er könne bereits vorwegnehmen, daß de Gaulles Verhalten ihm und den anderen gegenüber am Nachmittag besonders aufgeschlossen und herzlich gewesen sei. Er habe auch den Eindruck – dies habe sich besonders ausgedrückt in den Schlußworten, die de Gaulle am Nachmittag im Bundeskanzleramt bei der Besprechung der europäischen Fragen

¹¹ Zu den Regelungen für den Einsatz nuklearer Waffen vgl. die Erläuterungen des amerikanischen NATO-Botschafters Burgess am 9. Februar 1961 im Ständigen NATO-Rat; Dok. 45.

¹² Zu den Vorschlägen des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Norstad, vgl. Dok. 24, Anm. 10.

¹³ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Berater des amerikanischen Präsidenten, Kissinger, am 18. Mai 1961 vgl. Dok. 150.

gesagt habe –, daß er in seinem Gespräch unter vier Augen einen starken Eindruck auf de Gaulle gemacht habe. Dies ergebe sich auch aus einer Bemerkung, die de Gaulle im Wagen auf der Fahrt nach Wahn gemacht habe.

Das Gespräch über die europäische Integration sei gut gelaufen. Auch hier sei de Gaulle sehr aufgeschlossen gewesen.

Nachdem er sich die ganzen Dinge einige Tage habe durch den Kopf gehen lassen, könne er nur sagen, daß er die Überzeugung gewonnen habe, daß de Gaulle sehr wahrscheinlich seine Haltung in der NATO-Frage ändern werde. Er hoffe, daß Präsident Kennedy de Gaulle geschickt behandeln werde.¹⁴

Botschafter *Dowling* bemerkte, das beste wäre wohl in der NATO-Frage, wenn Präsident Kennedy der Linie folgen würde, die der Herr Bundeskanzler eingeschlagen habe.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er glaube dies auch. De Gaulle dürfe natürlich nicht merken, daß er (Bundeskanzler) Präsident Kennedy dies gesagt habe. Kennedy könne vielleicht auch sagen, wie Kissinger das schon getan habe, daß die Herstellung der Feststoffraketen, die bis 1963 beendet sein solle, äußerst teuer sei.¹⁵

Botschafter *Dowling* sagte hierzu, das Gespräch bestätige also das Gefühl, das der Herr Bundeskanzler bereits vor einigen Monaten zum Ausdruck gebracht habe, daß, wenn man der NATO nukleare Streitkräfte zubillige, die für de Gaulle wirklich anziehend wären, de Gaulle den getrennten Weg Frankreichs aufgeben würde.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, nicht er, sondern de Gaulle habe diese Frage aufgeworfen. De Gaulle halte diese Frage für sehr wichtig, und sie sei es ja auch.

Botschafter *Dowling* sagte, es wäre großartig, wenn de Gaulle einen Schritt nach vorne tun und der NATO wirklich mit dem Herzen beitreten und seinen eigenen Weg aufgeben würde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, er habe Stikker nach dem Unterbau des Generalsekretariats der NATO gefragt, und Stikker habe erwidert, dieser sei sehr schlecht. Stikker habe ihm auch gesagt, daß die Gehälter bei der NATO niedriger liegen als die Gehälter der Beamten in ihrem Heimatland. Auch die Bundesrepublik habe jetzt den Fall eines Ministerialdirektors, der zur NATO solle und für den die Bundesregierung sehr große Zulagen zahlen müsse, damit er das gleiche Gehalt habe wie zu Hause. Stikker habe ihm außerdem gesagt, nach einem in Oslo¹⁶ gefaßten Beschuß solle er dem NATO-Rat militärische Vorschläge unterbreiten. Er habe aber nicht einen einzigen militärischen Berater. Ganz im Vertrauen wolle er (der Herr Bundeskanzler) noch sagen, daß er Herrn Stikker gefragt habe, ob die NATO-Botschafter der neuen Lage gewach-

¹⁴ Präsident Kennedy und Staatspräsident de Gaulle trafen vom 31. Mai bis 2. Juni 1961 in Paris zusammen. Vgl. dazu Dok. 170 und Dok. 185.

¹⁵ Am 30. Mai 1961 vermerkte Bundeskanzler Adenauer, daß Bundesminister Strauß ihm dazu am selben Tag gesagt habe, „daß die Franzosen gar nicht beabsichtigen, die von ihnen hergestellten nuklearen Bomben mit Raketen zu befördern. Sie wollten sie befördern mit ihren Flugzeugen mit doppelter Schallgeschwindigkeit. Die Prototypen davon seien fertig.“ Vgl. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/50.

¹⁶ Zur NATO-Ministerratstagung vom 8. bis 10. Mai 1961 in Oslo vgl. Dok. 139–142.

sen seien. Stikker habe erwidert: nur teilweise. Man müsse also auch hier etwas tun. Stikker habe Herrn Finletter gelobt.

Der Herr Bundeskanzler schloß, die Reorganisation der NATO sei eine absolute Notwendigkeit. Man könne es de Gaulle leichtmachen und könne ihn auch überzeugen, zurückzukommen, wenn man sage, die Vergangenheit sei vergangen, jetzt beginne eine neue Ära. Eine Reorganisation sei nötig, zumal die Vereinigten Staaten jetzt mehr zur NATO stünden als irgendeine frühere Administration.

Botschafter *Dowling* bemerkte, diese Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers seien für den Präsidenten äußerst wichtig, und der Präsident sei dem Herrn Bundeskanzler sicher besonders dankbar dafür.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte dann, daß er eben eine äußerst interessante Mitteilung des deutschen Botschafters in Moskau erhalten habe. Zur Zeit finde dort ja die recht große britische Industrieausstellung statt.¹⁷ Botschafter Kroll erkläre, daß er und Thompson festzustellen versuchten, ob die Gerüchte, britische Stellen wollten SU Darlehen geben, zuträfen. Herr Maudling befindet sich ja auch in Moskau¹⁸, und es sei die Rede von größeren Darlehen gewesen.¹⁹ Wenn dies zutreffe, werde Chruschtschow niemals glauben, daß die Drei, auf keinen Fall aber Großbritannien, es in der Berlinfrage aufs äußerste ankommen ließen. Dies wäre sehr schlecht und gefährlich. Nach dem Bericht der deutschen Botschaft gebe es für Chruschtschow nur zwei Hauptfragen. Kongo, Laos und Kuba seien Nebenfragen. Die beiden Hauptfragen für Chruschtschow seien die Abrüstung und die Berlin- und Deutschlandfrage.

Botschafter *Dowling* sagte, in diesem Zusammenhang hätten ihn Präsident Kennedy und Außenminister Rusk gebeten, das noch einmal zu unterstreichen, was in dem Schreiben des Präsidenten an den Herrn Bundeskanzler²⁰ enthalten gewesen sei. Zur Zeit des Besuches des Herrn Bundeskanzlers in Washington sei der Gedanke eines Treffens mit Chruschtschow völlig beiseite gelegt worden. Der chronologische Ablauf stelle sich wie folgt dar: Ein erstes Gespräch habe

¹⁷ Die britische Industrieausstellung in Moskau, „die größte Leistungsschau, welche die britische Industrie je im Ausland veranstaltet hat, zugleich aber auch die größte ausländische Ausstellung dieser Art in Moskau“, fand vom 19. Mai bis 4. Juni 1961 statt. Vgl. dazu den Schriftbericht des Botschafters Kroll, Moskau, vom 16. Juni 1961; B 31 (Referat 304), Bd. 219.

¹⁸ Der britische Handelsminister Maudling hielt sich vom 18. bis 25. Mai 1961 in Moskau auf und kehrte nach einer Reise nach Leningrad, Dnepropetrowsk, Sotschi und Tiflis am 31. Mai 1961 dorthin zurück. Vgl. dazu die Artikel „Trade Talks in Moscow“ und „Russian Tour by Mr. Maudling“, THE TIMES vom 24. Mai bzw. vom 25. Mai 1961, jeweils S. 9.

¹⁹ Botschafter Kroll, Moskau, berichtete am 23. Mai 1961, daß Ministerpräsident Chruschtschow durch die Gespräche mit dem britischen Handelsminister Maudling anlässlich der Eröffnung der britischen Industrieausstellung vermutlich in seiner Ansicht bestärkt worden sei, „daß der Westen es wegen Berlin niemals zu einem atomaren Vernichtungskrieg kommen lassen wird“. In diesen Gesprächen habe die britische Regierung nämlich „versichert, daß sie an einem großzügigen Ausbau des britisch-sowjetischen Handels brennend interessiert sei und daß etwaige sowjetische Kreditwünsche sowie die geltenden strategischen Embargovorschriften für die britische Regierung kein Hindernis sein würden. Britische Geschäftsleute sprechen hier in ihren Unterhaltungen mit den sowjetischen Stellen ganz offen von langfristigen Krediten bis zu zwanzig Jahren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 557; VS-Bd. 3873 (704); B 150, Aktenkopien 1961.

²⁰ Präsident Kennedy setzte Bundeskanzler Adenauer mit Schreiben vom 17. Mai 1961 über das beabsichtigte Treffen mit Ministerpräsident Chruschtschow in Kenntnis. Vgl. dazu den Artikel „Botschaft Kennedys an Adenauer“, SÜddeutsche Zeitung vom 18. Mai 1961, S. 2. Für den Wortlaut des Antwortschreibens vom 19. Mai 1961 vgl. ADENAUER, Briefe 1959–1961, S. 278 f.

nach der Rückkehr Thompsons nach Rußland am 1. März stattgefunden.²¹ Chruschtschow habe dabei günstig reagiert. Danach sei die Laos-Krise gekommen²², und Amerika habe die Auffassung vertreten, daß dies nicht die Zeit für ein Treffen mit Chruschtschow sei. Dann sei Kuba gekommen²³, und ein solches Treffen sei noch unwahrscheinlicher gewesen. Von den Russen hätte man nichts mehr gehört, bis am 4. Mai Gromyko mit Rusk zusammengetroffen sei und angeregt habe, ein solches Treffen möglichst bald stattfinden zu lassen, denn Chruschtschow sei sehr daran interessiert.²⁴

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe zu de Gaulle gesagt, daß er es wohl verstehen könne, wenn Kennedy mit Chruschtschow sprechen und einen persönlichen Eindruck von ihm gewinnen wolle. Er habe nicht den Eindruck, daß Kennedy sich von Chruschtschows Worten einwickeln ließe. Er mache sich daher wegen des Treffens keine Sorge.

Botschafter *Dowling* erklärte, Präsident Kennedy hätte dann Gelegenheit, Chruschtschow einiges über die amerikanische Haltung zu sagen, was nur er sagen könne.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, letzte Woche sei Reuther bei ihm gewesen.²⁵ Er wolle einen Satz wiederholen, den Reuther ihm gesagt habe: Die meisten Diplomaten, Außenminister und Regierungschefs machten sich nicht klar, daß die Russen anders dächten als wir. Für Chruschtschow gelten andere Moralbegriffe, als bei uns gültig sind. Er halte dies für richtig. Wenn man also die Worte eines Kommunisten abwäge, müsse man sich in seine Mentalität versetzen.

Botschafter *Dowling* sagte, der Präsident und der Außenminister hätten ihn gebeten, dem Herrn Bundeskanzler mitzuteilen, es sei geplant, einen hohen Berater des Präsidenten unmittelbar nach dem Wiener Treffen nach Bonn zur Unterrichtung zu entsenden.²⁶

Der Herr *Bundeskanzler* begrüßte dies sehr dankbar. Er empfahl dringend, daselbe bei de Gaulle zu tun.²⁷

²¹ Das Gespräch des amerikanischen Botschafters in Moskau, Thompson, mit Ministerpräsident Chruschtschow fand am 9. März 1961 in Nowosibirsk statt. Vgl. dazu Dok. 83.

²² Zur Situation in Laos im März 1961 vgl. Dok. 83, Anm. 3.

²³ Zum gescheiterten Landungsunternehmen einer exilkubanischen Invasionstruppe auf Kuba vgl. Dok. 115, Anm. 10.

²⁴ Am 4. Mai 1961 führte der sowjetische Außenminister Gromyko in Moskau ein Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Thompson, in dem er die Zustimmung des Ministerpräsidenten Chruschtschow zu einem Treffen mit Präsident Kennedy übermittelte. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, V, Dok. 65, S. 130 f.

Mit Schreiben vom 12. Mai 1961, das der sowjetische Botschafter in Washington, Menschikow, am 16. Mai 1961 übergab, bekräftigte Chruschtschow diese Zustimmung. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, V, Dok. 69, S. 135–137, und FRUS 1961–1963, VI, Dok. 15, S. 18–21.

²⁵ Zum Besuch des Vorsitzenden der amerikanischen Gewerkschaft „United Automobile Workers“, Walter Reuther, und seines Bruders Victor am 17. Mai 1961 vgl. Dok. 153, Anm. 15.

²⁶ Bundeskanzler Adenauer wurde am 5. Juni 1961 in Düsseldorf durch den Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Kohler, über das Treffen des Präsidenten Kennedy mit Ministerpräsident Chruschtschow am 3./4. Juni 1961 in Wien unterrichtet. Vgl. Dok. 170.

²⁷ Staatspräsident de Gaulle wurde am 5. Juni 1961 durch den amerikanischen Außenminister Rusk informiert, der am selben Tag auch dem Ständigen NATO-Rat über das Treffen des Präsidenten Kennedy mit Ministerpräsident Chruschtschow am 3./4. Juni 1961 in Wien berichtete. Vgl. dazu DDF 1961, I, S. 721–731.

Abschließend betonte Botschafter *Dowling* erneut, wie wichtig die Informationen des Herrn Bundeskanzlers für Präsident Kennedy seien.

Das Gespräch endete gegen 17.15 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/59

157

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Etzdorf

301-81.03/0-587II/61 geheim

23. Mai 1961

Betr.: Deutsche Waffen für den Einsatz in Angola

Gegen Ende der letzten Sitzung des Bundesverteidigungsrates am 18. d. M. kam das Gespräch auch auf die portugiesische Übersee-Politik. Ich rekapitulierte hierzu kurz die Äußerungen, die Lord Home bei der Osloer NATO-Tagung gemacht hat, daß die britische Politik für die künftige Behandlung der afrikanischen Territorien an ihrer bisherigen Stufenfolge festhielt: Kolonie – Selbstverwaltung – Unabhängigkeit.¹ Daß sich dies insbesondere an die portugiesische Adresse richtete, sei von allen Anwesenden wohl verstanden worden und sollte die portugiesische Regierung zum Nachdenken darüber veranlassen, ob sie bei ihrer Übersee-Politik wirklich verbleiben wolle, bei der sie jedenfalls auf eine Unterstützung durch ihre NATO-Partner nicht rechnen könne.

Bundesverteidigungsminister Strauß kam im Zusammenhang hiermit auf die bekannte Frage eines eventuellen Einsatzes von deutschen Patronen aus portugiesischer Fertigung in Angola² zu sprechen. Ich erwähnte, daß wir hiergegen bei der portugiesischen Regierung entschieden Verwahrung eingelegt hätten.³ Herr

¹ Zu den Ausführungen des britischen Außenministers Lord Home auf der NATO-Ministerratstagung vom 8. bis 10. Mai 1961 vgl. Dok. 140.

² Botschafter Schaffarczyk, Lissabon, berichtete am 27. April 1961 über die portugiesische Absicht, „für Bundeswehr gefertigte Munition mit amtlicher deutscher Kennzeichnung für ihre Zwecke in Reserve zu halten“, und wies auf „politische Bedenken wegen möglicher Verwendung in Übersee“ hin. Vgl. den Drahtbericht Nr. 90; VS-Bd. 382 (301/II 7); B 150, Aktenkopien 1961.

³ Am 29. April 1961 teilte Ministerialdirektor von Etzdorf der Botschaft in Lissabon mit, nach Auskunft des Bundesministeriums für Verteidigung handle es sich um in Portugal gefertigte, noch nicht übergebene Munition, „so daß sie noch portugiesisches Eigentum ist. Es steht uns daher nicht zu, für die Verwendung dieser Munition Genehmigungen zu erteilen oder abzulehnen. Wohl aber haben wir ein Wort hinsichtlich der politischen Folgen mitzureden, die entstehen können, falls diese Munition, wie offenbar beabsichtigt, in den überseischen portugiesischen Gebieten gegenüber Aufständischen verwandt wird, sofern und solange diese Munition Verpackungsmittel und amtliche deutsche Kennzeichnung und Beschriftung trägt und außerdem die Packkisten auf Nummernzettel und Plombierung den Güteprüfstempel aufweisen. Es bestünde die Gefahr, daß wir von der östlichen Propaganda als Komplizen in portugiesische militärische und polizeiliche Aktionen einbezogen werden, mit denen wir nichts zu tun haben wollen.“ Die Botschaft wurde angewiesen, im portugiesischen Außenministerium darauf hinzuwirken, „daß vor einer Verwendung dieser Munition [...] alle deutschen Kennzeichen beseitigt sind“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 59; VS-Bd. 382 (301/II 7); B 150, Aktenkopien 1961. Botschafter Schaffarczyk, Lissabon, antwortete am 3. Mai 1961, das Bundesministerium für Verteidigung habe mitgeteilt, daß „gegen Verwendung der 6 Mio. Patronen für evtl. Einsatz in Angola keine Bedenken bestehen. Diese Nachricht ist auch dem portugiesischen Verteidigungsministerium direkt zugegangen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 99; VS-Bd. 5029 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1961.

Strauß sagte, daß auch er sich dafür verwandt hätte, diese Patronen nur als äußerste Reserve für den Afrika-Einsatz zu behandeln, und daß es im übrigen so aussähe, als ob die portugiesische Regierung die deutschen Herkunftsbezeichnungen von den Patronen entfernen könne und werde, bevor sie an die Truppe nach Angola ausgegeben werden.⁴ Herr Strauß erwähnte dann aber, daß es sich hier nicht nur um Gewehrmunition handle; er habe zugestimmt, daß weiteres Kriegsgerät aus der Bundesrepublik der portugiesischen Regierung zur Verfügung gestellt werde, wobei es sich unter anderem um 5000 deutsche Gewehre handle.⁵ Ich nahm hierzu sofort mit den bekannten Argumenten Stellung: Es müsse unbedingt vermieden werden, daß bei Kampfhandlungen gegen die Eingeborenen in Angola ein unverkennbar deutsches Gewehr zum Einsatz käme; ein solches könnte, wenn es in die falschen Hände fiele, von der Ostpropaganda als Beweis für unsere Beteiligung an „kolonialistischer Unterdrückungspolitik“ der portugiesischen Regierung benutzt werden. Herr Strauß und auch Innenminister Schröder teilten diesen Standpunkt nicht. Es sei nun einmal üblich, daß allenthalben Kriegsgerät aus verschiedenen Ländern benutzt würde, ohne daß man deswegen die Lieferländer in den jeweiligen Streitfall hineinzöge. Das Auswärtige Amt hätte ja auch keine Bedenken gehabt, nach Indonesien deutsches Kriegsmaterial gelangen zu lassen⁶, dessen sich die indonesische Regierung vielleicht schon bald bei einer Auseinandersetzung gegen Holland bedienen würde. Ich erwiderte, daß es sich hierbei wohl nicht um Waffen im eigentlichen Sinne gehandelt habe; auch lägen diese Lieferungen längere Zeit zurück, seien jedenfalls nicht zu einem Zeitpunkt erfolgt, wo eine so „heiße“ Situation bereits bestand wie heute in Angola.⁷ Weiter zu insistieren hielt ich in diesem Kreise nicht für angebracht.

Nach einem Bericht unseres Konsulats in Luanda vom 4. v. Mts. sollen in Kürze in Luanda acht Flugzeuge vom Typ Dornier Do 27 aus der Bundesrepublik ein treffen, die zur Verwendung bei der portugiesischen Luftwaffe in Angola bestimmt sind.⁸ Ich habe es bisher unterlassen, beim Verteidigungsministerium

⁴ Am 4. Mai 1961 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Sahm, laut telefonischer Auskunft des Bundesministeriums für Verteidigung habe Bundesminister Strauß entschieden, daß eine Verwendung der Munition „mit deutscher Beschriftung [...] nur im äußersten Notfall erfolgen“ und die weitere Produktion „portugiesische Aufschriften erhalten“ solle. Vgl. VS-Bd. 382 (301/II 7); B 150, Aktenkopien 1961.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Sahm legte am 26. Mai 1961 dar, Brigadegeneral Becker, Bundesministerium für Verteidigung, habe ihm zur „Überlassung deutschen militärischen Geräts an Portugal“ u. a. mitgeteilt: „Das Bundesverteidigungsministerium habe 8000 (nicht 5000!) Gewehre des Musters „Zetme“, die auf Grund einer spanischen Lizenz in der Bundesrepublik hergestellt werden, an die portugiesische Regierung verkauft. Die Gewehre werden z. Zt. ausgeliefert.“ Die Frage nach eventueller deutscher Kennzeichnung habe Becker „ausweichend“ beantwortet. Vgl. VS-Bd. 382 (301/II 7); B 150, Aktenkopien 1961.

⁶ Die Bundesrepublik lieferte 1958 und 1959 acht Schnellboote sowie Stahlhelme, Fallschirme und Funkanlagen an Indonesien, 1960 außerdem 12.500 Sturmgewehre des Typs G3 mit 12,5 Mio. Schuß Munition, Ersatzteile für Fallschirme, zehn Funksprechanlagen und 25 Flugabwehr-Reflexvisiere. Vgl. dazu die Anlage zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Klarenaar vom 10. Januar 1961; B 130, Bd. 2979 A (709).

⁷ Zur Situation in Angola vgl. Dok. 126, Anm. 3.

⁸ Für den Schriftbericht Nr. 141, in dem Konsul Bornemann, Luanda, außerdem mitteilte, daß bereits drei Techniker der Firma Dornier-Werke GmbH zur Montage der Flugzeuge in Luanda eingetroffen seien, vgl. B 34 (Referat 307), Bd. 271.

Ministerialdirigent Allardt vermerkte am 6. Oktober 1961, das portugiesische Verteidigungsministerium habe um den Jahreswechsel 1960/61 auf Vermittlung des Bundesministeriums für Verteidigung 16 Dornier-Flugzeuge des Typs Do 27 gekauft. Nach Auskunft des Bundesministeriums für Wirtschaft handele es sich um ein leichtes einmotoriges Transportflugzeug mit „breitem, für afrikanische

nachzufragen, ob bei diesem Projekt, wenn es tatsächlich beabsichtigt ist, das Verteidigungsministerium beteiligt ist.

Es ist zu überlegen, ob nicht der gesamte Komplex des Einsatzes deutschen oder als deutsch bezeichneten Kriegsgeräts in Angola erneut beim Bundesverteidigungsministerium aufgegriffen werden muß. Es liegen hier wirklich ernste Risiken für unsere Politik vor.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär⁹ vorgelegt.

Etzdorf

VS-Bd. 382 (301/II 7)

158

Gespräch des Bundesministers von Brentano mit dem dänischen Außenminister Krag

24. Mai 1961¹

Aufzeichnung über die Besprechung mit dem dänischen Außenminister Krag vom 24. Mai 1961²

Teilnehmer: Außenminister Krag, Botschafter Hvass, MD Kristiansen, Bundesminister von Brentano, Botschafter Dr. Berger, MD Dr. Jansen.

Minister *Krag* begann seine Darlegungen mit der Feststellung, daß Dänemark bereit sein würde, über eine Mitgliedschaft in der EWG zu verhandeln, sobald

Fortsetzung Fußnote von Seite 707

Verhältnisse geeignetem Fahrgestell. Der gelieferte Typ sei die sogenannte militärische Version, d. h. die Flugzeuge seien mit Instrumenten und Funktechnik ausgerüstet, die über den normalen zivilen Bedarf hinausgehen, und seien daher auch für Aufklärungszwecke verwendbar. Eine Bewaffnung trage ein solches Flugzeug jedoch nicht [...], was jedoch nicht ausschließe, daß es, wie jedes Flugzeug, improvisiert bewaffnet werden könne.“ Die Flugzeuge würden dem Bericht des Einfügers zufolge in Angola „im Sanitätsdienst und zum Abwurf von Versorgungsgütern, aber auch zum Transport vom Munition und zur militärischen Nachrichtenverbindung verwandt“. Vgl. B 57 (Referat III A 4), Bd. 63.

⁹ Hat Staatssekretär Carstens am 24. Mai 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich bitte um R[ücksprache].“

Am 25. Mai 1961 vermerkte Ministerialdirektor von Etzdorf für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Werz handschriftlich das „Ergebnis der heutigen Rücksprache mit StS. StS hat, als vor einigen Monaten die Beschlagnahme deutscher Schiffe durch die Franzosen im Mittelmeer diskutiert wurde, vor dem Bundestag erklärt: Es sei die Politik der Bundesregierung, keine deutschen Waffen in Krisengebiete zu liefern. Diese Erklärung erhielt allgemeinen Beifall. An diese Erklärung über die Politik der Bundesregierung sollte, im Hinblick auf die portugiesischen Vorgänge, Minister Strauß durch einen Brief des Herrn Ministers erinnert werden. Vorerst wäre aber (nach Möglichkeit) zu klären: 1) beim BMVtdg: Welches deutsche Kriegsgerät wurde der portugiesischen Regierung zugesagt, welches inzwischen auch geliefert? 2) Wortlaut der Erklärung des Herrn StS. Alsdann Vorlage eines Briefentwurfs für Minister an StS.“

Hat Werz am 25. Mai 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 301 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sahm am 26. Mai 1961 vorgelegen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Jansen am 6. Juni 1961 gefertigt.

² Der dänische Außenminister Krag begleitete Ministerpräsident Kampmann bei dessen Besuch vom 23. bis 27. Mai 1961 in der Bundesrepublik.

Großbritannien eine prinzipielle Erklärung abgegeben habe, über eine britische Mitgliedschaft zu verhandeln. Dänischerseits bestehe der Wunsch daß sich die Bundesregierung dafür einsetzen möge, daß während der Übergangszeit keine diskriminierenden Maßnahmen getroffen würden, durch die die dänische Ausfuhr nach der Bundesrepublik erschwert würde. Wahrscheinlich würde eine längere Periode von Verhandlungen nach der prinzipiellen Erklärung einsetzen. Nach dänischer Auffassung sollte in dieser Periode der Status quo erhalten bleiben, damit der traditionelle Export weiterlaufen könne. Wenn im Agrarbereich seitens der EWG neue Maßnahmen ergriffen würden (Abschöpfungssystem u. a.³), werde dieser Export gefährdet.

Ferner wünsche Dänemark, daß die Bundesrepublik sich dafür einsetzen möge, daß die Dänen sich bei der Erörterung von Agrarfragen innerhalb der EWG beteiligen könnten, sobald Dänemark seine prinzipielle Beitrittserklärung⁴ gegeben habe.

Dänemark sei bereit, die politische und militärische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik auszubauen. Auch die Frage des gemeinsamen NATO-Kommandos⁵ solle gelöst werden. Man gehe allerdings dänischerseits von der Erwartung aus, daß die wirtschaftlichen Fragen geklärt würden. Der augenblickliche Handel zwischen der Bundesrepublik und Dänemark entwickle sich weiter positiv für die Bundesrepublik, während die Ausfuhr dänischer Erzeugnisse in die Bundesrepublik, was Agrarwaren angeht, gefallen sei. Er müsse darauf hinweisen, daß es vielleicht noch Möglichkeiten gebe, in bilateralen Abmachungen höhere Ausfuhrquoten für die dänische Landwirtschaft zu erreichen. Er wies hierzu insbesondere auf die Ausfuhr von Schlachtrindern, Schlachtsäuen, Eiern, Käse und Butter hin.

Der *Bundesminister* stellte fest, daß es unserem Wunsch entsprechen würde, wenn die Handelsbeziehungen zu Dänemark weiter ausgedehnt werden können. Er verstehe die dänische Sorge. Aber diese Fragen ständen selbstverständlich in

³ Zu den Beschlüssen des EWG-Ministerrats vom 19./20. Dezember 1960 zur Agrarpolitik vgl. Dok. 21, besonders Anm. 4.

Mit den Beschlüssen wurde auch eine Entschließung für ein Abschöpfungssystem gefaßt, das insbesondere auf Getreide, Zucker, Schweinefleisch, Eier und Geflügel Anwendung finden sollte. Die EWG-Kommission wurde beauftragt, bis 31. Mai bzw. 31. Juli 1961 Vorschläge dazu vorzulegen. Für den Wortlaut der Entschließung vgl. BULLETIN DER EWG 1/1961, S. 85 f.

⁴ Korrigiert aus: „Beitragserklärung“.

⁵ Ministerialdirektor von Etzdorf, z. Z. Oslo, legte am 8. Mai 1961 dar: „Nach dem Vorschlag von Norstad soll ein neuer Befehlsbereich ‚Ostseezugänge‘ unter einem dänischen Oberbefehlshaber geschaffen werden. Zu diesem Befehlsbereich würden gehören: Landstreitkräfte Jütland, Marinestreitkräfte Ostseezugänge, Luftstreitkräfte Ostseezugänge sowie Landstreitkräfte Seeland und Bornholm.“ Der Vertreter des dänischen Oberbefehlshabers solle aus der Bundesrepublik kommen, ebenso sollten die Befehlshaber der Streitkräfte Dänen oder Deutsche sein und die Vertreter „jewils der anderen Nation angehören“. Von dänischer Seite werde jedoch gewünscht, daß die Vertreter dänischer Befehlshaber nicht Deutsche, sondern „Amerikaner, Kanadier, Engländer oder Norweger sein“ sollten. Etzdorf resümierte: „Die Zusammenfassung der Streitkräfte im Bereich der Ostseeingänge ist für Dänemark und Deutschland unerlässlich. Jede andere Lösung würde die Verteidigung gefährden. [...] Die deutsche Zustimmung zu dem Vorschlag Norstads liegt seit langem vor – die dänische Zustimmung muß jetzt gegeben werden. Falls Dänemark nicht zustimmt, wäre die Bundesrepublik gezwungen, eine andere Lösung zu suchen; sie müßte gegebenenfalls bei SACEUR den Antrag stellen, das Gebiet der Ostseeingänge, soweit es das Gebiet der Bundesrepublik betrifft, dem NATO-Abschnitt Mitte zuzuordnen.“ Vgl. VS-Bd. 809 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1961.

einem gewissen Zusammenhang mit der EWG. Er nehme gern zur Kenntnis, daß Dänemark dem englischen Beispiel folgen werde, wenn Großbritannien sich zum Beitritt zur EWG entschließen sollte. Er habe auch Verständnis dafür, daß Dänemark in der Zwischenzeit bis zu den zu treffenden Entscheidungen den Wunsch habe, daß die weitere Entwicklung in der EWG in gewisser Weise gestoppt werden und⁶ daß keine Diskriminierung Dänemarks eintreten solle. Er müsse aber in aller Ehrlichkeit sagen, daß er nicht recht wisse, wie wir einem solchen Verlangen entgegenkommen könnten. Durch den Vertrag von Rom⁷ seien wir gebunden und müßten die von der EWG beschlossenen Maßnahmen durchführen. Wenn wir die EWG-Entwicklung abbremsen wollten, würden wir gegen den Vertrag verstößen. Was die übrigen fünf Partner hierzu sagen würden, könne man sich denken. Er habe die Sorge, daß die EWG als Ganzes in Gefahr geriete, wenn wir den weiteren Ablauf stören oder blockieren wollten. Es dürfe die politische Bedeutung der EWG nicht vergessen werden, die wirtschaftliche Seite stelle nur einen Teilaспект dar. Wenn die EWG gestört werde, würde dies in den USA auf erhebliche Bedenken stoßen. Die EWG stelle für die Vereinigten Staaten einen Testfall dar, ob Europa einiger und stärker wird. Ob diese Einigung weitere Fortschritte machen wird, wie es von den USA gewünscht wird, hänge nun von London ab. Die Unterhausrede von Mr. Heath⁸ sei sehr mutig und interessant gewesen. Niemand wisse aber, wie die Entwicklung weitergehen werde. Die Widerstände in England seien noch groß. Sie gingen von rechts und links aus und seien durchweg verständlich. England sei sich bewußt, daß es nicht nur um wirtschaftliche Fragen gehe (Landwirtschaft, Commonwealth), sondern daß der Beitritt zur EWG auch politische Konsequenzen haben werde. Ziel der Römischen Verträge sei die europäische Integration. Dies anzunehmen, sei für Großbritannien schwer. Es gehe gegen eine jahrhundertealte englische Tradition. Es müsse abgewartet werden, welche Entscheidung die englische Regierung fallen werde. Wenn England beitrete, könne es sich nur um einen Beitritt mit vollen Rechten und Pflichten handeln, wie sie sich aus dem Vertrag von Rom ergeben. Vielleicht komme auch eine besondere Form der Assoziation in Frage. Wir würden allerdings den vollen Beitritt begrüßen, seien uns jedoch bewußt, daß ihm spezielle Schwierigkeiten entgegenstehen. Wenn die englische und die dänische Regierung sich zu diesem Schritt entschließen würden, ergebe sich eine neue Lage. Die Bundesregierung stehe dann zu ihrer stets eingenommenen Haltung, daß die Gemeinschaft für weitere Mitglieder stets offenstehe. Es müsse dann konkret verhandelt werden.

Das Problem der EFTA wolle er nicht anschneiden. Nicht alle EFTA-Staaten könnten sich in gleicher Weise mit der Gemeinschaft verbinden. Abschließend wies der Herr Bundesminister noch einmal darauf hin, daß eine Beitrittsklärung Dänemarks gern und positiv aufgenommen werden würde, daß er bis dahin aber einen Stopp der weiteren EWG-Entwicklung nicht akzeptieren könne. Die politischen Gründe sprächen dagegen. Die Entwicklung der EWG dürfe nicht in Frage gestellt werden.

⁶ Korrigiert aus: „gestoppt und“.

⁷ Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

⁸ Zur Rede des britischen Lordsiegelbewahrers Heath vom 17. Mai 1961 vgl. Dok. 154, Anm. 17.

Eine andere Frage sei, was bilateral getan werden könne, damit der Rückgang der dänischen Ausfuhr ausgeglichen wird und damit bei der laufenden Weiterentwicklung der EWG keine Diskriminierung des dänischen Handels eintritt.

Außenminister *Krag* erwiderte, daß der deutsche Standpunkt in Dänemark verstanden werde. Es werde gewünscht, daß England und Dänemark so völlig wie möglich dem Vertrag beitreten. Er habe in London kurze Besprechungen mit Macmillan, Heath und Maudling geführt und habe das Gefühl mitgenommen, daß auch die englische Regierung diesen Standpunkt verstanden habe. Offensichtlich seien die Briten dabei, aktiv zu überlegen, wie der Beitritt gemacht werden könne, wobei man den Einschluß der Landwirtschaft bei Einräumung von Übergangsfristen wahrscheinlich akzeptieren wird. Es sei auch klar, daß der Beitritt zur EWG entsprechende politische Folgen haben werde. In der EFTA verbreite sich der Eindruck, daß nur der Beitritt Englands zur EWG eine Lösung der bestehenden Schwierigkeiten bedeuten würde. Ihm sei auch klar, daß die Sechsergemeinschaft sich ihre Dynamik erhalten wolle. Aber schließlich habe man auch vor dem Zustandekommen der EWG jahrelang verhandelt. Er frage sich, ob es wirklich unvermeidlich sei, daß nun ab 1.1.62 der neue Zollabbau eintreten müsse.⁹ Die Dynamik brauche wahrscheinlich nicht zu leiden, wenn man unter den gegenwärtigen Umständen noch etwas zuwarte. Abschließend bemerkte Minister *Krag*, daß man eventuell bilateral versuchen solle, wenigstens einige Schwierigkeiten zu mildern.

Die Besprechung wurde anschließend in größerem Kreise unter Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers im Bundeskanzleramt weitergeführt.¹⁰

B 23 (Referat 203) Bd. 121

⁹ Zum Übergang in die zweite Stufe der EWG gemäß Artikel 8 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. Dok. 21, Anm. 3.

¹⁰ Über das deutsch-dänische Regierungsgespräch am 24. Mai 1961 im Bundeskanzleramt vermerkte Ministerialdirektor Jansen am 6. Juni 1961: „Nachdem Herr *Krag* von der prinzipiellen Bereitschaft gesprochen hatte, der EWG beizutreten, wenn Großbritannien sich zu diesem Schritt entschließe, unterbrach der Herr Bundeskanzler zu einer kurzen Bemerkung. Er erklärte, er begrüße diese Feststellung, mache aber gleich darauf aufmerksam, daß die Sechsergemeinschaft die Römischen Verträge nicht ändern könne. Eine Änderung dieses komplizierten Vertragswerkes würde zu ungeheuren diplomatischen und parlamentarischen Schwierigkeiten führen. [...] Die Besprechung schließt ohne eigentliches Ergebnis.“ Vgl. B 23 (Referat 203), Bd. 121.

159

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Schmidt-Pauli

25. Mai 1961

Unter Verschluß!

Betr.: Gedenktafel „20. Juli 1944“¹

1) Nach Mitteilung von Herrn König drängt die Entscheidung über seinen Entwurf, wenn sichergestellt bleiben soll, daß die Gedenktafel am 20. Juli d.J. eingeweiht wird. Mit Rücksicht darauf habe ich Herrn St.S. II² davon unterrichtet, daß Herr St.S. I³ diesen Auftrag erteilt hat, und ihm den Entwurf der Gedenktafel schon vorab vorgelegt.

Herr St.S. II ist einige Tage später darauf zurückgekommen. Ohne Herrn St.S. I in seiner Entscheidung⁴ vorgreifen zu wollen, gibt er zu erwägen, ob nicht doch – wenn auch nicht für die unmittelbaren Zeitgenossen, so doch für spätere Generationen – in der Gedenktafel ausgedrückt werden müßte, daß die auf der Gedenktafel Genannten ihr Leben hingegeben haben. Er war mit meiner daraufhin gegebenen Anregung einverstanden, unter den Text etwa hinzuzufügen: „Sie gaben ihr Leben.“⁵

2) Bei gleichem Anlaß habe ich Herrn St.S. II den allerdings noch nicht ausgereiften Gedanken vorgetragen, zu einem späteren Zeitpunkt (vielleicht schon zum Volkstrauertag im November d.J.?) eine ähnliche Tafel zum Andenken an die Gefallenen, Vermißten und in den kommunistischen KZs ums Leben gekommenen

¹ Am 14. September 1959 unterrichtete Staatssekretär van Scherpenberg Bundesminister von Brentano über die Anregung des Botschafters Melchers, z. Z. Bonn, eine Erinnerungstafel für Mitglieder des Auswärtigen Amts zu errichten, „die auf Grund ihres Widerstands gegen das nationalsozialistische Regime ums Leben gekommen seien“, und so positiv „für die Schaffung einer Tradition im Auswärtigen Dienst“ zu wirken. Scherpenberg teilte Brentano mit: „Ich halte den Gedanken für sehr wertvoll und würde Ihr Einverständnis wärmstens befürworten.“ Vgl. B 118 (Referat Z B 8), Bd. 100.

Am 31. Januar 1961 legte Ministerialdirigent Wehrstedt Vorschläge für in Frage kommende Amtangehörige vor. Scherpenberg vermerkte dazu handschriftlich: „Eilt sehr. H[errn] Minister vorschlagen: Der 10. Jahrestag der Wiedererrichtung des AA (ich glaube 6.3.) wäre m.E. ein guter Anlaß, der Naziopfer aus dem AA zu gedenken. Da (Falls) die Fertigstellung einer Gedenktafel bis dahin nicht mehr möglich ist, schlage ich vor, an diesem Tage in feierlicher Form die Entscheidung über die Anbringung der Tafel bekanntzugeben.“ Vgl. B 118 (Referat Z B 8), Bd. 100.

Am 15. März 1961 gab das Auswärtige Amt aus Anlaß des 10. Jahrestags seiner Neugründung die Absicht bekannt, eine Gedenktafel für „die elf Männer des Auswärtigen Dienstes“ unter den Opfern des 20. Juli 1944 anbringen zu lassen. Vgl. BULLETIN 1961, S. 539.

² Karl Carstens.

³ Albert Hilger van Scherpenberg.

⁴ Korrigiert aus: „St.S. I seiner Entscheidung“.

⁵ Am 9. Juni 1961 informierte Staatssekretär Carstens Ministerialdirektor Hopmann, daß der Entwurf einer Gedenktafel von Bundesminister von Brentano genehmigt sei: „Auf der Gedenktafel werden zwischen der Überschrift „20. Juli 1944“ und dem Text „Sie gaben ihr Leben für die Ehre des Deutschen Volkes“ folgende elf Namen in alphabetischer Reihenfolge wiedergegeben: Albrecht Graf von Bernstorff, Eduard Brückmeier, Herbert Gollnow, Hans Bernd von Haeften, Otto Kiep, Ulrich von Hassell, Richard Kuenzer, Hans Littner, Adam Trott zu Solz, Herbert Mumm von Schwarzenstein, Werner Graf von der Schulenburg.“ Die Gedenktafel werde nun vom Bonner Künstler König gegossen, und die Enthüllung solle am 20. Juli 1961 im Rahmen einer Feier erfolgen. Vgl. B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 72.

Zur Feierstunde im Auswärtigen Amt am 20. Juli 1961 und für den Wortlaut der Rede des Bundesministers von Brentano vgl. BULLETIN 1961, S. 1301f.

Amtsangehörigen einzuweihen. Die sich aus der NS-Zeit ergebende Problematik liegt auf der Hand. Andererseits wäre es sicher im Sinne des Hauses, auch dieses Personenkreises in irgendeiner Weise zu gedenken.

Herr St.S. II hat sich dieser Anregung nicht verschlossen und lediglich gebeten, sie bis zur Einweihung der Gedenktafel „20. Juli“ zurückzustellen. Da ich nicht weiß, welche Überlegungen zu dieser Frage schon angestellt worden sind, wäre ich dankbar für eine Weisung, ob und wie diese Anregung evtl. weiterverfolgt werden sollte. Auf der Grundlage dieser Weisung könnte ich dann, das Einverständnis des Herrn St.S. II vorausgesetzt, zu späterer Zeit mit der Personalabteilung vertraulich Fühlung nehmen und einen Vorschlag unterbreiten.

Hiermit Herrn Staatssekretär van Scherpenberg⁶ vorgelegt.

Schmidt-Pauli

B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 72

160

**Bundesminister von Brentano an den
CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Krone**

MB 636/61

25. Mai 1961¹

Sehr geehrter Herr Kollege,

Sie haben mich gebeten, Ihnen einiges Material zur Frage des deutsch-österreichischen Ausgleichsvertrags² noch vor Ihrer Abreise nach Wien³ zuzustellen. Ich darf Ihnen mit Folgendem einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit geben:

Sie werden sich an den Besuch erinnern, den im März d.J. die beiden der ÖVP angehörenden Nationalräte, Staatssekretär a.D. Dr. Withalm und Machunze, in Bonn abgestattet haben⁴, um den Erfolg des deutsch-österreichischen Aus-

⁶ Hat Staatssekretär van Scherpenberg am 4. Juni 1961 vorgelegen, der für Staatssekretär Carstens handschriftlich vermerkte: „Die Anregung II wird noch zu großen Schwierigkeiten führen, da man irgendwie zwischen ‚guten‘ und ‚bösen‘ Gefallenen (man denke z. B. an Killinger u. a.) wird unterscheiden müssen. Gegen eine präliminäre Feststellung der in Betracht kommenden Namen habe ich jedoch keine Bedenken, wenn die Sache streng vertraulich behandelt wird.“

Hat Carstens am 5. Juni 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ebenso wie StS I.“
Hat Legationsrat I. Klasse von Schmidt-Pauli erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Unter Verschluß: Wiederljv[orlage] 10.7.“

¹ Durchschlag als Konzept.

² Zu den Verhandlungen über einen Ausgleichsvertrag mit Österreich vgl. Dok. 86.

³ Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Krone hielt sich vom 7. bis 9. Juni 1961 in Österreich auf. Vgl. dazu KRONE, Tagebücher, S. 506 f.

⁴ Am 17. März 1961 resümierte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Förster Gespräche der österreichischen Nationalräte Machunze und Withalm mit Bundesminister Etzel und Staatssekretär van Scherpenberg am 14. März 1961: „Nationalrat Dr. Withalm erklärte, eine österreichische Gesetzgebung auf dem Gebiete des Lastenausgleichs, der Wiedergutmachung und für soziale Fragen würde

gleichsvertrages innenpolitisch auch der ÖVP zugute kommen zu lassen. Damals war noch vorgesehen, daß das abschließende Ministertreffen, auf dem die Höhe der deutschen Beiträge zum Ausbau der österreichischen Gesetzgebung auf den Gebieten der Vertriebenen, der Wiedergutmachung und der sozialen Fragen ausgetauscht werden sollten, am 9. und 10. April 1961 in Bad Kreuznach stattfinden würde. Dieses Treffen mußte seinerzeit wegen der Vorbereitungen der Reise des Herrn Bundeskanzlers nach den Vereinigten Staaten⁵ kurzfristig abgesagt werden.⁶ Es kam hinzu, daß sich die österreichische Seite bei den Ende März/Anfang Mai 1961 in Wien erfolgten Verhandlungen der Ständigen Kommission des deutsch-österreichischen Vermögensvertrages⁷, auf denen einige Restfälle des deutschen Vermögens erledigt werden sollten, äußerst hartnäckig verhalten hatte. Bei diesen Vermögensfällen handelt es sich im wesentlichen um eine Rückgabe karitativen Vermögens der Sozialeinrichtungen der Bundesbahn, eine Rückgabe des seit unvordenklichen Zeiten im Eigentum der Stadt Füssen befindlichen Stadtwaldes sowie um eine angemessene Regelung für Familien- und Einmann-Gesellschaften, d.h. solcher juristischer Personen, deren Anteile im Eigentum von Familienmitgliedern oder Einzelpersonen stehen. Wir erstreben eine Freigabe im gleichen Umfang wie bei natürlichen Personen. Diese deutschen Vermögenswünsche haben einen Wert von etwa 5 bis 6 Mio. DM, der bei der Höhe der österreichischen Forderungen nicht ins Gewicht fallen dürfte. Außerdem wären wir unsererseits bereit, verschiedene im Bundesgebiet gelegene Grundstücke, die früher österreichisches Eigentum waren, an Österreich zurückzugeben.⁸

Herr Machunze veröffentlichte hierauf in der Zeitschrift „Die Furche“ Nr. 15/1961 einen sehr unfreundlichen, gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Artikel mit der Überschrift: „Will Bonn die Tür zuschlagen?“ Er führte in diesem Artikel aus, daß die vorgesehene Begegnung der Minister nicht stattgefunden hätte, weil die deutsche Seite die Beratungen unter einem nichtigen Vorwand abgesagt hätte; fast möchte man meinen, die deutsche Hochbürokratie sei gekränkt, weil es bisher ihr nicht gelungen sei, die Wünsche von etwa 20 Binnen-deutschen durch Österreich erfüllt zu wissen, daß ihr aber das Schicksal von 300 000 Vertriebenen und etwa 35 000 politisch Verfolgten vollkommen gleichgültig sei. Eine Ablichtung dieses Artikels, der auch von anderen österreichischen

Fortsetzung Fußnote von Seite 713

einen finanziellen Aufwand von etwa 1,2 Mrd. DM ausmachen. Auf Österreich laste außerdem noch die Verpflichtung des Artikels 27 Abs[atz] 2 des Friedensvertrages, in Jugoslawien liquidiertes Eigentum österreichischer Staatsangehöriger zu entschädigen. Minister Etzel wies darauf hin, daß die Zahlung einer derartigen Summe unter keinen Umständen in Betracht käme. Ein deutscher Beitrag würde prozentual und seiner Höhe nach begrenzt sein.“ Van Scherpenberg habe „die Bedeutung einer umfassenden Abschlußklausel“ hervorgehoben. Vgl. VS-Bd. 5705 (V 7); B 150, Aktenkopien 1961.

⁵ Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 11. bis 17. April 1961 in den USA vgl. Dok. 105–108.

⁶ Zur Verschiebung der geplanten deutsch-österreichischen Ministergespräche in Bad Kreuznach vgl. Dok. 86, Anm. 19.

⁷ Für den Wortlaut des Vertrags vom 15. Juni 1957 zwischen der Bundesrepublik und Österreich zur Regelung vermögensrechtlicher Beziehungen mit Schlußprotokoll und Anlagen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1958, Teil II, S. 130–151.

Vgl. außerdem das zur Ausführung von Teil V des Vermögensvertrags am 9. Januar 1959 unterzeichnete Abkommen über die Ständige Kommission, den Schlichtungsausschuß und das Schiedsgericht mit Briefwechsel; BUNDESGESETZBLATT 1959, Teil II, S. 219 f.

⁸ Zu den Verhandlungen der deutsch-österreichischen Ständigen Kommission zur Behandlung von Vermögensfragen vom 22. bis 27. März 1961 vgl. das Protokoll; VS-Bd. 5705 (V 7).

Blättern, insbesondere von der Vertriebenenpresse, aufgegriffen wurde, füge ich zu Ihrer Unterrichtung bei.⁹ Wir haben damals bewußt davon Abstand genommen, in irgendeiner Form auf diesen Artikel zu erwidern, da ich der Ansicht war, daß eine Gegendarstellung die Angelegenheit nicht gefördert hätte. Nunmehr ist vorgesehen, daß das seinerzeit verschobene Ministertreffen am 12./13. Juni 1961 in Bad Kreuznach stattfinden soll. Eine offizielle Bekanntgabe dieses Termins soll jedoch erst dann erfolgen, wenn weitere Verhandlungen, die in der am 29. Mai beginnenden Woche in Wien beginnen werden, erwarten lassen, daß sich Österreich den berechtigten deutschen Wünschen auf dem Gebiete des früheren deutschen Eigentums in Österreich nicht verschließen wird.¹⁰

Da sich nach der Absage des für den 9./10. April 1961 vorgesehenen Treffens die österreichischen Forderungen ins Unermessene steigerten – Außenminister Kreisky verlangte plötzlich über 500 Mio. DM sowie eine Staatsanleihe von etwa 300 Mio. DM¹¹ – ist Staatssekretär Prof. Dr. Hettlage im Mai d. J. nach Wien gefahren, um die österreichischen Wünsche auf ein reales Ausmaß zurückzuführen.¹² Bei diesen mit Außenminister Kreisky und Finanzminister Klaus geführten Gesprächen forderte Minister Klaus rd. 323 Mio. DM, während Außenminister Kreisky den Vorschlag von Staatssekretär Hettlage, der zunächst einen Gesamtbetrag von 230 Mio. DM genannt hatte, als unzureichend bezeichnete. Zum Schluß der Besprechungen hat Staatssekretär Hettlage für das Ministertreffen einen Vermittlungsvorschlag gemacht, der sich auf insgesamt 260 Mio. DM beläuft.¹³

⁹ Dem Vorgang nicht beigefügt.

¹⁰ Vom 29. Mai bis 5. Juni 1961 setzte die deutsch-österreichische Ständige Kommission zur Behandlung von Vermögensfragen ihre am 27. März 1961 unterbrochene fünfte Tagung fort. Zu den Ergebnissen vgl. das Schlußprotokoll; B 1 (Ministerbüro), Bd. 47.

¹¹ Legationsrat I. Klasse von Dziembowski, Wien, informierte am 22. März 1961 über ein Gespräch mit dem österreichischen Außenminister Kreisky, der seine Erwartungen „hinsichtlich der Höhe der deutschen finanziellen Leistungen im Rahmen deutsch-österreichischen Ausgleichsvertrags“ deutlich gemacht habe: „Auf dem Gebiet der Wiedergutmachung sehe die österreichische Planung nunmehr eine Gesamtleistung zwischen 900 und 1100 Mio. Schilling vor“, an der sich die Bundesrepublik zu 50 % beteiligen solle. Für „Leistungen an die Heimatvertriebenen denke man an einen Gesamtbetrag von etwa 3 Milliarden Schilling (etwa 500 Mio. DM).“ Zwar könne Österreich auf diesem Gebiet „an sich irgendeine Leistungsverpflichtung überhaupt nicht anerkennen“, sei aber zur Übernahme eines Anteils bereit. Für die Sozialversicherung „habe er vor, 100 Mio. DM als deutsche Leistung zu fordern“. Dziembowski teilte weiter mit, daß Kreisky außerdem vorgeschlagen habe, „deutschseitig durch eine Kredithilfe Österreich die Finanzierung seiner Leistungen auf dem Gebiet der Wiedergutmachung und des Lastenausgleichs zu erleichtern. [...] Er denke an einen Betrag von 200 bis 300 Mio. DM zu niedrigem Zinsfuß mit einer Laufzeit von etwa 15 Jahren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 48; VS-Bd. 5705 (V 7); B 150, Aktenkopien 1961.

¹² Über die Gespräche des Staatssekretärs Hettlage, Bundesministerium der Finanzen, mit dem österreichischen Finanzminister Klaus und Außenminister Kreisky am 12. Mai 1961 zur „Zahlenfrage“ berichtete Botschafter Mueller-Graaf, Wien, am selben Tag: „Klaus zeigte grundsätzlich eine versöhnliche und verständnisvolle Haltung. Kreisky hielt zunächst gegenüber dem von Staatssekretär Hettlage angedeuteten Zahlenbild eine grundsätzliche Vorlesung, in der er darzulegen versuchte, daß die deutsche Seite von einer ‚total falschen politischen Einstellung‘ ausginge.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 83; VS-Bd. 5705 (V 7); B 150, Aktenkopien 1961.

¹³ Nach Abschluß seiner Besprechungen mit der österreichischen Regierung am 12. Mai 1961 notierte Staatssekretär Hettlage, Bundesministerium der Finanzen, z. Z. Wien, am 13. Mai 1961: „Ich hatte den Eindruck, daß die österreichische Regierung diesem Vorschlag in der großen Linie zu folgen bereit ist, obwohl Finanzminister Klaus zum Schluß meinte, daß man doch wohl auf 280 oder 290 Mio. DM gehen sollte.“ Vgl. die von Hettlage mit Schreiben vom 16. Mai 1961 an Staatssekretär Carstens übermittelte Aufzeichnung; VS-Bd. 5705 (V 7); B 150, Aktenkopien 1961.

Dieser Vorschlag lautet wie folgt:

1) Beitrag für Vertriebene	etwa 100 Mio. DM
2) Beitrag für Verfolgte	etwa 75 Mio. DM
3) Sozialversicherung	etwa 70 Mio. DM
4) Restposten	etwa 35 Mio. DM
(Wohnungsbau, Aufstockung von Fürsorgeleistungen für Deutsche, Abgabenbefreiungen)	
	260 Mio. DM

Bei diesen Gesprächen hat sich weiter ergeben, daß die österreichische Seite auf ihre frühere Konzeption, von uns die Zahlung von Globalbeträgen zu ihrer freien Verwendung zu verlangen, zurückgekommen ist. Wir haben dagegen stets die Ansicht vertreten, daß die deutschen Beiträge nach Prozenten unter Festlegung eines Höchstbetrages begrenzt werden müßten. Diese Prozentsätze und Höchstbeträge, die wir äußerstens zugestehen wollen, sind so bemessen, daß Österreich eine Regelung treffen kann, die die Vertriebenen und Verfolgten befriedigt. Bei der Höhe der Prozentsätze ist von uns ferner berücksichtigt, daß dem österreichischen Staat bei Zahlungen, die in Österreich bleiben, etwa ein Drittel an Steuerrückflüssen wieder zugute kommt. Das würde bedeuten, daß eine etwaige deutsche Beteiligung von 1/3 am nominellen Gesamtaufwand praktisch auf eine 50%ige Beteiligung hinauslaufen würde. Sollte Österreich dagegen keine befriedigende Lösung treffen wollen, so würden die deutschen Höchstbeträge nicht ausgeschöpft werden. Die politische Verantwortung für eine befriedigende Lösung würde jedoch allein von Österreich zu tragen sein. Diese Konzeption ist auch bereits in einem vom Herrn Bundeskanzler an Minister Kreisky gerichteten Schreiben vom 13. Januar 1961¹⁴ enthalten, mit dem der Herr Bundeskanzler auch überwiegende österreichische Eigenleistungen vorausgesetzt hat, sowie Grundlage des Ihnen bekannten Kabinettsbeschlusses vom 3. Mai 1961¹⁵. Wir sollten an unserer Konzeption ganz besonders aus dem Grunde festhalten, da das von Herrn Hettlage geführte Gespräch ergeben hat, daß Österreich auf dem Gebiete der Vertriebenen anscheinend nicht bereit ist, eine angemessene Lösung zu treffen. So hat Minister Klaus den für dieses Gebiet erforderlichen Gesamtaufwand mit etwa 180 Mio. DM bezeichnet und eine 70%ige deutsche Beteiligung gefordert, während Minister Kreisky 230 bis 240 Mio. DM mit einer deutschen Beteiligung von 50% für erforderlich hält. Abgesehen davon, daß derartige Prozentsätze nach dem Beschuß des Kabinetts nicht in Betracht kommen, wären nach unseren Berechnungen für eine befriedigende Lösung etwa 400 bis 500 Mio. DM erforderlich. Minister Kreisky hat früher selber insofern auch einen Betrag von 500 Mio. DM genannt. Eine österreichische Regelung auf dem Gebiete der Vertriebenen mit einem Gesamtvolume von nur etwa 180 bis 240 Mio. DM würde mit Sicherheit zu erheblichen Protesten der Vertriebenenverbände beider Länder führen.

¹⁴ Für eine Abschrift des Schreibens des Bundeskanzlers Adenauer vom 13. Januar 1961 an den österreichischen Außenminister Kreisky vgl. VS-Bd. 5705 (V 7).

¹⁵ Zu den Beratungen über den Entwurf eines deutsch-österreichischen Ausgleichsvertrags in der Kabinettsitzung am 3. Mai 1961 vgl. KABINETTSPROTOKOLLE 1961, S. 157f.

Auf dem Gebiet der Wiedergutmachung hat Minister Klaus den Gesamtaufwand mit etwa 190 Mio. DM und Minister Kreisky mit 180 Mio. DM bezeichnet. Beide wünschten eine 50 %ige deutsche Beteiligung.

Diese Beträge stehen nicht wesentlich hinter den Berechnungen der Claims Conference zurück, die einen Betrag von rund 216 Mio. DM für eine angemessene Lösung für erforderlich hält.¹⁶ Auf dem Gebiet der Wiedergutmachung will die österreichische Regierung demnach sich nicht weiterhin der Kritik der Claims Conference aussetzen. Aber auch hier sollte aus Gründen der politischen Optik an den Richtlinien des Herrn Bundeskanzlers sowie am Kabinettsbeschuß festgehalten werden. Letzterer beinhaltet insofern, daß auf diesem Gebiet mit zwei getrennten Quoten gearbeitet werden soll, und zwar in Anbetracht der dem österreichischen Staatshaushalt zukommenden Steuerrückflüsse mit einer geringeren Quote für Inlandsleistungen und einer höheren Quote für österreichische Emigranten.

Auf dem sozialen Gebiet hat das Gespräch ergeben, daß sich die österreichische Seite hier noch übertriebenen Hoffnungen hingibt. Die österreichische Seite hat 100 Mio. DM verlangt, während nach unserer Vorstellung im wesentlichen nur eine Pauschalierung des zweiten Sozialversicherungsabkommens¹⁷ in Betracht kommt sowie eine Beteiligung am österreichischen Auslandsrentenübernahmegesetz¹⁸ und einigen anderen kleineren Posten. Demzufolge hat Herr Hettlage in seinem Vermittlungsvorschlag auch nur einen Betrag von 50 Mio. DM genannt.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie, sollte sich hierzu Gelegenheit ergeben, bei Ihren Gesprächen in Wien darauf hinweisen würden, daß die deutsche Seite an ihrer bisherigen Konzeption, wie ich sie vorstehend geschildert habe, festhält und nicht bereit ist, der österreichischen Regierung etwa Pauschalbeträge zur freien Verwendung zur Verfügung zu stellen.¹⁹

Selbstverständlich steht der zuständige Referent des Auswärtigen Amtes, Herr Vortragender Legationsrat I. Klasse Dr. von Förster, jederzeit zur Verfügung, um noch etwaige Rückfragen zu beantworten. Hierzu würde gegebenenfalls auch der Leiter der deutschen Delegation bei den deutsch-österreichischen Ausgleichsverhandlungen, Herr Ministerialdirektor Dr. Féaux de la Croix im Bundesfinanz-

¹⁶ Zu den Bemühungen der Conference on Jewish Material Claims against Germany um eine Wiedergutmachungsregelung im geplanten Ausgleichsvertrag zwischen der Bundesrepublik und Österreich vgl. Dok. 66.

¹⁷ Für den Wortlaut des Zweiten Abkommens vom 11. Juli 1953 zwischen der Bundesrepublik und Österreich über Sozialversicherung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 774–778.

¹⁸ Für den Wortlaut des österreichischen Bundesgesetzes vom 22. November 1961 über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensions(Renten)versicherung und Unfallversicherung auf Grund von Beschäftigungen im Ausland (Auslandsrenten-Übernahmegesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1961, S. 1415–1421.

¹⁹ Am 7. Juni 1961 resümierte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Förster die Ergebnisse der am 5. Juni 1961 in Wien beendeten Gespräche der deutsch-österreichischen Gemischten Kommission. Dabei sei Klarheit über die von der Bundesrepublik aufzuwendenden Beträge für den Lastenausgleich und Wiedergutmachung gewonnen und auch Einigung über eine gemeinsame Fassung der „bisher noch umstrittene[n] Schlußklausel“ erzielt worden. Differenzen gebe es insbesondere noch „bei der Berechnung der Pauschalierung des Zweiten Sozialversicherungsabkommens“, während „auf dem Vermögenssektor [...] die restlichen Fälle, an deren Bereinigung der deutschen Seite lag“, bis auf vier offene Punkte erledigt worden seien. Vgl. B 1 (Ministerbüro), Bd. 47.

ministerium, bereit sein, der auf Ihre Reise nach Wien aufmerksam gemacht worden ist.²⁰

Mit verbindlichen Empfehlungen

Ihr sehr ergebener
Brentano²¹

B 1 (Ministerbüro), Bd. 47

161

Botschafter Kroll, Moskau, an das Auswärtige Amt

**114-36/61 streng geheim
Fernschreiben Nr. 570
Citissime mit Vorrang**

**Aufgabe: 25. Mai 1961, 19.00 Uhr
Ankunft: 25. Mai 1961, 18.10 Uhr**

Thompson unterrichtete heute britischen Botschafter, französischen Botschafter und mich über seine gestrige Unterredung mit Chruschtschow.² Im Vordergrund stand deutsche Frage und Berlin, wobei Chruschtschow in langen, mit großem Ernst vorgetragenen Ausführungen seinen Standpunkt nahezu wortwörtlich wie in unserer Besprechung vom 24.4. (vgl. Drahtbericht Nr. 476 vom 27.4.³) wiederholte. Er werde nach der Bundestagswahl⁴ bzw. nach dem Parteikongreß⁵ den Friedensvertrag mit der SBZ⁶ abschließen, mit den bekannten Konsequenzen für den Berlin-Verkehr. Keine Blockade. Keine wesentliche Behinderung der Transporte, falls man sich mit der SBZ-Regierung einige. „Jedoch würden die alliierten Garnisonen in Berlin ihren Gürtel enger schnallen müssen.“ Berlin müsse freie Stadt werden⁷ und endlich als „Krankheitsherd“ verschwinden.

²⁰ Bei ihrem Treffen am 12. Juni 1961 in Bad Kreuznach einigten sich Bundesminister von Brentano und Staatsekretär Hettlage, Bundesministerium der Finanzen, mit dem österreichischen Außenminister Kreisky und Finanzminister Klaus über noch offene Fragen eines Finanz- und Ausgleichsvertrags. Vgl. dazu das Kommuniqué, BULLETIN 1961, S. 1037.

Für den Wortlaut des am 27. November 1961 in Wien unterzeichneten Vertrags zur Regelung von Schäden der Vertriebenen, Umsiedler und Verfolgten, über weitere finanzielle Fragen und Fragen aus dem sozialen Bereich (Finanz- und Ausgleichsvertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1962, Teil II, S. 1041–1063.

²¹ Paraphe.

¹ Hat Ministerialdirektor Duckwitz am 26. Mai 1961 vorgelegen.

² Zum Gespräch des Ministerpräsidenten Chruschtschow mit dem amerikanischen Botschafter in Moskau, Thompson, am 23. Mai 1961 vgl. FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 24, S. 66–69.
Zur Unterrichtung der Botschafter Dejean (Frankreich), Kroll (Bundesrepublik) und Roberts (Großbritannien) durch Thompson vgl. auch DBPO III/VI, Dok. 222.

³ Vgl. Dok. 124.

⁴ Die Wahlen zum Deutschen Bundestag fanden am 17. September 1961 statt.

⁵ Der XXII. Parteikongreß der KPdSU fand vom 17. bis 31. Oktober 1961 in Moskau statt.

⁶ Zum sowjetischen Vorschlag für einen separaten Friedensvertrag zwischen der UdSSR und der DDR vgl. Dok. 2, Anm. 4.

⁷ Zum sowjetischen Vorschlag für eine „Freie Stadt“ Berlin (West) vgl. Dok. 2, Anm. 3 und 5.